



15. Heft | 27. Juli 1911

PAUL GÖHRE · DIE BEDEUTUNG DES FALLES JATHO

ZWEIFELLOS hat der Fall Jatho die protestantischen Kreise Deutschlands, insbesondere die Preußens, in eine augenblicklich arge Verlegenheit gebracht. Doch geht man kaum fehl, wenn man annimmt, daß es nur eine mehr oder weniger vorübergehende sein wird. Über ein kleines, und alles wird wieder so sein wie vorher. An dem innern und äußern Zustand der deutschen protestantischen Landeskirchen wird auch durch diesen Fall auf die Dauer so gut wie nichts geändert. Man übertreibt schlechterdings, wenn man von einer ernstlichen kirchlich-protestantischen Krisis infolge der Amtsentsetzung Jathos redet.

Die protestantische Kirche Deutschlands ist seit längerem in einer Art Katholisierungsprozeß begriffen. Nicht in dem Sinn, daß ihre katholische Schwesterkirche in ihr mit Erfolg Propaganda triebe, Davor hütet diese sich wohl, hätte wohl auch kaum die Macht dazu. Vielmehr ist dieser Prozeß nichts weiter als der Ausdruck einer geschichtlichen Entwicklungsnotwendigkeit. Je älter eine geistige Bewegung wird, desto mehr verhärtet sie, desto unveränderter konserviert sie ihre geistigen Grundlagen und Prinzipien, desto planmäßiger und starrer baut sie ihre äußere Organisation auf und aus. Das typische Beispiel dafür ist die katholische Kirche. Bei ihr ist heute Organisation alles, selbständiges geistiges Leben nichts, oder so gut wie nichts. Mit Leichtigkeit bewältigt sie infolgedessen jede innere geistige Schwierigkeit, indem sie sie einfach durch das Gewicht ihrer geschlossenen Organisation totdrückt. Die Affäre mit dem Modernismus beweist das von neuem. Sie war, auf katholischem Boden, der, vielfach vergrößerte, Fall Jatho. Heute, nach Jahr und Tag, kann die Sache für die katholische Kirche schon in der Hauptsache für so gut wie erledigt gelten. Der katholische Modernismus ist als größere und geschlossener auftretende religiöse Reformbewegung zertrümmert. Seine einzelnen Stücke und Personen haben keine Bedeutung mehr.

Da die evangelische Kirche um mehr als ein Jahrtausend jünger ist als die katholische, ist sie, als Ganzes gesehen, noch nicht so versteinert und uniformiert wie diese, ist der Ausbau ihrer Organisation noch nicht ganz vollendet,

sind Regungen selbständiger Elemente insofern auch noch viel möglicher, stärker, spürbarer. Der Fall Jatho stellt eine solche neuerliche Regung dar. Jathos religiöses Wirken ist einer der vielen und vielartigen Versuche innerhalb des Protestantismus religiöses Leben auf dem Boden und in dem Rahmen der christlichen Kirche mit dem Geist moderner Weltanschauung in Einklang und zur Betätigung zu bringen. Neben Jatho wirkten bereits und wirken noch heute viele in der selben Richtung. Der bekannte *Protestantenverein* zum Beispiel ist nichts als eine Vereinigung solcher Leute und Bestrebungen. Das gleiche gilt von der sogenannten *Ritschlschen Richtung*. Kurzum, der ganze kirchliche Liberalismus ist eine einzige Aktion innerhalb der protestantischen Kirche auf dieses Ziel hin. Nur daß dieser und seine einzelnen Anhänger gemeiniglich viel vorsichtiger als Jatho zu verfahren pflegen. Soweit sie Theologieprofessoren sind, beschränken sie sich gewöhnlich mit ihren Modernisierungsversuchen auf ein gerade von ihnen zu bearbeitendes Spezialgebiet. Indem sie die anderen unangetastet lassen, gewinnen sie für dieses das Recht und die Ellenbogenfreiheit für ihr Vorgehen. Denn sie scheinen ja nur eine Teilüberlieferung der Kirche und ihrer Lehre anzugreifen. Soweit sie Geistliche im Amt sind, pflegen sie eine ähnliche Taktik: Sie ignorieren möglichst alle ihnen religiös als veraltet und unbrauchbar erscheinenden Teile der Kirchenlehre, hüten sich von ihnen von Kanzel oder Altar her zu sprechen, reden dagegen nur von dem, was ihnen religiös noch verwertbar erscheint, und zwar meist in Worten und Bildern, die sich an die kirchliche Überlieferung anlehnen. Die kirchlichen Oberen kennen dies Spiel ganz genau und dulden es seit Jahrzehnten. Sie wachen nur darüber, daß eine bestimmte Grenze nicht überschritten wird. Sie wissen wohl, warum. Einmal entspricht ein solcher liberaler Einschlag noch der geschichtlichen Überlieferung von Luther her, andererseits sind diese kirchlich-liberalen Professoren und Geistlichen den Herren von großem Wert, ja unersetzlich; denn sie halten durch ihr emsiges und geistig bedeutsames Wirken weite Schichten der Bevölkerung bei der Kirche, die ihr sonst längst den Rücken gekehrt hätten. Sie, die da glauben durch ihr Wirken das moderne, religiöse Problem zum Austrag zu bringen, sind jenen auf diese Weise gerade willkommene Mittel diesen Austrag zu verhindern, zu verzögern, zu verschleiern. Im übrigen läßt man keinen Liberalen an die Leitung der Kirchenangelegenheiten heran. Die hat man fest in der eigenen Hand, um so den natürlichen Katholisierungsprozeß nicht stören zu lassen und dadurch eine Machteinbuße der Kirche unmöglich zu machen.

Eingegriffen wird naturgemäß nur da, wo jene von mir erwähnte Grenze beharrlich überschritten wird. Das ist nun auffälligerweise sehr selten der Fall. Innerhalb der letzten 15 Jahre ist mir neben dem Jathos nur noch ein ähnlicher Fall bekannt, der Fall des württembergischen Geistlichen Christoph Schrempf, der genau so lag und darum genau so endete wie dieser. Heute ist Schrempf Professor der Mathematik an der technischen Hochschule in Stuttgart. Auch er vertrat ähnliche Anschauungen wie Jatho. Was diesen betrifft, so steht fest, daß er weder mehr an einen persönlichen Gott noch an einen persönlichen Christus, seinen Heilandsberuf, an Sünde, Erlösung und ewiges Leben — um nur einige Hauptsachen zu nennen — glaubt. Damit verleugnete er die Grundlagen nicht bloß der heutigen protestantischen sondern jeder irgendwie gearteten andern Form des geschichtlich gewordenen Christentums. Er verleugnete sie nicht nur für sich, sondern verkündigte und betätigte religiöse Lehren, die

mit diesem in direktem Gegensatz stehen, nicht das mindeste mehr mit ihm zu tun haben. Daß er das als ein*ausgezeichneter, lauterer Mensch tat, verschlägt dabei gar nichts, es mildert weder noch verschärft diese seine Situation. Angesichts ihrer war es eine ganz selbstverständliche Folge, daß er schließlich mit seiner Kirchenbehörde nicht nur in Konflikt geriet, sondern daß diese sich seiner schließlich entledigte. Er hatte eben längst und konsequent die Grenzen überschritten, die diese im Interesse der geschichtlich gewordenen und tatsächlich bedingten Kirche von heute einzuhalten für unentbehrlich hielt. Ja, man muß, will man unparteiisch sein, angesichts der Tatsache, daß Jatho seit 20 Jahren in Köln wirkt, zugestehen, daß sie reichlich langmütig verfahren ist. Bei dem seit Jahrhunderten im Gang befindlichen Katholisierungsprozeß der deutschen protestantischen Kirche konnte man aber schließlich einen andern Ausgang des Falles Jatho gar nicht erwarten.

Es entsteht nun die Frage, welche Wirkung der Fall Jatho kirchlich und religiös vermutlich haben wird. Und da muß ich die Andeutung wieder aufnehmen, die ich zu Anfang dieser Darlegungen machte: aller Wahrscheinlichkeit nach so gut wie keine dauernde und tiefgehende. Genau so wie im Fall Schrempf. Der Lärm in der liberalen Presse und die von ihr und ihren Führern in die Wege gebrachte Protestversammlungsbeziehung sollte niemand darüber hinwegtäuschen. Denn die, die dieses Geschrei und diese Proteste jetzt erheben, sind in der Hauptsache die selben, die bisher innerhalb der von den orthodoxen Herren der Kirche gezogenen Grenzen modernen Geist und alten Glauben zu vermählen sich bemühten, also sehr vorsichtige Leute. Es spricht alles dafür, daß sie diese ihre Vorsicht auch bei dieser Angelegenheit genügend zu betätigen wissen. Nach einigen Wochen lebhaften Protestierens wird deshalb die ganze Aktion wahrscheinlich langsam einschlafen. Dazu hat auch Jatho selbst sein gut Teil beigetragen. Seines Amtes entsetzt, hat er bereits erklärt, daß er in der Landeskirche bleiben und als Laie in ihr religiös weiterwirken werde. Er will offenbar den alten Lutherschen Begriff des *allgemeinen Priestertums* zum Sprungbrett seiner weitem, religiöskirchlichen Wirksamkeit machen. Und er hofft vielleicht im stillen auf diese Weise die Kirche von innen heraus zu revolutionieren. Auch in dieser Beziehung scheint mir nach meiner Kenntnis ein nennenswerter und dauernder Erfolg ausgeschlossen. Sicher ist, daß der nunmehrige Laie Jatho in Köln dem Kirchenregiment allerhand Verlegenheiten bereiten wird, ohne daß dieses leicht eine Handhabe finden wird ihm auch diese seine neue seelsorgerische und Vortragstätigkeit unmöglich zu machen. Auf der andern Seite wird man als Nachfolger Jathos im Amt sicher einen liberalen Geistlichen jener Schattierung berufen, der die äußersten Grenzen, die Jatho überschritt, seinerseits innehält. Und dieser wird sich selbstverständlich bemühen mit Jatho einträchtiglich zu wirken. Das aber wird gerade wieder zu einer Lähmung von dessen Wirken, weil eine Verschleierung seines klar oppositionellen Standpunkts gegenüber der herrschenden katholisierenden Richtung in der Kirche mit sich bringen. Aber auch selbst wenn diese Wirkung nicht einträte, so wird Jathos revolutionierende Wirkung sicher auf Köln lokalisiert bleiben. Einfach, weil es anderswo keine Jathos mehr gibt. Vielleicht noch einen in Dortmund, zwei oder drei in Berlin, denen das Zeug dazu zuzutrauen ist. Alle anderen liberalen oder auch radikalen Geistlichen — und auf die, ich sage das mit vollem Bewußtsein, käme es für die Entfaltung einer starken revolutionären Bewegung

ARTHUR SCHULZ · LANDWIRTSCHAFT UND INDUSTRIE IN OSTDEUTSCHLAND



POSEN hat in diesem Sommer das übrige Deutschland, besonders auch die Bewohner Westdeutschlands, zu einer sehr sehenswerten ostdeutschen Ausstellung für Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft eingeladen, die einen ziemlich vollständigen Überblick über die produktiven Kräfte bietet, die in den 5 östlichen Provinzen Preußens tätig sind. Naturgemäß tritt dabei die Landwirtschaft, obwohl sie selbst nur eine kleine Auswahl ihrer Produkte und ihre wertvollsten Schätze, ihr Großvieh, überhaupt nicht zur Ausstellung bringt, als der weitaus wichtigste Erwerbszweig der ostdeutschen Bevölkerung beherrschend in den Vordergrund, denn abgesehen von der schlesischen, zumal der oberschlesischen Industrie, dient die gewerbliche Tätigkeit in den 4 übrigen Provinzen überwiegend den Bedürfnissen der Landwirtschaft, indem sie deren Erzeugnisse weiter verarbeitet oder für sie Produktionsmittel herstellt.

Obwohl sie unter der Landflucht und der Abwanderung nach dem Westen überaus leiden, sind die 5 östlichen Provinzen noch immer die Kornkammern Deutschlands. Von der Gesamternte Preußens im Jahr 1910 lieferten sie beim Weizen 43,14 %, beim Roggen 52,81 %, bei der Gerste 54,88 %, beim Hafer 43,51 %, bei den Kartoffeln 56,49 %, bei den Zuckerrüben 49,12 %. Dabei sind die Getreide- und Kartoffelerträge sogar auf den armen Sandböden des pommerschen Höhenrückens, der Kaschubei und Masurens noch immer im Steigen begriffen, da die künstliche Düngung die Produktionskraft gerade der leichten Bodenarten am meisten hebt. Keine andere Provinz aber hat im Ackerbau so große Fortschritte gemacht wie Posen. Während hier vor 30 Jahren die Bodenbearbeitung noch sehr primitiv, die Wirtschaftsführung ziemlich nachlässig war, findet man heute überall wohlangebaute Felder und an Stelle halbverfallener Instkaten besonders in den Ansiedlungsdörfern schmucke Bauerngehöfte. Einen guten Maßstab für das Tempo dieses Fortschritts gibt die Tatsache, daß sich in der Provinz Posen der Kaliverbrauch auf 100 Hektar Anbaufläche von 754 Kilo in 1902 auf 1667 in 1909 erhöht hat, so daß Posen in dieser Beziehung seit 1906 den ersten Platz unter den preußischen Provinzen behauptet und in Deutschland nur noch hinter Anhalt und Oldenburg zurücksteht. Auch im Saatbau und in der Pflanzenzucht sucht der Osten mehr und mehr den Vorsprung Mitteldeutschlands einzuholen. Die 3 Saatbauvereine für Ostpreußen, Westpreußen und Posen, die eine reichhaltige Sammlung ertragreicher und vor allem winterfester Getreidevarietäten eigener Züchtung ausstellen, verfügten 1909 bereits über eine kontrollierte und anerkannte Saatbaufläche von 22 555 Morgen.

Geringer ist der Anteil der 5 östlichen Provinzen am Viehstand des preußischen Staates. Er betrug nach der Viehzählung vom 1. Dezember 1910 bei den Rindern 44,29 und bei den Schweinen gar nur 37,80 %. Hier rächt es sich, daß der Großgrundbesitz in Pommern, Posen und Schlesien bis ins letzte Viertel des vorigen Jahrhunderts hinein die Viehzucht arg vernachlässigt und in den beiden zuletzt genannten Provinzen durch wahllose, unorganisierte Einfuhr aller möglichen Rinderrassen die Herausbildung einer ausgeglichenen Landesrindviehzucht sehr erschwert hat. Noch heute läßt die Rindviehzucht auf den größeren Gütern in Schlesien, Posen und den westpreußischen Höhen-

kreisen, die Pferdezucht auf den schlesischen und pommerschen Gütern, die Schweinezucht in den meisten Großbetrieben des Ostens viel zu wünschen übrig. Aber die Bauern Litauens, des Ermlands und der Weichselniederung zeigen schon heute in der Pferde- und Rindviehzucht, die Bauern und Ansiedler Posens und Pommerns in der Schweinezucht und -mast, daß der Osten auch in der Viehzucht und Viehhaltung dem bäuerlichen Westen Ebenbürtiges leisten kann. Es ist daher mit Bestimmtheit zu erwarten, daß in dem Maß wie die innere Kolonisation fortschreitet Ostelbien auch in der Tierproduktion quantitativ und qualitativ die westelbischen Bauernländer einholen wird.

Häufiger als anderswo sind in Ostelbien gewerbliche Betriebe zur Veredlung von Feldfrüchten und tierischen Erzeugnissen mit größeren ländlichen Wirtschaften verbunden oder an bäuerliche Betriebe genossenschaftlich angegliedert. Stellt doch die Weiterverarbeitung der Zuckerrübe in Zuckerfabriken, der Kartoffel in Brennereien, Stärkefabriken und Trocknereien, der Milch in Meiereien und Käseereien in dem östlichen Wirtschaftsgebiet die am meisten verbreitete Form gewerblicher Betätigung dar. Manche in den industriellen Nebenbetrieben der Landwirtschaft gewonnenen Halbfabrikate werden in städtischen Industrien noch weiter veredelt. Zu diesen gehören die in den Ausstellungsprovinzen sehr zahlreichen und auf der Ausstellung besonders gut vertretenen Zuckerraffinerien, Sprit- und Likörfabriken und die Stärkezucker-, Stärkesirup-, Dextrin- und Kartoffelmehlfabriken. An dieser Stelle sei kurz der ostdeutschen Zucker- und Branntweinindustrie gedacht; sie sind noch immer die wichtigsten gewerblichen Nebenbetriebe der Landwirtschaft, wenn sie auch infolge des Umschwungs der Konjunkturen und der rasch fortschreitenden Umwandlungen von Gutsland in Bauernland in vielen Gegenden den Molkereien mit bäuerlicher Lieferantenschaft den Vorrang werden einräumen müssen. Nach völligem Zusammenbruch der älteren ostdeutschen Zuckerfabriken beginnt für die Zuckerrübenverarbeitung der 5 Ostprovinzen 1870 eine neue Ära des Aufschwungs und reicher Gewinne. Heute bestehen in Schlesien 50 Zuckerfabriken, in Posen 20, in Westpreußen 17, in Pommern 11 und in Ostpreußen 1. Nach der Provinz Sachsen steht Schlesien im Rübenanbau und in der Zuckerproduktion an zweiter, Posen an dritter Stelle. Die ostdeutschen Zuckerfabriken gehören zu den größten Unternehmungen ihrer Branche. Die 20 Fabriken Posens verarbeiten fast die Hälfte der Rübenmenge, die die 120 Fabriken in der Provinz Sachsen verarbeiten. Die Zuckerfabrik in Kulmsee, die bedeutendste in Deutschland, verbraucht in 24 Stunden 60 000 Zentner Rüben und produziert jährlich 500 000 Zentner Rohzucker. Infolge der guten technischen Ausstattung der Fabriken und des in Deutschland unübertroffenen Zuckergehalts der posenschen Rübe genügten 1909-1910 6,14 Kilo Rüben zur Herstellung von 1 Kilo Rohzucker, weniger als irgendwo anders im Reichsgebiet. Trotz dieser Gunst der natürlichen und technischen Bedingungen geht die Rübenverarbeitung auch im Osten zurück, weil sich das Ausland von der deutschen Zuckereinfuhr mehr und mehr unabhängig macht, und der inländische Konsum, der gegenwärtig auf 19,72 Kilo pro Kopf der Reichsbevölkerung berechnet wird, nicht rasch genug steigt, wozu noch die wachsenden Schwierigkeiten kommen, die die Zuckerrübenwirtschaften mit der Arbeiterbeschaffung haben. Wie ich einer im Ausstellungsraum der *Vereinigung der Rohsuckerfabriken der Provinzen Posen und Westpreußen* aushängenden Tabelle entnehme, stand es in diesen beiden Provinzen von 1905 bis 1910 folgendermaßen:

Jahr	Rübenverarbeitung in Doppelzentnern	Zuckerproduktion in Doppelzentnern
1905-1906	26 920 962	3 888 760
1907-1908	23 031 750	3 495 670
1909-1910	20 527 786	3 273 784

Im Rückgang befindet sich auch die Branntweinbrennerei des Ostens. Das Gesetz von 1887, das eine Abgabe von 70 Pfennig auf das Liter reinen Alkohöls festsetzte, hatte zur Folge, daß die Branntweinerzeugung in den 5 östlichen Provinzen von 222 auf 166 Millionen Liter sank. Die Erhöhung der Verbrauchsabgabe um weitere 55 Pfennig für das Liter wasserfreien Alkohöls durch die Steuerreform von 1909 verteuerte den Trinkbranntwein nochmals und verminderte den durchschnittlichen Trinkverbrauch, der für die Zeit vor 1887 im Osten auf etwa 9 Liter pro Kopf der Bevölkerung berechnet wird, auf höchstens 4,5 Liter pro Kopf in Ostdeutschland und auf etwa 3 im Reich. Obgleich jährlich auf einen Mehrverbrauch von Spiritus zu gewerblichen Zwecken in Höhe von ungefähr 12 Millionen Liter zu rechnen ist, mußte doch infolge des weit größern Rückgangs des Trinkkonsums die Branntweinproduktion wesentlich eingeschränkt werden. Im Jahr 1908-1909, dem letzten Betriebsjahr vor der Steuerreform, wurden im Deutschen Reich 339 Millionen Liter Kartoffelspiritus erzeugt, davon 221 Millionen Liter, also zwei Drittel, in den Ostprovinzen. Im einzelnen lauten die Zahlen wie folgt:

Provinz	Kartoffelspiritus- erzeugung in Millionen Liter	Zahl der land- wirtschaftlichen Kartoffelbrennereien
Ostpreußen	17	293
Westpreußen	31	350
Pommern	51	486
Posen	67	562
Schlesien	55	644

Insgesamt wurden in dem genannten Jahr in den 5 Ostprovinzen 19 Millionen Doppelzentner Kartoffel, das heißt der Ertrag von etwa 150 000 Hektar Kartoffelacker zu Branntwein verarbeitet.¹⁾ Interessant ist übrigens, daß gegenwärtig 42 Brennerei- und 5 Stärkefabriken *genossenschaften* in der Provinz Posen bestehen. Sie sind zumeist dadurch entstanden, daß die Ansiedlungskommission die auf den aufgeteilten Gütern befindlichen Brennereien und Stärkefabriken an die genossenschaftlich organisierten Ansiedler verkaufte.

Die bedeutende Verminderung der Branntweinproduktion seit 1909 — die im Interesse der Volksgesundheit nur zu begrüßen ist, und zu der auch der sozialdemokratische Schnapsboykott sein redliches Teil beigetragen hat — hat glücklicherweise nicht zu einer Einschränkung des für die leichten Böden des Ostens unentbehrlichen Kartoffelbaus geführt. Zur rechten Zeit wurde nämlich vor einigen Jahren das technische Problem Kartoffeln im großen in wirtschaftlicher Weise zu trocknen und sie in ein bekömmliches und leicht transportables Dauerfuttermittel umzuwandeln gelöst, und erstaunlich rasch entstanden überall im Osten leistungsfähige Trocknereien. Anfangs 1911 waren nach den Ermittlungen des *Vereins deutscher Kartoffeltrockner* in Ostpreußen

¹⁾ Siehe hierüber auch die Rubrik *Landwirtschaft* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 726 ff.

bereits 29, in Westpreußen 31, in Pommern 40, in Posen 61 und in Schlesien 73 Trocknungsanlagen in Betrieb, von denen beispielsweise die posenschen jährlich $1\frac{1}{2}$ bis 2 Millionen Zentner Kartoffeln in Trockenschnitzel oder -flocken umzuwandeln vermögen. Auch Trocknungsgenossenschaften bäuerlichen Charakters sind nicht mehr selten.

Mehr noch als diese landwirtschaftlichen Produkte verarbeitenden Industrien geben die der Landwirtschaft Produktionsmittel liefernden Gewerbe der Posener Ausstellung ihre Signatur. Auf zwei der für Ostdeutschland wichtigsten, die landwirtschaftliche Maschinen- und die Düngemittelindustrie, sei hier kurz hingewiesen.

Vor allem infolge des Arbeitermangels finden landwirtschaftliche Maschinen in den großen wie in den kleineren Betrieben des Ostens reichliche Verwendung. Nach der Betriebszählung von 1907 entfielen von allen in Preußen benutzten Dampfpflügen 71 %, von allen Dampfdreschmaschinen 60 %, von allen sonstigen Dreschmaschinen 52 %, von den Kartoffelpflanzmaschinen 55 %, von den Kartoffelerntemaschinen 53 % und von den Schrotmühlen 54 % auf die 5 östlichen Provinzen. Dementsprechend hat sich die landwirtschaftliche Maschinenindustrie des Ostens, auf die wieder wachsende Kaufkraft der Gutsbesitzer und nicht weniger auf die Kaufkraft der Bauern gestützt, im letzten Jahrzehnt kräftig entwickelt und stark vermehrt. Im Regierungsbezirk Posen sind beispielsweise unter 74 Maschinenfabriken nicht weniger als 43 solche für landwirtschaftliche Maschinen. Aus der breiten Masse der kleinen Betriebe haben sich mehrere Unternehmungen, von denen Werbke - Heiligenbeil, Ventzki-Graudenz, Muscate-Dirschau, Komnick-Elbing, Lesser-Posen, Cegielski-Posen, Paucksch-Landsberg an der Warthe, Hübner-Liegnitz und Kemna-Breslau hier genannt sein mögen, zu mehr als provinzieller Bedeutung und zu einer für Ostdeutschland stattlichen Beschäftigungsziffer von 200 bis 800 Arbeitern emporgeschwungen. Werbkesche Gespannpflüge und Pauckschsche Kartoffeltrocknungsapparate genießen über Deutschland hinaus einen guten Ruf und Dampfpflüge von Kemna und Ventzki arbeiten in allen Weltteilen. Die reiche Fülle der von diesen und anderen Unternehmungen ausgestellten landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte gibt auch in Posen allem übrigen das Relief.

Nächst der landwirtschaftlichen Maschinenindustrie ist die Düngemittelindustrie am innigsten mit dem Schicksal der ostdeutschen Landwirtschaft verbunden und an ihrem Aufschwung beteiligt. Gegenwärtig beschäftigen sich in den 5 östlichen Provinzen 16 Fabriken, die, bis auf eine, schon in den sechziger und siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts entstanden, sich aus kleinen Anfängen zu ihrer heutigen Größe emporentwickelt haben, mit der Herstellung von künstlichen Düngemitteln. Sie erzeugen vor allem Superphosphat und Ammoniaksuperphosphat, einen Mischdünger, der außer Phosphorsäure auch Stickstoff in Form des in den Kokereien und Gasanstalten als Nebenprodukt gewonnenen schwefelsauren Ammoniaks enthält. Diese Fabriken beziehen alljährlich aus Florida, Algier, Tunis und der Südsee etwa 250 000 Tonnen Rohphosphate, dazu aus dem Inland etwa 25 000 Tonnen schwefelsauren Ammoniaks. Die zur Herstellung von Superphosphat nötige Schwefelsäure erzeugen sie aus Schwefelkies, wovon sie 1909 121 800 Tonnen aus Spanien und der Türkei allein über Stettin bezogen. Aus diesen Rohstoffen produzieren die ostdeutschen Düngerfabriken etwa 10 Millionen Zentner Superphosphat ein-

schließlich der Mischdünger im Wert von zirka 40 Millionen Mark, das sind 40 % des deutschen Jahreserzeugnisses. Zu diesen älteren Betrieben sind neuerdings die elektrischen Kraftstationen und Fabriken zu Steinbusch bei Kreuz, Borkendorf bei Schneidemühl und Mühlthal bei Bromberg getreten, wo unter Ausnutzung der dortigen Wasserkräfte Kalziumkarbid und durch dessen Azotierung unter der Einwirkung des hochgespannten elektrischen Stroms nach dem Frank-Caroschen Verfahren Luftstickstoffdünger (Kalkstickstoff) hergestellt wird. Die *Ostdeutschen Kalkstickstoffwerke Berlin* und die *Brandenburgischen Karbid- und Elektrizitätswerke* haben sehr interessante Modelle dieser Anlagen und neuartigen Fabrikationsmethoden ausgestellt.²⁾

Gegenüber den gewaltsamen Industrialisierungsplänen des verstorbenen Oberpräsidenten von Goßler verfißt Professor Mollwo von der technischen Hochschule in Danzig die Ansicht, daß die natürlichen Gegebenheiten des ostdeutschen Wirtschaftsgebiets, zu dem er Schlesien und das westliche Pommern nicht rechnet, die Entwicklung nur solcher Industrien ermöglichen, die sich an das Hauptgewerbe Ostdeutschlands, die Landwirtschaft, anschließen.³⁾ Seine Meinung wird durch die ostdeutsche Ausstellung im allgemeinen bestätigt. Diese umfassende Revue über das ostdeutsche Wirtschaftsleben zeigt aber auch, daß die an die Land- und Forstwirtschaft anknüpfenden Gewerbe, zu denen auch die Industrie der Steine und Erden, die Holzverarbeitung, das Baugewerbe und die gesamte Industrie der Nahrungs- und Genußmittel gehören, im Osten zu hoher Blüte gelangen können und ihrerseits wieder, wie vor allem die landwirtschaftliche Maschinen- und Düngemittelindustrie, die Produktivität der Landwirtschaft bedeutend erhöhen.

XX

EDUARD BERNSTEIN · DAS FINANZKAPITAL UND DIE HANDELSPOLITIK

ES sind jetzt 15 Jahre her, da erschien in der *Neuen Zeit* eine Artikelserie, betitelt *Industrie und Finanz*.¹⁾ Ihr Verfasser suchte die Handelspolitik und mit ihr die Weltpolitik der maßgebenden Parteien der vorgeschrittenen Länder je auf bestimmte Gattungen von *Kapital* zurückzuführen, das durch die betreffenden Parteien speziell vertreten sei. Da die Zurückführung der Politik auf die Ökonomie ein Fundamentaldanke des Marxismus ist und in den Artikeln ganz marxistisch deduziert wurde, schienen die Darlegungen des Verfassers den Anforderungen der marxistischen Geschichtstheorie durchaus zu entsprechen, und seine Resultate unter dem Gesichtspunkt dieser Theorie unanfechtbar.

Welches waren nun diese Resultate? Bei der Besprechung der Parteien Englands und deren Handelspolitik gipfelte sie darin, daß die englischen Liberal-Radikalen, die den Grundsatz des Freihandels hochhalten, die Selbständigkeit der Kolonien verfechten und die weltpolitischen Abenteuer bekämpfen, dies täten, weil sie die Vertreter des *Finanzkapitals* seien, während die englischen Konservativen das eigentliche *Industrie*kapital verträten und darum in den bezeichneten Fragen andere, zum Teil denen der Radikalen direkt ent-

²⁾ Siehe hierüber auch meinen Artikel *Ist eine Steigerung der deutschen landwirtschaftlichen Tierproduktion möglich?* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1911, 1. Band, pag. 178 ff.

³⁾ Siehe Mollwo *Die wirtschaftliche Entwicklung der Industrie im Osten* / Leipzig 1910, pag. 18.

⁴⁾ Siehe Kapelusz *Industrie und Finanz* in der *Neuen Zeit*, 1896-1897, 2. Band, pag. 324 ff.

gegengesetzte Tendenzen verfolgten. Die Radikalen verträten im wesentlichen den Kapitalienexport, die Konservativen den Warenexport, und aus diesem Unterschied erkläre sich die Gegnerschaft der ersteren gegen jede aggressive auswärtige Politik, das Eintreten der letzteren für die Politik der starken Faust. Daß zum Beispiel die angloindische Verwaltung Indiens im Jahr 1895 die Einfuhr von Baumwollenprodukten nach Indien mit einem Zoll belegte und dafür die Zustimmung der damaligen liberalen Regierung erhielt, obwohl die Industrie Lancshires an der Zollfreiheit im Verkehr mit Indien interessiert war, fand nach dem Verfasser auf diese Weise seine natürlichste Erklärung. »Kolosale englische Kapitalien« hätten es vorgezogen, aus dem Mutterland nach Indien auszuwandern und heimsten dort, dank der billigen Arbeitskraft, viel mehr Profit ein als die in der Industrie Lancshires angelegten Kapitalien, die sich mit 2 % Profit begnügen müßten, und die Bill habe »eben den Zweck die indischen Profite der englischen Kapitalien noch höher zu steigern, zum Schaden der eigentlichen englischen Industrie«. Es »erweise« sich so, daß in England »das Kapital, welches den Ausländer direkt exploitiert, über das in der nationalen Industrie verwendete Kapital die Oberhand gewinnt«.

An diesen Artikel wurde ich lebhaft erinnert, als ich in Rudolf Hilferdings Buch *Das Finanzkapital* die Kapitel durchlas, die sich mit den handelspolitischen Problemen und Tendenzen der Gegenwart beschäftigen. Trotz aller Unterschiede zwischen den beiden Veröffentlichungen (hier eine systematisch durchgeführte wirtschaftstheoretische Untersuchung, dort nur der Versuch auf Grund einer Anzahl symptomatischer Erscheinungen Tendenzen der Wirtschaftspolitik zu erklären) zeigen sie doch in einem wichtigen Punkt eine verhängnisvolle Parallelität: Beide suchen das moderne Finanzkapital als diejenige Kapitalkategorie, die die Weltpolitik der Gegenwart diktiert, mit einer bestimmten Tendenz der Handelspolitik zu identifizieren. So weit nichts Erstaunliches, da die Verfasser beider Arbeiten von gleichen Grundanschauungen über den Zusammenhang von Wirtschaft und Politik ausgehen.

Aber nun kommt das Merkwürdige: Unsere so marxistisch wie nur möglich sprechenden und deduzierenden Autoren kommen zu direkt entgegengesetzten Resultaten. Nach Kapelus war die Handelspolitik des Finanzkapitals freihändlerisch-liberal, nach Hilferding ist sie schutzzöllnerisch-imperialistisch. Man wird gestehen, daß dieser Umstand mindestens geeignet ist stutzig zu machen. Waren die Kapeluszschen Artikel auch wesentlich symptomatisch begründet, so griffen sie doch wiederholt auf die Fundamentalgedanken der Marxschen Wirtschaftstheorie zurück und zeugten an verschiedenen Stellen von der Fähigkeit analytischen Denkens. Sie waren keine wissenschaftliche Fortbildung der Marxschen Theorien, aber sie waren als Wegweiser solcher Fortbildung gedacht, und manche Sätze in ihnen führen in gedrängter Form aus, was bei Hilferding weitläufig, aber der Sache nach nicht anders entwickelt wird. Wie denn zum Beispiel beide Arbeiten in die gleiche Schlußbetrachtung ausmünden. Und dabei trotzdem jenes widersprechende Ergebnis.

Nun enthielt freilich die Kapeluszsche Abhandlung eine Anzahl arger Irrtümer, von denen ich verschiedene damals in einem Gegenartikel aufdeckte.²⁾ Es war

²⁾ Siehe meinen Artikel *Politische und wirtschaftliche Interessen in England in der Neuen Zeit*, 1896-1897, 2. Band, pag. 426 ff. (wieder abgedruckt in dem Sammelbuch *Zur Geschichte und Theorie des Sozialismus*, 2. Teil, 4. Auflage / Berlin 1904 /, pag. 118 ff.).

zunächst ein leichtes nachzuweisen, daß die Finanzwelt Englands nicht in der liberal-radikalen, sondern in der unionistisch-konservativen Partei ihre spezifische Vertretung hatte und erblickte — von den 20 Finanzleuten des Hauses der Gemeinen gehörten 19 der letztern Koalition und nur 1 der liberalen Partei an —, und daß die entgegengesetzte Behauptung eine reine Konstruktion aus Einzelercheinungen war. Fernerhin konnte nachgewiesen werden, daß jene Erscheinungen, die nach Kapelusz die oben geschilderte politische Interessengruppierung illustrierten, von ihm ganz falsch aufgefaßt und gedeutet worden waren. So hatte es sich 1894-1895 in Indien nicht um Erhöhung der Profitrate des in indischen Fabriken angelegten Kapitals gehandelt sondern um Deckung steigender Fehlbeträge im indischen Staatshaushalt, die unter andern durch den damaligen starken Fall der Valuta verursacht waren, und die liberale englische Regierung hatte ihre Zustimmung zur Auferlegung der Abgabe davon abhängig gemacht, daß sie keinerlei Schutzzollcharakter erhalte, das heißt durch eine entsprechende Inlandsteuer ergänzt werde: Nicht ein Schutzzoll, sondern die Wiederaufwärmung einer alten Verbrauchsabgabe ward damals verfügt. Dazu kommt noch folgendes: Indiens Baumwollindustrie, umfaßte selbst 1904 erst 201 Fabriken, von denen die Mehrzahl indischen Unternehmern gehörte, und beschäftigte im ganzen 186 271 Arbeiter, während Englands Baumwollindustrie über eine halbe Million Arbeiter beschäftigt. Die in den Baumwollfabriken Lancashires laufenden Spindeln zählen gegen 50 Millionen, die Indiens etwa 5 Millionen; das in den Baumwollfabriken Lancashires angelegte Kapital übersteigt das in den indischen Fabriken angelegte um das 8fache. Und da sollte eine englische Regierung Indien einen Einfuhrzoll gegen Lancashire bewilligen, weil die Profite der indischen Fabriken von größerer Bedeutung für den Reichtum Englands seien als die Beschäftigung der Fabriken Lancashires! Der Widersinn springt in die Augen. Nur dadurch, daß Kapelusz die Statistik der Unternehmungen und ihrer Arbeiter ignorierte, konnte er zu seiner, den Sachverhalt auf den Kopf stellenden Behauptung gelangen.

Es liegt nun nahe anzunehmen, daß eben dadurch auch schon der Widerspruch zwischen seiner, die Rückwirkung des Finanzkapitals auf die Handelspolitik betreffenden Schlußfolgerung und der Hilferdings seine Erklärung finde, daß die Kapeluszschen Fehlschlüsse gewissermaßen den indirekten Beweis für die Richtigkeit der Hilferdingschen These lieferten. Aber die Sache verhält sich anders. Gerade der eben gekennzeichnete Grundfehler der Kapeluszschen Arbeit ist auch der Hilferdingschen Beweisführung eigen.

Hilferding behandelt in den 5 letzten Kapiteln seines Buches die Wirtschaftspolitik des Finanzkapitals und in 3 davon speziell den Einfluß des Finanzkapitals auf die Handelspolitik. Übereinstimmend mit Kapuleusz schildert er den Expansionsdrang des Finanzkapitals, der zur Ausdehnung seiner Geschäfte über die Grenzen des Stammlands hinaus treibt: ein Trieb, der beiläufig nicht neu und selbst in seinen modernsten Äußerungen (die Exportierung von ganzen Unternehmungen behufs unverkürzter Ausnutzung fremder Märkte) allen bekannt ist, die sich überhaupt mit den Wirtschafterscheinungen der Gegenwart befassen. In Verbindung mit dem Bestreben der großen Industrien, deduziert er weiter, den inländischen Markt zu monopolisieren, zu welchem Zweck sie sich der Kartelle bedienen, habe die Praxis des Exports von Unternehmen die Wirkung das in Gestalt von Großbanken zu Beherrschern ganzer Industrien ausgebildete Finanzkapital national und international zum ent-

schiedenen Verfechter des Schutzzolls zu machen. Denn Kartelle bedürfen für ihre monopolistischen Zwecke des Schutzzolls, und der Schutzzoll fremder Länder wird für Großunternehmungen oder das Kartell solcher von dem Moment an gegenstandslos, sobald sie auf den Märkten dieser gleichfalls durch Unternehmungen vertreten sind, die an deren Ausbeutung Anteil nehmen. Da unter die Macht der Großbanken und großen Unternehmungen in beständigem Wachstum begriffen ist, das mittlere und kleinere Gewerbe immer mehr in ihren Bannkreis gerät, und selbst »an ihrer größtmöglichen Ausdehnung interessiert«³⁾ so daß das Interesse des Finanzkapitals das Interesse der besitzenden Klassen überhaupt wird, ist der Kampf gegen die Schutzzöllnerei auf dem Boden der bestehenden Wirtschaftsordnung aussichtslos, der Freihandel zur Utopie geworden. Die Deduktion scheint auf verschiedene Leute eine bestechende Wirkung ausgeübt zu haben, und sie klingt auch ungemein plausibel, weil sie durchgängig bekannte Erscheinungen zugrunde liegen hat. Aber wie eine Gleichung nicht darum schon richtig ist, weil ihre einzelnen Glieder rationale Größen sind, sondern es noch sehr auf die Koeffizienten dieser Glieder ankommt, ob die Gleichung selbst rational ist, so auch hier. Die Erscheinungen, auf die Hilferding sich beruft, sind da. Aber ob sie die Größe und Kraft haben, die er ihnen beimißt respektive, die sie haben müßten, um seiner Folgerung Richtigkeit zu verleihen, ist eine andere Frage.

Hilferding versteht unter *Finanzkapital* das Bankkapital, das sich Industrien unterworfen hat und »auf diese Weise in industrielles Kapital verwandelt ist«. In dieser Form ist jedoch das Finanzkapital nicht einmal die allgemeine Erscheinung der kapitalistisch entwickelten Länder. In England zum Beispiel spielt es als Bankkapital in diesem Sinn so gut wie gar keine Rolle. Die über das Kreditgeschäft hinausgreifende enge Verbindung von Bankkapital mit Industriekapital ist eine spezifisch festländische Erscheinung, deren Urtypus der *Crédit Mobilier* der Gebrüder Pereire war, und die in den deutschen Großbanken mit ihrer Verbindung von Depositenverkehr und Effektenhandel ihre ausgebildetste Form erhalten hat. Indes ist es schließlich gleichgültig, ob große Bankhäuser formell privaten Charakters, wie etwa die Baring, die Bischoffsheim usw. oder als Aktiengesellschaften konstituierte Bankgeschäfte industrielle Unternehmungen kontrollieren. Entscheidend ist, ob und in welchem Umfang solcher kontrollierende Einfluß durch Finanzinstitute ausgeübt wird. An Beziehungen dieser Art fehlt es in England selbstverständlich nicht. Nur macht es der private Charakter der dortigen großen Finanzhäuser sehr schwer diese Beziehungen genau zu verfolgen und die Tendenzen der Machtausübung festzustellen. Bei den als Aktiengesellschaften konstituierten Banken dagegen stehen der Forschung mehr Ermittlungsmöglichkeiten zu Gebot. Schon aus den Geschäftsberichten an die Generalversammlungen und anderen Mitteilungen dieser Institute an ihre Interessenten, zu denen ihr halböffentlicher Charakter sie nötigt, sowie den Protokollen ihrer Generalversammlungen läßt sich mancher Einblick in ihre Beziehungen zu bestimmten Industrien gewinnen. Man sollte daher meinen, daß Hilferding auch statistische Daten darüber aufbringen würde. Aber über dieses empirische Material ist bei ihm so gut wie gar nichts zu finden. Seine sehr bestimmt formulierten Sätze über die Beherrschung der Industrien durch das Finanzkapital stellen sich uns als Theorie im Sinn logischer

³⁾ Siehe Hilferding *Das Finanzkapital*. / Wien 1910, pag. 441.

Spekulation dar, als aus der Abstraktion gewonnene Schlüsse, deren bestechende Kraft dadurch verstärkt wird, daß Hilferding mit in der Tat virtuosem Geschick die Marxsche Form des Deduzierens handhabt. Nach ihrer Schablone macht sich alles wunderbar glatt. Leider ist jedoch die Logik der Wirklichkeit oft sehr anders beschaffen als die Logik der abstrahierenden Spekulation. Liest man zum Beispiel bei Hilferding das Kapitel über die geschichtliche Tendenz des Finanzkapitals, so erscheint die gesellschaftliche Verallgemeinerung des Industriekartells mit der Verwirklichung des »Generalkartells« der gesamten Industrie im Hintergrund als ein furchtbar einfacher, sozusagen vor der Tür liegender Prozeß. Aber wie prekär ist nicht selbst im zollumwallten Deutschland die Existenz einer ganzen Anzahl von Kartellen der noch am ehesten zu kartellierenden Industrien von Halbfabrikaten! Die Empirie, die ungeberdige Empirie.

Es bedarf eines sehr viel stärkern empirischen Materials als Hilferding es erbringt, bis man den Beweis als geliefert betrachten kann, daß das in den Banken vertretene Finanzkapital die entscheidende Rolle in der Bestimmung der Wirtschaftspolitik spielt, die er ihm zuschreibt. Die Dinge verhalten sich in der Wirklichkeit keineswegs so einfach. Jenes Finanzkapital wird durch sehr viele Köpfe repräsentiert, und wenn es freilich auch Übertreibung wäre auf sie das Wort *Tot capita tot sensus* anzuwenden, so ist es doch nicht zu viel, wenn man sagt, daß die Welt von einer ganz respektablen Vielheit finanzkapitalistischer Sinne weiß. Nach Hilferdings Deduktionen müßten die Leiter der deutschen Großbanken Erzschatzzöllner sein. Aber der erfolgreiche langjährige Leiter des größten dieser Institute, Georg von Siemens, war, wenn nicht absoluter Freihändler, so doch mindestens Verfechter der Abtragung der Schutzzölle, und sein Nachfolger, Herr von Gwinner, wird kaum viel anders denken.

Je größer die Finanzinstitute, an um so mehr verschiedenartigen Unternehmungen sind sie interessiert. Schon diese Tatsache allein läßt es als ein ganz willkürliches Verfahren erkennen sie generell zu Trägern einer bestimmten Handelspolitik zu stempeln. Wahrscheinlicher ist, daß von den meisten Leitern dieser Institute das zutrifft, was ich in der Polemik gegen Kapelusz über die englischen Finanzherren schrieb: »So ein moderner Fürst der Finanz ist Minenbesitzer in Spanien, Hüttenbesitzer in den Vereinigten Staaten, Plantagenbesitzer in Brasilien, Gläubiger der verschiedensten Staatsregierungen und daneben englischer Landwirt und Inhaber aller möglichen englischen Industriepapiere. Wie soll der Mann da genau wissen, ob sein Besitz ihn zum Beispiel mehr zum Schutzzoll oder aber zum Freihandel verpflichtet? Würde man ihm die Frage so stellen, so würde er wahrscheinlich genötigt sein, wie der alte Rothschild seinen Sekretär zu fragen: Meyer, wie denke ich über diesen Punkt?« In der Tat sind die meisten der Herren wie in der allgemeinen Politik, so auch in der Handelspolitik *Mittelparteiler*. Wenn es bei einigen Banken und Bankhäusern anders ist, die mit der rheinisch-westfälischen Montanindustrie in besonders enger Verbindung stehen, so ist es da nicht das finanzielle Element, das dem industriellen, sondern das industrielle, das dem finanziellen das zollpolitische Programm diktiert. Das spezielle Interesse einer oder mehrerer Industriegruppen und nicht ein generelles Interesse der *Finans* spricht da das entscheidende Wort. Hilferdings Satz von einem generellen Interesse des *Finanzkapitals* am Allerweltsschutzzoll ist nichts als

Konstruktion auf der Basis von Einzelercheinungen, die durchaus unzulänglich sind, eine so verallgemeinernde Theorie zu tragen. Das Finanzkapital ist keine einheitliche Wesenheit, und die Industrie von viel zu differierenden Interessen beherrscht, um dem in Industrieunternehmungen angelegten Kapital der Finanzwelt jene Wesenseinheit zu verleihen.

So ist es eine sehr kühne Behauptung Hilferdings, daß die kleineren und mittleren Unternehmungen in Deutschland sich im wesentlichen nur noch als das Gefolge der großen kartellierten Industrien fühlen und darum handelspolitisch mit ihnen gehen. Wenn er sich die Mühe nimmt die Petitionen deutscher Industrieverbände nachzulesen, die zur Zeit der Beratung des neuen deutschen Zolltarifs beim Reichstag einliefen, wird ihm eine andere Melodie entgegentönen. In den Petitionen der Fertigindustrien, die die Masse der mittleren Unternehmungen umfassen, wird er immer wieder auf die Erklärung stoßen: Wir verzichten auf jeden Zoll, wenn man uns Rohmaterial und Hilfsstoffe zollfrei läßt. Und diese Industrien beschäftigen die große Mehrheit der deutschen Arbeiter. Deutschlands Industrie der Maschinen und Apparate umfaßt nach der letzten Berufszählung 907 048 Erwerbstätige, dagegen weiß die Denkschrift des Deutschen Reichs über die Kartelle nichts von einem Kartell in den Maschinengewerben. In der Weberei mit 514 087 Erwerbstätigen gab es zwar etliche Kartelle, sie betrafen aber nur gewisse Spezialitäten, die große Masse der Stoff- und Tuchwebereien waren und sind unkartelliert. Die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe mit 787 754 Erwerbstätigen hatte nur 5 unbedeutende Kartelle. Und so die ganze Reihe der Fertigindustrien hindurch. Die größere Mannigfaltigkeit der Fabrikate, die Vielheit der Unternehmungen und die Verschiedenartigkeit der Absatzbedingungen machen in diesen Industrien die Kartellierung ganz besonders schwer, das Dasein zustandegebrachter Kartelle ganz besonders kurzlebig. Monopolpreise sind da so gut wie ausgeschlossen, dafür sind aber gerade die Fertigindustrien am stärksten darauf angewiesen die Weltmarktkonkurrenz zu bestehen. Zwei Drittel vom Wert der Ausfuhr des Deutschen Reichs, im Betrag von jährlich über 4 Milliarden Mark, entfallen auf die Kategorie der Fabrikate, woran zum Beispiel die Maschinenindustrie mit einer Ausfuhr von über 400 Millionen Mark, die Baumwollfabrikation (Weberei usw. ohne Spinnerei) mit über 300 Millionen Mark, die Wollenfabrikation mit zwischen 250 und 300 Millionen Mark beteiligt sind. Nur dadurch, daß man von jedem tiefern Eindringen in die Existenzbedingungen dieser Industrien Abstand nimmt, die, ich wiederhole, die Mehrheit der deutschen Arbeiter beschäftigen, kann man in der Weise, wie es Hilferding tut, einer handelspolitischen Interessenharmonie der Fertigindustrien mit den Kartellen der Halbfabrikate sprechen.

Ich bin nicht geneigt Tagesvorgängen weltgeschichtliche Bedeutung beizulegen. Aber ganz gleichgültig ist es doch nicht, daß eben wieder die Demonstration der Fürsten der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie gegen die linksliberale Leitung des *Hansabunds* eine geradezu elementare Gegenbewegung aus den Kreisen der mittleren Industrien zur Folge gehabt hat. In diesen Protestversammlungen kam gerade der wirtschaftspolitische Gegensatz oft zu sehr scharfem Ausdruck. Da die Handelsverträge, die auf Grund des Zolltarifs von 1902 abgeschlossen sind, noch 6 Jahre laufen, ist die speziell handelspolitische Debatte augenblicklich bei uns zurzeit für die Politik nicht aktuell und darum auch nicht sonderlich lebhaft. Sobald sie aber wieder aktuell

wird, wird es sich zeigen, wie sehr sich Hilferding von der Wirklichkeit entfernt hat, wenn er schreibt, daß die im Kapitalexport gipfelnde Expansionspolitik »sämtliche Schichten der Besitzenden in den Dienst des Finanzkapitals vereinigt«, daß »Schutzzoll und Expansion die gemeinsame Forderung der herrschenden Klasse« werden. Unseren Industriellen sind die Zahlen der Ausfuhrstatistik kein Geheimnis. Sie wissen, daß die im Bereich der Möglichkeit liegende Expansion Deutschlands die Ausfuhrmöglichkeiten der Industriefabrikate nicht im Handumdrehen nennenswert vermehren kann und daher für die handelspolitischen Fragen der Gegenwart bedeutungslos ist, sie werden sich daher schwerlich dazu verstehen ihre Stellung zu diesen Fragen von der Aussicht der Zukunftsergebnisse einer denkbaren Expansion bestimmen zu lassen.

Man wird ferner in Hilferdings Buch vergeblich nach Anhaltspunkten dafür suchen, in welchem Verhältnis Zweigbetriebe deutscher Unternehmungen in anderen Ländern eingerichtet worden sind, um dortigen Schutzzöllen zu begegnen, und welche Erfolge für und Rückwirkungen auf die Stammunternehmungen dieser *Export von Unternehmungen* gehabt hat. Ich gebe ohne weiteres zu, daß das Material hierfür äußerst schwierig zu beschaffen ist. Aber ohne einigermaßen verlässliches Tatsachenmaterial ist jede verallgemeinernde wirtschaftspolitische Folgerung, die auf das Vorkommen solcher Exporte sich stützt, bloße Hypothese und nicht mehr. Die Elektrizitätsfirma Siemens & Halske hat Zweigunternehmungen in verschiedenen Ländern, ebenso die *Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft*. Ist das Verhältnis der Zweigunternehmen zum Stammunternehmen in beiden Fällen das gleiche? Wenn nicht, liegt es nicht nahe zu folgern, daß auch das handelspolitische Interesse dieser Firmen differiert? Große Maschinenwerke haben seit Inkrafttreten der neuen Zolltarife Rußlands, Österreichs usw. Filialen in diesen Ländern errichtet. Ist es ihnen darum eine gleichgültige Sache geworden, wie teuer sie Eisen und Stahl daheim bezahlen müssen? Und welchen Anteil an der gesamten Maschinenindustrie Deutschlands repräsentieren diese Werke? Welchen Anteil an der deutschen Textilindustrie diejenigen Tuch- etc. Fabriken, die Zweigfabriken im Ausland unterhalten? Über diese und verwandte Fragen müßte man unterrichtet sein, bevor man so apodiktische Sätze über die handelspolitische Gesinnung der Unternehmer dieser Industrien zum besten gibt, wie Hilferding es tut. Aber wir schauen vergebens danach aus. Die Tatsache, daß viele scheinbar selbständige Geschäfte faktisch nur noch Agenturen großer kartellierter Unternehmungen sind, ist das einzige aus der Wirklichkeit genommene Beweismittel für die behauptete Interessengemeinschaft der Großen und Kleinen der Industrie in puncto Handelspolitik. Sonst besorgt immer wieder die *Entwicklung des Begriffs* die Beweisführung: das Kapital, die Bourgeoisie werden zu Wesenheiten, die auch da einheitlich denken, wo in der Wirklichkeit der Wirtschaftswelt Kapitalisten und Bourgeois immer wieder gegensätzlich denken und handeln.

In dieser Hypostasie der Begriffe liegt der Hauptfehler der Deduktionen Hilferdings. Er verfällt wiederholt in die Methode der spekulativen Dialektik. Unzweifelhaft will jeder Kapitalist, wenn er Aktionär ist, so hohe Dividenden einheimsen wie nur möglich. Schutzzölle sind ein Mittel zur Steigerung von Dividenden. Das Finanzkapital macht immer mehr Kapitalisten zu Aktionären und sucht sich nach Möglichkeit Schutzzölle zunutze zu machen. Folglich werden in der Epoche des Finanzkapitals die kapitalisti-

schen Klassen zu Schutzzöllnern. Das ist im Kern sein Beweis für die *Aussichtslosigkeit des Freihandels*. Es liegt auf der Hand, daß die Kette dieser Beweisführung an zwei bedeutungsvollen Stellen brüchig ist. Schutzzölle erhöhen Profite heißt nicht, daß sie alle Profite erhöhen; sie können nicht Dividenden steigern, ohne andere Einkommen zu kürzen, und die kapitalistischen Klassen zählen noch sehr große Bestandteile in ihren Reihen, deren Einkommen nicht oder nur zum geringsten Teil aus Dividenden von Unternehmungen besteht, denen die Schutzzollpolitik wirklich mehr gibt als sie ihnen nimmt. Das erhellt sofort, sobald wir die Zusammenfassung der verschiedenen Schichten der besitzenden Klassen unter Einheitsbegriffe, die nur für die Gegenüberstellung gegenüber den Nichtbesitzenden oder wenig Besitzenden Sinn und Berechtigung hat, hier, wo ganz andere Unterscheidungen und Gegensätzlichkeiten in Frage kommen, grundsätzlich aufgeben, statt diese Gegensätzlichkeiten bloß, wie dies Hilferding tut, hier und da einmal aus der Schutzhülle jener *Begriffe* herauszutreten zu lassen.

Wohin die Hilferdingsche Betrachtungsweise führt, zeigen seine Sätze über die Aussichten des Schutzzolls und des Reichszollverbands im britischen Weltreich. Nach ihm muß in England in kurzer Zeit »der Übergang zum Schutzzoll notwendigerweise erfolgen«, und wird dieser Schutzzoll ein Reichsschutzzoll sein, der noch höher ist als die jetzigen Erziehungszölle der sich selbst verwaltenden englischen Kolonien, da »die Aussicht auf ein durch solchen Zoll geschaffenes Wirtschaftsgebiet geeignet ist die gesamte Kapitalistenklasse zu vereinigen«. Durch diesen *notwendigen* Prozeß werde dann eine Situation geschaffen, die angesichts der Kolonialarmut Deutschlands »den Gegensatz zwischen Deutschland und England mit ihren Trabanten außerordentlich verschärfen muß, eine Situation, die zu einer gewaltsamen Lösung hindrängt«. Das alles soll die Sozialdemokratie als *Notwendigkeiten* nicht nur für den Fall begreifen, daß gewisse Finanzkreise und ihre Trabanten die Handelspolitik inklusive der sonstigen Weltpolitik bestimmen, sondern für die nächste Zeit überhaupt, da angeblich die ganze Bourgeoisie sich dem Heerbann jener Finanziers anschließt. Die Sozialdemokratie soll die imperialistische Politik des Finanzkapitals als die Verallgemeinerung der Bedingungen für den Sieg des Sozialismus begreifen und ihr daher nichts als die Forderung entgegensetzen *Weder Schutzzoll noch Freihandel sondern Sozialismus!*

Welche Zumutung! Ich habe schon bemerkt, daß sie praktisch eine Parole für den Schutzzoll bedeuten würde. Natürlich, wenn die Sozialdemokratie lediglich außerparlamentarisch kämpfte, etwa wie es das Ideal der revolutionären Syndikalisten ist, könnte sie sich den Kämpfen um Schutzzoll oder Freihandel und den damit innerlich verbundenen Kämpfen um aggressiven Imperialismus oder konsequente Friedenspolitik, um uferlosen Flottenbau oder Rüstungsbeschränkungen rein kritisch gegenüberstellen. Als Teilnehmer an der Gesetzgebung kann sie es nicht. Bei Abstimmungen über Zolltarife, über Flottenvermehrung, über die auswärtige Politik kann sie nicht den bürgerlichen Parteien zuzurufen: Tut, wozu euer Herz euch treibt, wir enthalten uns und waschen unsere Hände in Unschuld! Denn sich enthalten heißt hier je nachdem die eine oder andere Politik — unter den Voraussetzungen Hilferdings die imperialistische Politik des *Finanzkapitals* — unterstützen. Gleichviel, ob Hilferding das will oder nicht, es ist die unausweichliche Konsequenz seiner Deduktionen.

Aber diese Deduktionen stimmen nicht. Selbst wer die Niederlagen, die die

Schutzzöllnerei und der Hetzimperialismus in England in den letzten Jahren erfahren haben, als nicht entscheidend betrachtet, kann sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß sie uns gezeigt haben, wie starke Kräfte sich selbst in der kapitalistischen Gegenwart gegen jene Tendenzen auflehnen. In keinem Land ist der Widerstand gegen sie auf das Proletariat und etliche Ideologen beschränkt. Überall nehmen große Teile der bürgerlichen Erwerbswelt an ihm teil, überall gewinnt die Vertragsidee im Streit mit den überlieferten Kriegstendenzen an Boden. Der zollfreie Verkehr zwischen den Nationen ist noch nicht zur Utopie geworden sondern noch immer, oder vielmehr mehr als je, Banner des Fortschritts. Denn stärker als je betätigt sich der Internationalismus der Arbeiterklasse in der praktischen Politik, und wenn er innere Einheit haben, sich nicht in unlösbare Widersprüche verstricken soll, kann die Richtlinie der Handelspolitik für ihn keine andere sein als die der Niederreißung der nationalen Zollmauern.

XX

HUGO LINDEMANN · DER KURS DER POLITIK IN WÜRTEMBERG

In der Generaldebatte über den Hauptfinanzetat für 1907 und 1908 entwickelte der Ministerpräsident von Weizsäcker in der ersten Rede, die er als Ministerpräsident in der Abgeordnetenversammlung hielt, sein Geschäftsprogramm. Es ist vielleicht ganz zweckmäßig von dieser Programmrede auszugehen, ihren wesentlichen Inhalt wiederzugeben und daran zu messen, inwieweit dieses Programm durch die Taten der Regierung bestätigt worden ist.

Der Ministerpräsident führte damals aus, die Regierung werde *sine ira et studio* nur dasjenige zu erreichen suchen, was eine vorteilhafte Entwicklung des Landes auf allen Lebensgebieten erheische. Sie sei davon durchdrungen, daß Stillstand Rückschritt bedeute, und wolle daher, wo es not tue, ein frisches Vorwärtsschreiten unserer öffentlichen Einrichtungen. Das sei seiner Ansicht nach auch ein Programm der Staatsregierung, es werde aber auch nötig sein den großen Reformwerken der letzten Jahre (gemeint sind hier in erster Linie die Verfassungsreform, der Erlaß einer neuen Gemeindeordnung, eines neuen Einkommensteuergesetzes etc.) eine gewisse Zeit zu ihrer Entwicklung zu gönnen. Das Staatsministerium habe sich in der letzten Zeit verändert, aber ein Wechsel der politischen Stellung sei damit nicht eingetreten, er wisse auch gar nicht, welchen Anlaß dazu die älteren Mitglieder des Staatsministeriums gehabt hätten. Die neuen Mitglieder aber wären auf den Boden getreten, den ihre Kollegen schon bisher eingenommen hätten. Außer diesen recht allgemeinen Mitteilungen sprach sich der Ministerpräsident noch über die Schulfrage aus und stellte dabei fest, daß, solange er an der Spitze der Staatsregierung stehe, diese nicht hinter die Vorschläge zurückgehen werde, die in der frühern Volksschulnovelle enthalten waren. Bei einer andern Gelegenheit bezeichnete der Ministerpräsident die von ihm verfolgte Politik als eine gemäßigt liberale, und man kann der Regierung ohne weiteres das Zeugnis ausstellen, daß sie in der Zeit seit der Generaldebatte des Jahres 1907 diese Politik auch weiter verfolgt hat, wobei allerdings der Nachdruck mindestens ebensosehr auf dem Wort *gemäßigt* wie auf dem Wort *liberal* gelegen hat.

Das Ministerium ist ein ausgesprochenes Beamtenministerium, dessen Mitglieder im Staatsdienst ergraut sind, und die daher als typische Vertreter einer bureaukratischen Staatsauffassung — dieser Begriff im guten Sinn gemeint — gelten können. Es liegt auf der Hand, daß ein derartiges Ministerium in seiner Politik in erster Linie durch die Zusammensetzung des Landtags bestimmt wird. Für die Gesetzentwürfe, die es einbringt, muß es sich Mehrheiten suchen, ein Geschäft, das bei den 5 Parteien der Abgeordnetenversammlung nicht immer ganz leicht ist. Dazu kommt dann noch die Rücksicht auf die Erste Kammer, in der trotz der Reform das alte Element der Standesherrn noch immer am stärksten vertreten ist, wenschon sein Einfluß durch den Eintritt von Vertretern der Handels-, Handwerker- und Landwirtschaftskammern, der Universitäten, der Ritterschaft und Geistlichkeit etwas zurückgedämmt ist. Ohne jeden Zweifel ist zum Beispiel die Form, die die Volksschulnovelle erhalten hat, die Frucht eines mühseligen Kompromisses zwischen der Ersten und der Zweiten Kammer, zwischen den verschiedenen Parteien, die mit Ausnahme des Zentrums einer Reform nicht grundsätzlich entgegenstanden, innerhalb der Abgeordnetenversammlung und der Regierung, wobei von den Kirchen zunächst gänzlich abgesehen ist, da diese bei der Aufstellung des Entwurfs durch die Regierung und dann später innerhalb der Kammern sich genügend zur Geltung bringen konnten. Es ist ebenso zweifellos, daß bei einer andern Zusammensetzung der Abgeordnetenversammlung, insbesondere bei einer stärkern Vertretung der Linken, vielleicht schon der Entwurf der Regierung anders ausgesehen haben würde als es der Fall war, daß aber sicherlich die Regierung einer fortschrittlicheren Ausgestaltung keine Hindernisse in den Weg gelegt haben würde, falls eine stärkere Mehrheit dafür in der Zweiten Kammer vorhanden gewesen wäre. Und wie bei der Volksschulnovelle, so lagen die Verhältnisse bei einer Reihe anderer Gesetzentwürfe.

In der Abgeordnetenversammlung stehen in einer Reihe von Fragen zwei große Gruppen einander gegenüber, von denen die eine aus Zentrum und *Bauernbund* besteht, die anderen drei Parteien, die Nationalliberalen (*Deutsche Partei*), die Volkspartei und die Sozialdemokratie, umfaßt. Diese Gruppierung hat sich namentlich bei der Beratung der Volksschulnovelle herausgebildet, wenn auch hier nicht durchweg. Sie tritt ferner sehr häufig bei Fragen der Gewerbepolitik in Kraft, bei denen allerdings die *Deutsche Partei* sich in der Regel in zwei Hälften teilt. Dagegen ändert sich in Fragen der Sozialpolitik, namentlich der Arbeiterpolitik, die Gruppierung dahin, daß Sozialdemokratie und Zentrum in Verbindung mit den fortschrittlicher denkenden Mitgliedern der Volkspartei und Nationalliberalen zusammen den sozialpolitischen Forderungen zur Annahme verhelfen. So sind zum Beispiel in den Fragen der Arbeitslosenfürsorge, des Arbeiterschutzes, dann aber auch in Sachen der Wohnungspolitik (Anstellung eines Landeswohnungsinspektors, Gewährung staatlicher Unterstützung an Baugewerkschaften usw.) Beschlüsse zustande gekommen, die von dem *Bauernbund* und Mitgliedern der Volkspartei und der *Deutschen Partei* aufs stärkste bekämpft worden waren. In allen den Fragen, bei denen keine strenge Abstimmung nach Parteien stattfindet, also kein Parteizwang geübt wird, lassen sich verschiedene Mehrheiten bilden, und sind auch gebildet worden. Es sei hier zum Beispiel auch auf die Vorgänge bei der Bauordnung hingewiesen, deren einzelne Teile mit den verschiedensten Mehrheitskombinationen zur Annahme kamen. Bei der Abstimmung über den Umfang des Genehmi-

gungsrechts der Regierung für den Erlaß von Ortsstatuten stand zuletzt die Volkspartei allein gegenüber den 4 übrigen Parteien da.

Sucht also im allgemeinen die Regierung bei ihren Entwürfen die Mehrheit so gut wie möglich für sich zusammenzubringen, so muß doch trotz mancherlei Abweichungen der Kurs der Regierungspolitik als ein im ganzen gemäßigt liberaler bezeichnet werden, der daher auch bei politischen Materien sich auf die Mittelparteien, die Nationalliberalen und die Volkspartei, zu stützen sucht. Da aber diese Parteien allein keine Mehrheit bilden, so bedarf es dabei sehr häufig der Unterstützung der Sozialdemokratie.

Neben dem strittigen Gebiet der politischen Fragen steht dann ein großes, bei dem parteipolitische Momente weniger ins Gewicht fallen. Hier wäre in erster Linie die Behandlung der Beamten, ihre beamtenrechtliche Stellung, ihre Besoldung usw. zu nennen. Was zunächst die Besoldungsfragen angeht, so hat sowohl im Jahr 1907 wie bei der großen Beamtenaufbesserung dieses Jahres die Abgeordnetenkammer sich in durchaus richtiger Auffassung auf den Boden gestellt sie nicht als einen Gegenstand der Parteipolitik sondern als eine Zweckmäßighkeitsfrage, als eine Frage der besten Organisation der Staatsverwaltung zu behandeln. Dieses Vorgehen bewies nicht nur einen hohen Grad der Reife des politischen Lebens in Württemberg sondern brachte auch vom Standpunkt der Parteipolitik eine Reihe von Vorteilen mit sich. Es wurde in erster Linie die höchst unangenehme und eine sachliche Behandlung der Materie erschwerende Konkurrenz um das Wohlwollen der Beamtenvereinigungen ausgeschlossen. Die Zahl dieser Vereinigungen und ihre Bedeutung ist in Württemberg sehr groß, und die Regierung hat bisher, wenn sie selbst auch ihnen nicht gerade mit besonders großer Sympathie gegenübersteht, es doch stets vermieden ihnen Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Das Recht der Beamten solche Vereinigungen zu schließen ist in Württemberg von allen Parteien anerkannt und, nachdem einmal diese Organisationen bestehen, haben sie ihren politischen Einfluß als Wähler voll auszunutzen verstanden. Die Parteien sind daher bestrebt sich die Gunst dieser Beamtenorganisationen nicht zu verscherzen. Will man nun solche Vorlagen, wie die allgemeinen Besoldungsaufbesserungen, in sachgemäßer Weise erledigen, so bleibt kein anderer Weg als den Einfluß aller Beamtenorganisationen durch ein gemeinsames Übereinkommen sämtlicher Parteien auszuschalten. Indem man darauf verzichtet die Vertretung der Interessen einzelner Beamtengruppen als eine besondere Aufgabe der Partei zu betrachten, die ohne Rücksicht auf die allgemeinen Zusammenhänge durchgesetzt werden müsse, gewinnt man erst die Möglichkeit zu sachgemäßer Behandlung. Man scheidet damit zugleich den ganzen Komplex der Besoldungsfragen der staatlichen Beamten aus dem Parteistreit und der Wahlagitation aus. Das ist im Interesse der anzustrebenden Neutralität des staatlichen Beamtentums durchaus wünschenswert.

Dabei möge noch mit einem Wort auf die Änderungen hingewiesen werden, die sich in der Stellung der einzelnen Parteien gegenüber der Beamtenschaft insbesondere in den Sachen der Besoldungsordnung vollzogen haben. Wie der Abgeordnete Keil in der 2. Beratung der Beamtenvorlage ausführte, hat sich die Stimmung des Volks und damit auch der Parteien den Beamten und insbesondere auch den Beamtengelthaufbesserungen gegenüber im Lauf der letzten Jahrzehnte gewandelt. Vor 15 oder 20 Jahren standen erhebliche Teile der Be-

völkerung und der politischen Parteien des Landes einer Beamtenaufbesserung ablehnend gegenüber, noch im Jahr 1901 hat eine Anzahl Volksparteiler gegen die Aufbesserung der höheren Beamten gestimmt. Sicherlich hat zu diesem Umschwung die öffentliche Tätigkeit der Beamtenorganisationen wesentlich beigetragen. Außerdem aber hat sich auch der Charakter der Parteien und ihr Anhängerkreis zum Teil recht tiefgehend geändert; es gilt dies vor allem von der Volkspartei, in deren Reihen die Verschiebung ihres Anhängerkreises und damit auch ihrer politischen Stellung besonders groß gewesen ist.

Mit dem Verzicht darauf Fragen der Beamtenbesoldung als Angelegenheiten der Parteipolitik zu behandeln ist noch nicht gesagt, daß es nun den einzelnen Parteien benommen wäre ihre Auffassungen von der besondern Bedeutung einzelner Beamtenkategorien, von dem Verhältnis zwischen oberen und niederen Beamten bei der Spezialberatung zur Geltung zu bringen. Die Sozialdemokratie hat es bei der diesjährigen Beratung der Beamtenaufbesserung durchaus nicht unterlassen im Ausschuß besonders für die Besserstellung der niederen Beamten einzutreten und hat zu verhüten gesucht, daß der Abstand zwischen dem Kultur-niveau der höheren Beamten und dem der niederen zu groß werde. Im Gegenteil, die Verhandlungen haben die Notwendigkeit bewiesen, daß solche Parteien vorhanden sind, die sich der niederen Beamten vorzugsweise annehmen. Finden doch die Bedürfnisse und Wünsche der höheren Beamten begreiflicher Weise bei der Regierung ein offeneres Ohr und größeres Verständnis als die der niederen Beamten, die eben von den Spitzen des staatlichen Beamtenkörpers am weitesten entfernt sind.

Auch in den beamtenrechtlichen Fragen hat die Zweite Kammer in vielen Punkten eine weitgehende Übereinstimmung der Auffassungen gezeigt und sie auch der Regierung gegenüber zum Ausdruck gebracht. Das gilt insbesondere für die Regelung der aus dem Unterordnungsverhältnis sich ergebenden Fragen, wie zum Beispiel des Beschwerderechts in Angelegenheiten, die ganze Beamtenkategorien angehen, des Schutzes der Beamten gegen die Aufnahme ungünstiger Zeugnisse in dienstliche Führungsberichte usw. Gegenüber einer Weiterbildung des Beamtenrechts in der Richtung der korporativen Geltendmachung von Wünschen und Beschwerden der Beamten, der Schaffung rechtlich anerkannter Vertretungen der Beamtenschaft hält die Regierung an ihrer alten Auffassung des Beamtenverhältnisses fest. Die Gegensätze, die zwischen ihr und der Zweiten Kammer hier vorhanden sind, werden bei dem entschiedenen Festhalten der letztern an ihrer Auffassung, wie das einstimmig gefaßte Beschlüsse zeigen, schließlich nur durch ein weitergehendes Entgegenkommen der Regierung ausgeglichen werden können.

Für die nächste Zukunft hängt der Kurs, den die Regierung in Sachen der Gesetzgebung und Verwaltung einschlagen wird, vor allem davon ab, ob die Volkspartei und weiter die Linke, also mit Einschluß der Sozialdemokratie, bei den nächsten politischen Wahlen ihre Vertretung behaupten, oder ob wesentliche Verschiebungen innerhalb der politischen Parteien eintreten werden. Es ist zweifellos, daß in Württemberg der Kampf um die politische Vormacht zurzeit zwischen dem Zentrum und der Volkspartei geführt wird. Das Zentrum ist die stärkste Partei des Landtags und erhebt als solche Anspruch auf den Präsidentsitz. Dieser Anspruch ist aber weder im Jahr 1907 noch im Jahr 1910 bei der wiederholten Besetzung des Präsidiums anerkannt worden. Als

zweitstärkste Partei folgt dem Zentrum die Volkspartei, die den Präsidenten stellt und nicht so sehr kraft ihrer numerischen Stärke als auch dank der eigenartigen Parteikonstellation im Landtag den stärksten Einfluß auf die Gesetzgebung und die Verwaltung ausgeübt hat und noch ausübt. Gelingt es dem Zentrum bei den nächsten Wahlen die Position der Volkspartei wesentlich zu schwächen, ohne daß dabei nur eine Verschiebung der Sitze nach links hin stattfindet, so ist es nicht unwahrscheinlich, daß die Tage des volksparteilichen Präsidiums gezählt sind. Die Aussichten des Zentrums selbst das Präsidium zu besetzen und damit einen sehr bedeutsamen Einfluß auf die Geschäftsführung des Landtags zu erringen würden dadurch wesentlich gesteigert werden. Von dem Ausgang dieses Kampfes zwischen Volkspartei und Zentrum um die politische Vormacht hängt dann weiter auch die Stellung ab, die die Regierung in Zukunft annehmen wird. Denn wenn es auch in Württemberg zurzeit keine parlamentarische Regierung in dem Sinn gibt, daß die Minister aus der Parlamentsmehrheit genommen würden und als deren Vertrauensmänner fungierten, so kann doch ein Beamtenministerium es sich auch in Württemberg auf die Dauer nicht herausnehmen gegen eine Mehrheit der Zweiten Kammer Politik machen zu wollen.

XX

WILHELM KOLB · DER KURS DER POLITIK IN BADEN



ADEN darf, was seine politischen Verhältnisse anlangt, unter den deutschen Bundesstaaten eine besondere Bedeutung beanspruchen. Die politische Entwicklung hat hier seit der Einführung des direkten Landtagswahlrechts einen Kurs eingeschlagen, der weit über die gelbrotten Grenzpfähle hinaus lebhaftes Interesse hervorgerufen hat. In allen Parteien gibt es Politiker, die diesen nur mit gemischten Gefühlen betrachten, doch auch solche, die in ihm ein Vorspiel für den politischen Kurs erblicken, der über kurz oder lang sich auch in der Reichspolitik durchsetzen wird.

Es ist nicht leicht sich von außen her ein Bild von den zurzeit in Baden bestehenden politischen Verhältnissen zu machen, da auch der Politiker zu sehr geneigt ist bei der Beurteilung ferner liegender politischer Zustände nur den Maßstab seiner eigenen Erfahrungen anzulegen. Allein, wer die Presse des Zentrums und der Konservativen und deren wüste demagogische Hetze gegen die in Baden augenblicklich herrschende Parteikonstellation verfolgt, der kann nicht im Zweifel darüber sein, daß die gesamte Reaktion von der Furcht befallen ist, der sogenannte *Großblock* könnte auch in anderen Staaten und insbesondere im Reich vorbildlich wirken und Nachahmung finden. Die badische Zentrumspresse vor allem wird nicht müde Tag für Tag den Großblock und dessen Führer zu verlästern. Und das ist auch sehr erklärlich. Seit mehr als 40 Jahren, seitdem überhaupt das Zentrum besteht, ist es das erstemal, daß diese Partei, obwohl sie nahe daran war die absolute Mehrheit in der Volksvertretung zu erringen, und obwohl sie die relativ stärkste Fraktion stellt, politisch schachmatt gesetzt wurde. Dies war ein Ereignis, an das die schlauesten Zentrumsdiplomaten nicht gedacht hatten, und das sie so überraschte, daß sie bis zu dieser Stunde es nicht begreifen können.

Das Zentrum lebt in der deutschen Politik von den Fehlern seiner Gegner; die

politische Isolierung bedeutet für das Zentrum so viel wie den politischen Zerfall. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß, wenn das Zentrum gezwungen wird, die natürliche Verbindung mit den Konservativen beizubehalten, daß, wenn ihm die Möglichkeit genommen wird mit verschiedenen Mehrheiten zu operieren, es dadurch an Werbekraft bei den Volksmassen ungeheuer verliert; denn auf die Dauer lassen sich die Zentrumsanhänger in den breiten Schichten des Volks eine reaktionäre Politik nicht gefallen. Das Zentrum mit Erfolg bekämpfen heißt gar nichts anderes, als es aus seiner jetzigen, jede politische Situation beherrschenden Stellung herauszudrängen. Daß das eine bedeutende politische Aufgabe ist, deren Bewältigung in der Reichspolitik ungleich schwieriger ist als in der Politik eines einzelnen Bundesstaats, leuchtet ohne weiteres ein. Allein je schwieriger die Lösung dieses Problems der deutschen Politik ist, um so dringender und notwendiger erscheint sie. Denn es handelt sich dabei nicht nur um die Beseitigung des dominierenden Einflusses des Zentrums. Auch die preußischen Konservativen herrschen in der preußischen und in der Reichspolitik gerade nur so lange als es dem Zentrum möglich ist eine Mehrheit mit ihnen zu bilden. Das Problem der politischen Isolierung des Zentrums und damit der Reaktion in der Reichspolitik muß gelöst werden; darum herumzukommen ist schlechterdings unmöglich. Was nützen alle Wahlerfolge, wenn sie praktisch an den parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen grundlegend nichts ändern? Je länger man eine unentschlossene Haltung einnimmt und sich gegen die realen Faktoren einer auf die Neugestaltung der parlamentarischen Machtverhältnisse gerichteten Taktik ablehnend verhält, desto näher kommen wir einem Zustand, wo die Reaktion im Staatsstreich ihr letztes Rettungsmittel sieht. Dahin sollte man es vernünftigerweise nicht kommen lassen; denn selbst, wenn er nicht gelingen würde, müßte man das selbe tun, wogegen man sich heute sträubt, da gar nicht anzunehmen ist, daß eine Partei für sich allein dann die Herrschaft an sich reißen könnte.

Wir in Baden haben mit unserer seit dem Jahr 1905 befolgten Taktik keinerlei Erfahrungen gemacht, die uns veranlassen könnten von dieser Taktik abzugehen. Im Gegenteil, die Wut, in der sich das Zentrum seit 5 Jahren befindet, hat uns in der Überzeugung nur bestärken können, daß diese Taktik der Reaktion gefährlich ist. Wir haben an unserer Prinzipienfestigkeit nicht das mindeste eingebüßt, und es ist eine lächerliche Behauptung, wenn gesagt wird, die badische Sozialdemokratie sei nach *rechts* abgerückt. Dagegen kann man mit Recht sagen, sie sei mit der Anlaß gewesen, daß die Nationalliberalen nach *links* einschwenken mußten. Es sei daran erinnert, daß die Nationalliberalen noch wenige Wochen vor den Stichwahlen des Jahres 1905 laut verkündeten, sie würden sich mit der Sozialdemokratie niemals verbünden. Aber in der Politik gibt es kein *Niemals*. Die Nationalliberalen in Baden haben alle ihre früheren Führer kaltstellen müssen; sie mußten, wollten sie nicht politisch völlig ausgeschaltet werden, sich mit den Linksliberalen verbinden. Der Ruck nach links hatte zur Folge, daß die Linksliberalen an politischer Bedeutung ganz erheblich gewonnen haben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn heute die Nationalliberalen wieder nach rechts hinüberwechseln wollten, mindestens die Hälfte ihrer Wähler ihnen den Rücken kehren würde. Die Nationalliberalen können in Baden bei Strafe der Selbstvernichtung ihrer Partei nicht mehr den Kurs nach rechts einschlagen. Ohne die Taktik der Sozialdemokratie wäre aber eine solche Entwicklung nicht möglich gewesen.

Das Zentrum setzt seit Jahr und Tag alle Hebel in Bewegung, um diesem Lauf der Dinge Einhalt zu tun. Kein Mittel der Demagogie ist ihm zu schlecht, um den verhaßten Großblock zu sprengen. Seine Presse zitiert fast täglich das Revolutionsgespenst, um die Regierung zu zwingen, eine Sammlung der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie herbeizuführen; denn das Zentrum merkt nur zu gut, daß, wenn es zu einer solchen Sammlung nicht kommt, seine Parteiinteressen am schwersten gefährdet sind. Da aber die Regierung, solange die Sozialdemokratie nicht selbst die Torheit begeht die bürgerlichen Parteien gegen sich mobil zu machen, von der Sammelpolitik Abstand nehmen muß, so gern sie diesem Ruf auch folgen würde, hat das Zentrum selbst sich auf die Sammlungstaktik verlegt. Auch dabei lernt man die Zentrumsdiplomatie wieder kennen. Da die Nationalliberalen, auch wenn sie wollten, eine Sammlungstaktik nicht mitmachen könnten, spielt sich das Zentrum als uneigennützig auf und verzichtet in verschiedenen Kreisen auf die Aufstellung eigener Kandidaten, selbst da, wo diese in die Stichwahl kommen könnten. Aber es stimmt nicht ohne weiteres für den bürgerlichen Kandidaten, der die meiste Aussicht hätte in die Stichwahl zu kommen, sondern verfolgt lediglich die Taktik die Nationalliberalen bei den Stichwahlen in eine Zwickmühle zu bringen und auf diese Weise einige im badischen Oberland sehr stark gefährdete Zentrumsmandate in Sicherheit zu bringen. Hätte diese jesuitisch ausgeklügelte Taktik bei den Reichstagswahlen den gewünschten Erfolg, so wäre der Großblock gesprengt, und bei den nächsten Landtagswahlen würde die klerikal-konservative Mehrheit, die bisher vermieden wurde, zustande kommen. Die Nationalliberalen wären zur politischen Bedeutungslosigkeit verurteilt, und die Sozialdemokratie würde — stark an Mandaten reduziert — wieder auf der Isolierbank platznehmen können. Das Zentrum würde aus Baden ein zweites Bayern machen und damit selbstverständlich auch seine Stellung in der Reichspolitik befestigen.

Es ist nun von Interesse diese schlaue Rechnung des Zentrums näher zu beleuchten. Sie beschränkt sich ausschließlich auf solche Wahlkreise, deren Mandate bisher im Besitz der Sozialdemokratie waren, und auf solche, in denen diesmal die Sozialdemokratie ernstlich als Bewerberin in Betracht kommt. Im 10. badischen Wahlkreis Karlsruhe-Bruchsal, den bisher der Genosse Adolf Geck vertreten hat, hätte das Zentrum Aussicht gehabt diesmal an Stelle des von den Nationalliberalen unterstützten fortschrittlichen Kandidaten in die Stichwahl zu kommen. Das Zentrum aber verzichtet in diesem Wahlkreis auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten und stimmt für einen vom *Reichsverband* und den in diesem Wahlkreis gar nicht in Betracht kommenden Reichsparteilern aufgestellten Kandidaten Kreisdirektor von Gemmingen aus Straßburg, einem Mann, der auch nicht die mindeste Fühlung mit der Bevölkerung des Kreises hat. Es hofft den Herrn in die Stichwahl zu bringen, was sehr wahrscheinlich ist. Im angrenzenden Wahlkreis Pforzheim-Durlach, der jetzt ebenfalls durch einen Sozialdemokraten, den Genossen Eichhorn, vertreten ist, hat das Zentrum noch keinen Kandidaten proklamiert und wird es auch nicht tun. Wohl aber hat es deutlich durchblicken lassen, daß es bereit wäre den von den Nationalliberalen in Aussicht genommenen rechtsliberalen, dem Großblock abgeneigten Fabrikanten Wittum zu unterstützen, und zwar gleich im ersten Wahlgang. Schon damit würde das Zentrum die Nationalliberalen in große Verlegenheiten bringen, denn wenn Wittum in die

Stichwahl kommt und im 10. Wahlkreis der Herr von Gemmingen, beide mit den sozialdemokratischen Kandidaten, dann hat das Zentrum eine Peitsche für die Nationalliberalen in der Hand. Um aber ja den Nationalliberalen die Situation so viel wie möglich zu erschweren und ein Großblockabkommen für die Stichwahlen, wodurch 4 bis 5 Zentrumsmandate im Oberland gefährdet würden, unmöglich zu machen, stellt das Zentrum im 12. Wahlkreis Heidelberg-Mosbach einen eigenen Kandidaten auf, ebenso die Konservativen, was zur sichern Folge hat, daß der sozialdemokratische Kandidat mit dem bisherigen nationalliberalen Inhaber des Mandats in die Stichwahl kommt, während, wenn die Konservativen und das Zentrum einen gemeinsamen Kandidaten aufstellen würden, voraussichtlich der nationalliberale Kandidat aus der Stichwahl ausscheiden würde. Die Uneigennützigkeit der Zentrumstaktik stellt sich also, bei Licht besehen, als eine bodenlos raffinierte Zwittertaktik heraus, die ausschließlich den Zweck hat ein Großblockabkommen für die Stichwahlen zu verhindern.

Die Sozialdemokratie hat die Taktik des Zentrums längst durchschaut und sieht mit Ruhe und Gelassenheit der weitem Entwicklung der Dinge entgegen. Die Position der Sozialdemokratie ist im allgemeinen eine sehr gute. Sie wird eine erhebliche Stimmenvermehrung zu verzeichnen haben und voraussichtlich neben dem 9. und 10. Wahlkreis auch im 5. und 12. in die Stichwahl kommen. In allen übrigen Stichwahlbezirken wird sie den Ausschlag geben. Die Nationalliberalen haben sich zu entscheiden, ob sie auf dem seit dem Jahr 1905 betretenen Weg weitermarschieren, oder ob sie der völligen Zerschmetterung entgegengehen wollen. Im zweiten Fall könnten sie zwar das Heidelberger Mandat retten und äußerstenfalls dazu helfen, daß der Sozialdemokratie die beiden Mandate im 9. und 10. Wahlkreis entrissen werden. Diesen Gewinn müßten sie aber, wie schon bemerkt, mit dem politischen Bankrott ihrer eigenen Partei bezahlen. Die Sozialdemokratie selbst würde den Verlust verschmerzen können, da er sicher schon bei der nächsten Wahl ausgeglichen würde.

Für die politische Entwicklung im Reich würde ein Erfolg der Zentrumstaktik in Baden einen bedenklichen Rückschlag bedeuten. Man wird es also wohl begreifen, wenn wir in Baden der Zentrumstaktik unsere ganz besondere Aufmerksamkeit schenken. Wir sind und bleiben der Überzeugung, daß, solange das Zentrum, sei es in der Reichs- oder Landespolitik, eine ausschlaggebende Rolle spielt, wir politisch unmöglich vorwärtskommen können. Deshalb wollen wir auch dem Liberalismus den Weg der Kooperation mit der Sozialdemokratie nicht verrammeln, vielmehr ihm diesen Weg, solange es geht, offenhalten. Die Sozialdemokratie vergibt sich bei einer solchen Taktik nichts sondern stärkt damit nur ihre eigene politische Position.

XX
**PAUL HUG · DER KURS DER POLITIK IN OLDEN-
 BURG**



OLDENBURG steht, wie man sagt, vor einer neuen politischen Ära. Im Spätsommer oder Herbst wird ein neuer Landtag nach einem neuen Wahlrecht gewählt werden, und zwar nach dem allgemeinen, direkten Wahlrecht, das aber durch die Einschmuggelung des doppelten Stimmrechts für alle über 40 Jahre alten Wähler ungleich geworden ist. Müßig ist es Betrachtungen darüber anzustellen, wie

die Wahl ausfallen wird. Die Entscheidung wird, das ist als gewiß anzunehmen, erst im zweiten Wahlgang fallen. Für die Hauptwahl werden die Ultramontanen mit dem *Bund der Landwirte* da, wo sie auf einander angewiesen sind, einen Wahlkompromiß schließen; die Nationalliberalen werden das in manchen Wahlkreisen ebenfalls tun, obschon sie feierlich ein selbständiges Vorgehen beschlossen haben. In der Regel wird dabei ausschlaggebend sein, wer die meisten Anhänger hat oder den populärern Kandidaten zu stellen vermag. Die fortschrittliche Volkspartei hat auch ein selbständiges Vorgehen in Aussicht genommen und sich die Ausgabe der Stichwahlparole bis nach den Hauptwahlen vorbehalten. Die Folge war natürlich, daß die sozialdemokratische Partei die gleiche Stellung einnahm. Es ist also so gekommen, wie ich vor bald einem Jahr an dieser Stelle darlegte.¹⁾ Hoffentlich treibt das heiße Verlangen nach einer Zertrümmerung der kultur- und gemeinschädlichen Mehrheit des letzten Landtags, das noch in den Kreisen der Parteien der Linken lebt, Leitung wie Anhänger der fortschrittlichen Volkspartei doch noch zu einer vernünftigen Stichwahltaktik. Der nächste Landtag wird verschiedene Aufgaben zu übernehmen haben, die der vorige so wenig im Sinn der Volkswohlfahrt erfüllt hat, daß die Regierung sich weigerte die verballhornten Gesetzesvorlagen zu publizieren. Auch hat die Regierung aus der Befürchtung heraus, daß diese oder jene Vorlage nur nach dem einseitigen Interesse des Grundbesitzes gestaltet werden würde, notwendige Gesetzesvorlagen dem Landtag nicht vorgelegt und gewisse Forderungen nicht gestellt.

Es gibt 3 Gebiete unseres staatlichen Lebens, auf denen mit der jetzigen Mehrheit nichts Ersprößliches geschaffen werden kann: 1. die allgemeine Steuergesetzgebung mit dem Gemeindesteuerswesen, 2. die Gemeindeverfassung, 3. das Fortbildungsschulwesen.

Oldenburg hat im Jahr 1906 mit dem bisherigen Grundsatz in der Steuergesetzgebung gebrochen, daß die Realsteuern, die Grund- und Gebäudesteuern, das Rückgrat des Staatssteuersystems sein müssen. Die Regierung hat dann mit dem Landtag eine Steuerreform vereinbart, nach der die Einkommensteuer, progressiv gestaltet, die Hauptfinanzquelle geworden ist. Als Ergänzungssteuer kam eine Vermögenssteuer hinzu. Die Grund- und Gebäudesteuer wurde bis auf vier Zwölftel ihres bisherigen Betrags aufgehoben. Diese Steuerreform hatte 3 große Mängel. Nach ihren Bestimmungen wurden immer noch Einkommen von 400 Mark an besteuert. Die Progression ging bei der Einkommensteuer nur bis 5 Mark vom Hundert und bei der Vermögenssteuer nur bis 1 Mark vom Tausend. Alle Versuche des sozialdemokratischen Abgeordneten und einiger weniger Liberalen die untere Besteuerungsgrenze höher hinaufzurücken waren vergeblich, weil die Regierung einen großen Ausfall an Steuern befürchtete. Das 1. Finanzjahr unter der Steuerreform ergab aber ein Plus über den Voranschlag von 600 000 Mark. Anstatt dieses günstige Ergebnis zur Beseitigung der Besteuerung von Einkommen bis zu 600 oder 700 Mark zu benutzen, wurde 2 Jahre hinter einander ein allgemeiner Steuernachlaß vom Landtag beschlossen. Die reichen Bauern der agrarisch-ultramontanen Mehrheit fühlten ihr Gewissen durch die Tatsache nicht beschwert, daß die Steuerzahler mit Einkommen bis zu 2600 Mark 92 % des gesamten Einkommensteuerbetrags aufbrachten und heute noch aufbringen.

¹⁾ Siehe meinen Artikel *Die Notwendigkeit einer Wahlkoalition in Oldenburg in den Sozialistischen Monatsheften*, 1910, 3. Band, pag. 1234 ff.

Die Regierung hat bei der Beratung der Steuerreform versprochen, daß sie bei der voraussichtlich baldigen Revision der Steuergesetze die geringen Einkommen sowohl durch Aufhebung der unteren Stufen als auch durch Berücksichtigung der Kinderzahl entlasten wolle. Im Herbst 1910 legte sie eine Novelle zum Einkommensteuergesetz und zum Vermögenssteuergesetz vor. In dieser Gesetzesvorlage trug die Regierung der Stellung der Mehrheit des Landtags zur Steuerfrage wie auch der Finanzlage des Landes, die sich mittlerweile wieder verschlechtert hatte, in weitestem Maß Rechnung. Nur ganze 50 Mark mehr wollte sie unversteuert lassen; die Besteuerung sollte also nunmehr bei einem Einkommen von 450 Mark statt wie früher bei 400 Mark beginnen. Daneben war allerdings eine Erhöhung der Abzüge für die Kinder vorgesehen. Aber auch den Grund- und Hausbesitzern sollte wiederum ein Zwölftel der Grund- und Gebäudesteuer erlassen werden. Um den hierdurch wahrscheinlichen Steuerausfall wieder einzubringen, sollte die Vermögenssteuer etwas ertragsfähiger gemacht werden. Mit solchen kleinen Bissen, wie der Nachlaß von einem Zwölftel der Grund- und Gebäudesteuer, gaben die Grundbesitzer sich aber nicht zufrieden, zumal er durch eine strammere Vermögenssteuer geschmälert werden sollte. Die Landtagsmehrheit beschloß deshalb den ganzen noch bestehenden Rest der Grund- und Gebäudesteuer aufzuheben, ohne Rücksicht darauf, ob die Vermögenssteuer durch höhere Erträge diese Aufhebung ermöglichen; geschah dies nicht, so sollten eben die Einkommensteuerzahler, in der Hauptsache Arbeiter, Beamte, Gewerbetreibende und Industrielle, den Ausfall decken. Weiter faßte sie den Beschluß die landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften und Konsumvereine anders, das heißt besser, zu behandeln als die Arbeiter- und Beamtenkonsumvereine. Sie wäre in der Steuerabwälzung noch weiter gegangen, ständen die Wahlen nicht in Aussicht. Wohl scheute sich ein Heißsporn von der Rechten nicht den Versuch zu machen die Hinaufsetzung der untern Steuergrenze um nur 50 Mark zu vereiteln. Es folgte ihm indes nur ein Dutzend Gleichgesinnter, darunter aber die aus 8 Mann bestehende ultramontane Fraktion. Ein anderer stellte bei der 1. Lesung der Gesetzesnovelle den Antrag die Veranlagung der Grundstücke zur Vermögenssteuer nicht nach dem gemeinen Wert sondern nach dem Nutzungswert vorzunehmen. Eine solche Forderung war selbst seinen Freunden zu stark; der Antrag erhielt keine Mehrheit. Wie oben erwähnt wurde, lehnte die Regierung die auf solche Weise verschandelte Steuergesetznovelle ab. Nunmehr wird der neue Landtag sich mit der Regierung hierüber zu verständigen haben. Dies kann aber nur dann nach dem Grundsatz, daß die schwachen Schultern entlastet und die starken belastet werden, geschehen, wenn eine Mehrheit aus Sozialdemokraten und wirklich liberalen Abgeordneten zustande kommt. Das selbe gilt für den Fall, daß das Gemeindesteuerewesen, das dringend einer Reform bedarf, auf die Tagesordnung des Landtags gesetzt wird. Bei dieser Frage wird sich ein Kampf hauptsächlich darüber entspinnen, ob die Vermögenssteuer für die Tragung der Gemeindelasten herangezogen werden soll oder nicht.

Eines der heikelsten Probleme ist die Revision der Gemeindeordnung. Es ist sicher richtig, daß die oldenburgische Gemeindeordnung eine der besten und liberalsten Gemeindeverfassungen im Deutschen Reich ist; aber trotzdem gibt sie dem Besitz ein ganz unberechtigtes Übergewicht in der Gemeindevertretung. Dieses wollen auch die Liberalen und die fortschrittliche Volkspartei aufrechterhalten. Das ist der Punkt, bei dem auch die Linksliberalen sehr kon-

servativ sein können. Die Regierung durfte in den zwei letzten Legislaturperioden nicht wagen Gesetzentwürfe darüber dem Landtag vorzulegen, ohne befürchten zu müssen, daß sie in geradezu ärgerniserregender Weise den Besitzinteressen dienstbar gemacht würden. Dabei darf man jedoch die oldenburgische Regierung nicht dem Verdacht aussetzen, daß sie der Sozialdemokratie übergroßes Verständnis zuteil werden lasse. Es war aber geradezu gefährlich aus dem Landtag heraus Initiativanträge zu stellen, um auf diesen Gebieten reformatorisch zu wirken. Denn sofort stellte die Mehrheit Gegenanträge, die, angenommen, den bestehenden Zustand nur noch verschlechtert hätten.

Den nächsten Landtag wird auch die Fortbildungsschulfrage beschäftigen. Sie würde sehr wahrscheinlich auch schon in der letzten Tagung des Landtags zur Verhandlung gelangt sein, wenn die Regierung diesen Landtag seiner Zusammensetzung wegen zur Erledigung eines solchen Gesetzes nicht für völlig ungeeignet gehalten hätte. Die Mehrheit hätte die Fortbildungsschulsache von der selben Anschauung aus behandelt, der früher der hervorragende konservativ-ultramontane Abgeordnete Mayer-Holte im Landtag mit folgenden Worten Ausdruck gab: »Das größte Unglück für die Landwirtschaft ist ein gebildeter Schweinehirt.« Von diesem Gesichtspunkt aus haben er und seine Freunde sich auch stets mit der Volksschule befaßt. Diese Spezies von Volksvertretern wird auch im neuen Landtag noch vorhanden sein. Sie wird in Übereinstimmung mit der Mehrheit der Großbauern im Land die allgemeine Pflichtfortbildungsschule für die landwirtschaftliche Bevölkerung verwerfen. Die obligatorische Fortbildungsschule ist aber der Grundpfeiler einer gedeihlichen Fortbildung des Volksnachwuchses nach seiner Entlassung aus der Volksschule. Um die Religionsstunde im Fortbildungsunterricht wird es im oldenburgischen Parlament wohl keinen Streit geben; die Ultramontanen, die sie vielleicht verlangen könnten, würden damit sicher ganz allein stehen. Aber um den obligatorischen Besuch der Fortbildungsschule für Knechte und Mägde und jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen auf dem Lande wird ein heftiger Kampf entbrennen.

Es hieße unsere Parteigenossen und alle wirklich fortschrittlich gesinnten Elemente Oldenburgs beschuldigen, sie seien mit Stockblindheit geschlagen, wenn man angesichts dieser der baldigen Erfüllung harrenden Aufgaben der Gesetzgebung die Befürchtung ausspräche, sie wüßten nicht, was auf dem Spiel steht, und wenn man noch besonders an sie appellieren müßte durch die Wahl und durch ein vernünftiges Zusammengehen bei den Stichwahlen die Vorbedingungen und die Möglichkeiten für eine demokratische und sozialgerechte Verwirklichung dieser Aufgaben zu schaffen.

XX
**FELIX LINKE · VERKEHRSMITTEL FÜR GRÖSSTE
GESCHWINDIGKEITEN**



ÜRZLICH hat die englisch-amerikanische Zeitschrift *The Engineer* eine vergleichende Zusammenstellung der Schnell- und Dauerfahrten von Eisenbahnen ohne Aufenthalt in England, Frankreich und Deutschland während des Jahres 1911 veröffentlicht, die in mehrfacher Hinsicht interessant ist. Es ergab sich, daß England 16, Frankreich 7 und Deutschland ebenfalls 7 Eisenbahnstrecken von mindestens 80 Kilometer

Länge besitzt, auf denen fahrplanmäßig Reisegeschwindigkeiten von mehr als 64 Kilometer in der Stunde erzielt werden. Strecken von mehr als 60 Kilometer Länge werden in England von 11, in Frankreich von 10 und in Deutschland von 9 Eisenbahnen ohne Aufenthalt durchfahren. Die größte Leistung erreichen hierin die mit Einrichtungen zum Speisen mit Wasser während der Fahrt versehenen englischen Bahnen, wo 7 Strecken von mehr als 256 Kilometer Länge vollständig ohne Aufenthalt befahren werden. Die längste solcher Fahrten macht die *Great Western-Bahn*, und zwar auf der 360 Kilometer langen Strecke Paddington-Plymouth. In Frankreich ist die längste ohne Aufenthalt befahrene Strecke Chartres-Thouars mit 263 Kilometer, in Deutschland die rund 253 Kilometer lange Strecke Berlin-Hannover. Auffallend erscheint, daß die Reisegeschwindigkeiten, die bei diesen Dauerfahrten erzielt werden, in Deutschland so viel niedriger sind als in England und Frankreich. Während die englischen Dauerfahrten fast durchweg über 80 Kilometer in der Stunde, im Höchstfall 91 Kilometer, die französischen Dauerfahrten mit einer einzigen Ausnahme über 80 Kilometer in der Stunde, im Höchstfall sogar 94,7 ergeben, überschritt die Reisegeschwindigkeit bei den deutschen Dauerfahrten nur in 2 Fällen den Wert von 80 Kilometer in der Stunde. Die höchsten Fahrgeschwindigkeiten überhaupt werden in England auf der 71 Kilometer langen Strecke Darlington-York (98,72 Kilometer pro Stunde), in Frankreich auf der 153 Kilometer langen Strecke Paris-Saint Quentin (98,88 Kilometer pro Stunde) und in Deutschland auf der 161,6 Kilometer langen Strecke Berlin-Halle (88 Kilometer pro Stunde) erzielt. In letzter Zeit sind auch in Deutschland die Reisegeschwindigkeiten hinaufgesetzt worden. Die mittlere Fahrgeschwindigkeit beträgt jetzt auf der Strecke Berlin-Liegnitz 78,15 Kilometer, Berlin-Hannover 80,67 Kilometer, Berlin-Frankfurt an der Oder 83,7 Kilometer, Berlin-Hamburg 86 Kilometer und München-Nürnberg 86,4 Kilometer. Diese Geschwindigkeiten werden stets mit Dampflokomotiven erreicht. Es gibt sogar Dampflokomotiven, die noch höhere Geschwindigkeiten gestatten; in Amerika soll man damit bis zu 150 Kilometer in der Stunde fahren, was aber billig bezweifelt werden kann. Jedenfalls treten in ihrem Betrieb die Nachteile immer deutlicher hervor, die den Dampflokomotiven an sich überhaupt anhaften. Da sie naturgemäß für längere Strecken bestimmt sind, müssen sie sehr groß werden, einmal, um die erforderlichen Kohlen und das nötige Wasser aufnehmen, dann aber, um die notwendigen motorischen Kräfte entwickeln zu können. Während der Fahrt zeigen sich aber bei hoher Geschwindigkeit sehr bedenkliche Erscheinungen. Die hin- und hergehenden Kolben und Gestänge erteilen der Lokomotive eine schwankende Bewegung, die mit zunehmender Fahrgeschwindigkeit stärker wird. Aber nicht das allein. Infolge dieser *Schlingerbewegungen*, wie man sie technisch nennt, gerät das Wasser im Kessel wie im Vorratsbehälter, dessen Masse nicht gering ist und oftmals 10 Kubikmeter, dem Gewicht nach 10 000 Kilogramm sogar übersteigt, in Schleuderung und vermehrt namentlich in Kurven die Schlingerungen bedeutend. Wer jemals auf einer schnellfahrenden Lokomotive gestanden hat, weiß, daß man jeden Augenblick das Gefühl hat, sie spränge aus den Schienen, so stark fängt sie zu hopsen und zu schleudern an. Ich kannte einen Lokomotivführer, dessen Maschine so sehr hopste, daß er gezwungen war ein Mittel dagegen zu ergreifen. Dies fand er zufällig. In gewisser Situation legte er einen mit einem schweren Gewicht versehenen Regu-

hierhebel um, wodurch sich der Schwerpunkt der Maschine verlagerte, so daß sie wieder ruhiger lief. Da dieser Hebel aber während der Fahrt nicht ruhig liegenbleiben kann, so mußte er zurückgelegt werden. Das Hopsen begann dann von neuem, bis es wieder den kritischen Grad erreicht hatte, worauf er dann die Prozedur wiederholte. So ging das während der ganzen Fahrt.

Diese Übelstände werden durch die elektrischen Lokomotiven vermieden, die keinerlei hin- und hergehende sondern nur rotierende Teile besitzen, so daß die Maschinen so ruhig laufen wie es überhaupt nur möglich ist. Zudem kann man in ihnen größere Kräfte unterbringen als in Dampflokomotiven, wenn man nicht auf die noch sehr wenig erprobten Lokomotiven mit Dampfturbinenantrieb zurückgreift, die wieder ein sehr großes Dampfpaß erfordern. Man kann die elektrischen Motoren auch unter die Wagen selbst verlegen, womit die Traktion sehr günstig wird. Die Elektromotoren gestatten auch ein viel schnelleres Anfahren und damit die Verwendung großer Geschwindigkeiten auch auf kleineren Strecken. Dampfbetrieb ist ferner in Tunneln sehr nachteilig und für den Betrieb von Untergrundbahnen völlig ausgeschlossen. Aber auch die Rauchgase¹⁾ und die Geräusche der Dampfbahnen verlangen namentlich in den Städten und Großstädten gebieterisch Abhilfe; auch dies ist durch den elektrischen Betrieb vollkommen zu erreichen.

Man erkennt somit, daß der elektrische Betrieb in jeder Beziehung geeignet ist den Zeitanforderungen zu entsprechen und den unseren modernen Ansprüchen nicht mehr genügenden Dampfbetrieb zu ersetzen. Dennoch darf man nicht vergessen, daß auch für diesen Betrieb Grenzen existieren, solange nicht die Bahnen auf eine ganz andere und uns noch unbekannte Grundlage gestellt werden. Der zu überwindende Widerstand beim Fahren auf Bahnen vermehrt sich sehr stark mit zunehmender Geschwindigkeit. Erhöht man die Geschwindigkeit auf das Doppelte, so wachsen dabei die Widerstände auf das 8fache, bei 3facher Geschwindigkeit auf das 27fache usw. an. Mathematisch ausgedrückt wachsen die Widerstände mit der 3. Potenz, wenn die Geschwindigkeit um die 2. Potenz gesteigert wird. Daraus folgt, daß wir bei der Erhöhung der Fahrgeschwindigkeiten die motorischen Kräfte sehr stark erhöhen müssen, sehr viel stärker als die Geschwindigkeit zunimmt. Um einen Zug mit 200 Kilometer Geschwindigkeit in der Stunde über die Geleise zu fahren, brauchen wir schon ungeheure lokomotorische Kräfte.

Bei so großen Geschwindigkeiten tritt aber noch ein anderes Moment sehr störend hervor. Schwere Züge müssen sehr stabil gebaut sein; sie schleppen neben der Nutzlast ganz bedeutende tote Lasten mit sich. Wenn ein D-Zug-Wagen seine 30- bis 40 000 Kilo wiegt, dann ist sein Gewicht sehr viel größer als das Gewicht der zu befördernden Personen, selbst bei stärkster Besetzung des Wagens. Wenn diese ungeheuren Lasten mit hohen Geschwindigkeiten über die Geleise gefahren werden, dann erfordern sie einen ganz außergewöhnlich starken Geleisoberbau. Verstärkt man selbst unsern jetzigen schweren Oberbau noch recht beträchtlich, so ergibt sich doch, daß, wenn ein Zug mit 200 Kilometer Geschwindigkeit darüber geführt worden ist, das ganze Geleis eigentlich in Unordnung geraten ist. Es muß erst wieder genau nachgesehen und in Ordnung gebracht werden, ehe man einen andern Zug mit hoher Geschwindigkeit betriebssicher darüber leiten kann. Für die genannten Geschwindigkeiten muß

¹⁾ Siehe die Rubrik *Verkehr* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 933.

bereits ein so schwerer Oberbau eingeführt werden, daß die Frage der Rentabilität ganz in den Vordergrund rückt.

Die mechanischen Verhältnisse setzen also der Steigerung der Fahrgeschwindigkeit auf Bahnen sehr bald erhebliche Grenzen. Nun gibt es aber andere Beförderungsarten, bei denen das nicht der Fall ist. In neuerer Zeit ist eine neue Art Wasserfahrzeuge gebaut worden, die den Widerstand auf ein Mindestmaß herabsetzen: die sogenannten *Gleitboote*. Diese Boote besitzen unter dem eigentlichen Bootskörper schräge Flächen, die der Fahrtrichtung entgegengestellt sind. Damit ist das vorhanden, was einer dynamischen Höhensteuerung bei den Luftschiffen entspricht. Wird das Boot durch einen Propeller vorwärtsgetrieben, so drängen die schrägen Flächen gegen das Wasser an und heben das ganze Boot in die Höhe. Bei genügender Geschwindigkeit hebt sich das Boot so weit empor, daß der ganze Bootskörper über dem Wasser schwebt und nur auf den schrägen Flächen ruht. Die Schraube aber reicht auch in dieser Lage des Schiffes noch unter die Wasseroberfläche und kann den Antrieb weiter besorgen. Wenn aber das Boot nur noch auf den Gleitflächen ruht, dann ist der Widerstand gegen das Wasser auf ein Mindestmaß beschränkt, und es ist möglich dem Fahrzeug Geschwindigkeiten zu erteilen, die für Wasserfahrzeuge ganz unerhört und fast ebenso hoch wie bei Flugmaschinen sind.

Neuerdings ist von Sir John J. Thornycroft ein Gleitboot *Maple Leaf III* konstruiert worden, das alle bisherigen Wasserfahrzeuge an Geschwindigkeit weit übertrifft. Das vorjährige Rennboot *Miranda IV* war über Hauptspant 7,92 Meter lang und 1,83 Meter breit; es war mit einem Motor von 100 Pferdestärken ausgerüstet. *Maple Leaf III* wird 12,3 Meter Länge, 2,74 Meter Breite und 2 Motoren von zusammen 650 Pferdestärken Leistung besitzen. Nicht nur ist der von Dixon & Hutchinson ausgeführte Rumpf des neuen Bootes mit Rücksicht auf einen äußerst geringen Wasserwiderstand geformt, sondern auch der Luftwiderstand ist durch die Gestalt, die der Oberteil des Rumpfes erhalten hat, auf ein sehr geringes Maß herabgesetzt. Die beiden Motoren, die je eine Schraube antreiben, haben 12 V-förmig gestellte Zylinder und sind nach den Entwürfen von Astell gebaut. *Maple Leaf III* ist für 50 Knoten Geschwindigkeit konstruiert, erreichte aber bei den Probefahrten an der abgesteckten See-meile mit 4 Mann Besatzung 58 bis 60 Knoten, das sind etwa 110 Kilometer in der Stunde. Keiner unserer Schnellzüge leistet das. Bei solcher Geschwindigkeit spielt natürlich der Windwiderstand schon eine erhebliche Rolle. Es wird berichtet, daß das Boot auch bei Seegang gut gefahren sei. Das scheint immerhin bemerkenswert genug, wenn man bedenkt, daß das Boot doch an die Wasseroberfläche gebannt ist, während Seegang eine unebene Fläche darbietet. Jedenfalls läßt sich sagen, daß die genannten Leistungen für den Anfang schon sehr beträchtlich sind und sich wahrscheinlich auch noch erheblich steigern lassen. Damit wäre ein Transportmittel von sehr hoher Geschwindigkeit gefunden, wenn die nahe Zukunft den Beweis erbringt, daß es sich bewährt.

Ein weiteres Transportmittel von hoher Geschwindigkeit stellen die Flugmaschinen in ihrer Form als Aeroplan dar. Diese befinden sich ja noch in den Anfängen ihrer Leistungen, haben aber eine viel größere Zukunft als die Lenkballons, weil ihre Leistungen ganz anderen Gesetzen unterliegen. Die Lenkballons verhalten sich wie die Bahnen. Auch bei ihnen wachsen die Widerstände mit der 3. Potenz, wenn die Geschwindigkeit um die 2. gesteigert

wird. Ihre Leistungen als schnellfliegende Transportmittel sind daher äußerst beschränkt. Anders bei den Flugmaschinen. Obwohl das Fliegen an sich eine recht fragwürdige Transportart ist — sie ist wegen der Dünne des tragenden Mediums, der Luft, recht ungünstig —, treten doch die Vorzüge dieser Art der Fortbewegung erst dann hervor, wenn man große Geschwindigkeiten wählt. Das mag an einem Beispiel erläutert werden. Beobachtet man eine schwebende Möwe, so haben wir damit einen Flugapparat vor uns, der etwa $\frac{1}{2}$ Kilo wiegt. Vergleichen wir sein Gewicht mit dem einer Flugmaschine, die etwa 500 Kilo wiegt, so erkennen wir, daß die treibende Kraft der letztern ein 1000faches Gewicht zu tragen hat. Vergrößert man also die schwebende Möwe um das 10fache, dann wird ihr Gewicht 1000 mal so groß, ihre Flügelflächen aber nur 100mal. Das folgt einfach aus den geometrischen Verhältnissen. Man sieht also, daß die tragende Fläche verhältnismäßig kleiner wird, und in unserm Fall nur $\frac{1}{10}$ so groß ist. Jede Vergrößerung gestaltet also das Verhältnis zwischen tragender Fläche und Gewicht ungünstiger. Wir sind aber gezwungen zu vergrößern, wenn Menschen mit einer Flugmaschine fliegen sollen. Der Mensch ist also allein schon seiner Größe wegen viel ungünstiger gestellt. Die Natur kennt so große Flieger nicht wie der Mensch es wäre, wenn er von Natur fliegen würde. Und sind uns aus der Erdgeschichte Flieger bekannt, die nicht nur Menschengröße erreichten sondern sogar noch erheblich überschritten, so müssen wir daraus den Schluß ziehen, daß damals andere Windverhältnisse geherrscht haben; die Winde können ja in der Tat in jenen erdgeschichtlichen Perioden viel stärker gewesen sein. Dadurch würde aber die Möglichkeit des Fliegens erheblich günstiger, wie noch gezeigt werden soll.

Wir sind jedenfalls an die durchschnittlichen Geschwindigkeiten gebunden, wie sie jetzt existieren und müssen auch annehmen, daß die Natur die größten Typen der Flieger selbst schon hervorgebracht hat, die unter heutigen Umständen möglich und vorteilhaft sind. Und daß sie da an der Grenze ist, geht aus dem Vermögen ihrer größten Flieger hervor. Ein Albatros ist bei Windstille ein miserabler Flieger; er kann aber wenigstens noch fliegen. Bei Wind fliegt er allerdings großartig. Mit wachsender Größe werden die Umstände aber ungünstiger. Soll nun ein noch größerer Körper fliegen, so bleibt eben nur noch das eine Mittel starke motorische Kraft zu Hilfe zu nehmen. So sind wir zu der Einsicht gekommen, daß die Sache der Flugmaschine untrennbar mit der Ingenieuraufgabe eines guten Motors verbunden ist. Der Motor ist die Hauptsache; auf seine Verbesserung kommt für das Fliegen als physikalische Möglichkeit alles an. Und das um so mehr als ja bekanntlich die Widerstände beim Fliegen nur eben in gleichem Verhältnis wachsen wie die Geschwindigkeit. Je schneller wir fliegen, desto günstiger wird diese Beförderungsart. Das kommt daher, weil die Verhältnisse zwischen Größe der Tragfläche und erforderlicher Triebkraft günstiger werden. Kann man die Triebkraft recht stark machen, so ist es sogar von Vorteil die Tragflächen zu verkleinern. Dadurch werden mannigfache Widerstände verringert, es werden Wirbel und Reibungen vermieden und vermindert. Im Prinzip ist ja die Sache so, daß eine die Luft durchfliegende Fläche eine Last zu tragen vermag, die umso größer sein kann, je größer unter sonst gleichen Umständen die Tragfläche ist. Verändert man ihre Geschwindigkeit, so verändert sich damit aber auch die Tragfähigkeit, und zwar wächst sie proportional dem Quadrat der Geschwindigkeiten. Macht man also die Tragfläche größer, so kann

man eine unverhältnismäßig größere Last damit heben oder tragend erhalten. Je mehr wir aber die Geschwindigkeit steigern, desto schneller wächst die Tragfähigkeit, desto geringer braucht die zur Lastenhebung erforderliche Kraft zu sein, das heißt desto wirtschaftlicher wird die Beförderung mittels tragender Flächen durch die Luft. Nach den vor einem Jahr geltenden Daten konnte Paulhan folgende Rechnung aufstellen: Mit 50 Litern Benzin kann ich in 75stündigem Flug 500 Kilometer zurücklegen und dabei einen Passagier befördern. Die Reise kostet dann pro Passagier und Kilometer 3 Heller (etwa $2\frac{1}{2}$ Pfennig). Jetzt sind die Verhältnisse bereits günstiger, und es ist voraussehen, daß die Kosten sich noch ganz erheblich vermindern werden. Dabei lassen wir vorerst die Zeitersparnis ganz außer Betracht, die durch die schnelle Beförderung erzielt wird, und die in unserm geschäftlichen Leben, aber auch kulturell eine ganz eminente Rolle spielt.

Diese wenigen Angaben werden wohl genügen, um zu zeigen, welch ungeahnte Bedeutung die Aeroplane für die Kultur besitzen. Mit der Raschheit des Verkehrs fließt das Blut der Zivilisation schneller, es wird eine Intensität des wirtschaftlichen Lebens zu erreichen sein, die wir uns gar nicht auszudenken vermögen. Wir nehmen es Julius Sachs daher nicht übel, wenn er auf die Flugmaschinen einen begeisterten Dithyrambus singt²⁾, und können uns der Ansicht nicht verschließen, daß, so sehr manches davon auch noch Zukunftsmusik ist, uns doch eine Umwälzung bevorsteht, über deren ganze Tragweite wir heute noch nichts aussagen können. Man bedenke allein schon den Vorteil, daß dann die Verkehrsstraßen den geometrischen Weg nehmen können, ohne sich um Berge, Täler, Flüsse und Meere kümmern zu brauchen, man bedenke, was es heißt, wenn die Tausende von langweiligen, hinderlichen und zeitraubenden Tarife und Reibungen wegfallen usw. usw. Ob dabei Sachsens Hoffnung, der Lufthandel werde den Seehandel ganz verdrängen, richtig ist, überlassen wir der Zukunft zu entscheiden.

Hauptsache bei alledem ist jetzt größere Sicherheit des Fliegens zu erzielen und über starke motorische Kräfte zu verfügen. Wie weit die Leistung der Motoren noch gesteigert werden kann, ist gar nicht abzusehen. Wir haben darin in der Automobiltechnik schon Wunderdinge erlebt. Sollten wir nun gar in den Besitz von Mitteln kommen, die uns instand setzen die bedeutenden Energievorräte energiereicher Verbindungen wie Radium usw., eventuell auch die noch zu entdeckender Stoffe, wie sie im Innern der Erde sicherlich vorhanden sind, auszubeuten, so erhalten wir die Möglichkeit mit den Flugapparaten ganz ungeahnte Leistungen, besonders was Schnelligkeit anlangt, zu vollbringen. Wir würden dann für große Entfernungen von den Bahnen immer unabhängiger werden; wir würden uns für weite Reisen einfach in die Luft erheben und diese dort in der Luftlinie auf kürzestem Weg ausführen können. Bis dahin ist aber noch ein weiter Weg, und besonders die zuletzt erwähnten Möglichkeiten gehören sicher der Zukunft an. Dennoch ist kein Grund vorhanden, warum sie sich nicht sollten verwirklichen lassen. Jedenfalls ist hier wie stets die dringende Notwendigkeit geboten die Forschung zu fördern. Die kleine Göttinger Anstalt für Flugtechnik hat schon hervorragende Resultate erzielt und festgelegt, in welcher Richtung der Weg liegt. Dem Staat liegt es ob die Mittel bereitzustellen, die für weitere Untersuchungen erforderlich sind.

²⁾ Siehe Sachs *Der Aeroplane als Zivilisationsträger* im *Mära*, 1911, 2. Band, pag. 400 ff.

Diese Untersuchungen könnten der dazu geeigneten Stelle übertragen werden, die das Reich besitzt, nämlich der physikalisch-technischen Reichsanstalt, deren Etat dann aber erheblich erhöht werden müßte. Ist doch schon jetzt die scheinbar hohe Dotierung von 350 000 Mark für die heutige Zeit völlig unzureichend. Ihre Arbeitsaufgaben müßten ohnehin ganz erheblich erweitert werden. Eine gleiche Anstalt für die chemische Wissenschaft wäre ebenfalls durchaus notwendig; denn auch die Chemie spielt mit fortschreitender Kultur in allen diesen Dingen eine immer wichtigere Rolle.³⁾ Nur durch planmäßige Versuche können wir auf den beschrittenen Wegen weiter kommen. Die starke Verzettelung der vielen Einzelkräfte, der Mittel und nicht zuletzt der Menschenleben bei den Flugkonkurrenzen ist eine unerfreuliche Begleiterscheinung der modernen Flugtechnik. Ihr zu steuern ist eine wichtige Aufgabe im Interesse der Kultur, und Eile ist dringend geboten.

XX

GUSTAV KRÜGER · DIE KOMMUNALE ARBEITSLosenVERSICHERUNG UND ARBEITSLosen-UNTERSTÜTZUNG IN DEUTSCHLAND



NACHHALTIG und oft wird heute in Gewerkschaftskreisen die Meinung vertreten, daß bei den immer größer werdenden Aufwendungen, die die freiwillig übernommene Verpflichtung zur Unterstützung arbeitsloser Gewerkschaftsmitglieder erfordert, auch diejenigen Kreise, auf deren Wirtschaftsweise die Arbeitslosigkeit in der Hauptsache zurückzuführen ist, mit zu deren Kosten herangezogen werden sollen. Die Schäden, die der Arbeiterschaft durch die Arbeitslosigkeit zugefügt werden, sollen weder von den Unternehmern allein noch von den Arbeitern insgesamt oder einzeln getragen werden, sondern die Allgemeinheit soll hierfür aufkommen. Genau wie bei der Kranken- und Invalidenversicherung die Ursachen der Schädigung zu einem großen Teil in der heutigen Produktions- und Wirtschaftsweise begründet sind, und das Reich durch Gesetze die Materie geregelt und sogar aus Mitteln des Reiches Zuschüsse hierzu gewährt hat, hätte dies auch bei der Versicherung und Unterstützung bei Arbeitslosigkeit zu geschehen. Die Gewerkschaften arbeiten ja schon seit einigen Jahren darauf hin die Öffentlichkeit und vor allem die Behörden auf diese Kalamität aufmerksam zu machen. Da es aber vorläufig so gut wie gänzlich aussichtslos ist vom Reich in dieser Beziehung etwas zu erwarten, so wird versucht wenigstens auf kommunaler Grundlage Einrichtungen zu schaffen, die den Gewerkschaften die Unterstützung ihrer Mitglieder erleichtern und auch der allgemeinen Arbeiterschaft Nutzen bringen sollen. In einer ganzen Reihe von Städten werden regelmäßig im Jahr Zählungen Arbeitsloser vorgenommen und den Kommunen die Resultate mit dem Antrag unterbreitet zur Linderung der Not Maßregeln zu ergreifen. Der Widerstand der Unternehmer gegen diese von den Kommunen geplanten oder schon errichteten Arbeitslosenfürsorgeeinrichtungen wird zum Teil dadurch überwunden, daß sie annehmen, die Gewerkschaften mit ihren Unterstützungseinrichtungen würden dann keine so große Zugkraft mehr auf die unorganisierte Arbeiterschaft ausüben vermögen,

³⁾ Siehe hierüber Ostwald *Eine chemische Reichsanstalt* (Leipzig 1906).

und auf diese Weise könnte der Gefahr begegnet werden, daß die Arbeiterschaft geschlossen dem Unternehmertum gegenübertritt. Den natürlichen Rückhalt finden die Gewerkschaften, wenn sie ihre Anträge auf Fürsorge für die Arbeitslosen stellen, bei den sozialdemokratischen Gemeindevertretern, aber auch eine Reihe bürgerlicher Sozialpolitiker hat sich dieser Frage warm angenommen. Je stärker der Einfluß der Arbeiterschaft auf politischem Gebiet wird, um so mehr wird sie auch mit ihren Forderungen durchdringen können. Es ist nicht in letzter Linie auf den immer größer werdenden Einfluß der Arbeiterbewegung zurückzuführen, daß man ebenfalls in bürgerlichen Kreisen dieser Frage immer größere Beachtung schenkt.

Eine ganze Anzahl größerer und kleinerer Städte hat sich bereits praktisch auf das Gebiet der Arbeitslosenfürsorge begeben. Und die Vielgestaltigkeit des Geschaffenen und Gebotenen beweist am deutlichsten, daß es sich in der Hauptsache um Versuche handelt. Man ist sich noch nicht klar darüber, ob diese Einrichtungen auf die Dauer werden bestehen können, und ob sie den Ansprüchen und Erfordernissen auch zu genügen imstande sind. Wo man nicht oder wenig geneigt ist der Frage näherzutreten, beruft man sich gern darauf, daß ihre Lösung Sache des Reiches sei. Jedoch steht so viel fest, daß auch hier wieder die Gesetzgebung erst dann eingreifen wird, wenn es sich darum handelt festzulegen, was schon zum großen Teil praktisch durchgeführt ist. Die Kommunen sind gerade hierzu die geeigneten Stellen und in der Lage die wichtigsten Vorarbeiten zu leisten. Im nachfolgenden soll nun das bis jetzt Geschaffene vor Augen geführt werden. Hierbei soll ein Unterschied zwischen der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenunterstützung gemacht und die von sehr vielen Kommunen bereitgestellten Mittel zur Inangriffnahme von Notstandsarbeiten ganz außer Betracht gelassen werden, die nur als Zuwendungen, für die Gegenleistungen nicht verlangt werden, zu registrieren sind.

Die älteste Versicherungseinrichtung besteht in Köln; es ist die *Stadtkölnische Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit im Winter*, die jetzt bereits auf 15 Geschäftsjahre zurückblicken kann. Die Kasse ist eine selbständige Organisation; sie bezog in den letzten Jahren von der Stadt einen Zuschuß von jährlich 20 000 Mark. Die Versicherung bei ihr hat den Mangel der Freiwilligkeit. Dadurch kommt es, daß die Zahl der Versicherten an und für sich außerordentlich niedrig ist (im Jahr 1909-1910 waren es nur 1938), und daß die Versicherten selbst sich in der Hauptsache aus solchen Berufen zusammensetzen, die mit außerordentlich großem Arbeitslosenrisiko verbunden sind. Waren doch unter den Versicherten nicht weniger als 1386, die den Bauberufen angehörten. Die Kasse mußte an 1481 Mitglieder, das heißt 82,9 % aller Versicherten, 61 934 Mark Unterstützungen zahlen; von dieser Summe sind nur 26 439 Mark durch Beiträge der Versicherten aufgebracht worden. Der Beitrag beträgt für gelernte Arbeiter 45, für ungelernete 35 Pfennig pro Woche. Eine Steigerung der Beiträge dürfte sich kaum noch durchführen lassen.

Ähnlich, wenn auch in den Leistungen und im Umfang herzlich unbedeutend, ist die Arbeitslosenversicherungskasse zu Leipzig. Sie erhält von der Kommune außer den mietefreien Büroräumen keinerlei Zuschüsse. Auch bei ihr geschieht die Versicherung freiwillig. Die Versicherten werden in 4 Klassen

eingeteilt, deren Beiträge nach dem Risiko der Arbeitslosigkeit verschieden sind. Die 1. Klasse mit einem Beitrag von 30 Pfennig pro Woche umfaßt die Fabrikarbeiter, Handels- und Transportarbeiter, Schmiede, Schlosser, Arbeiter der Buch- und Steindruckerei, Textil- und Metallarbeiter; die 2. Klasse mit 40 Pfennig Beitrag die Bau- und Hilfsarbeiter, Buchbinder, Tischler, Heizer, Mühlenarbeiter, Tapezierer, Schneider; die 3. Klasse mit 50 Pfennig Beitrag die Buchdrucker, Lithographen, Handlungsgehilfen, Kürschner, Maler, Zimmerer, die 4. mit 60 Pfennig Beitrag die Maurer, Steinbildhauer, Ofensetzer. Im Jahr 1908-1909 wurden an 38 Arbeitslose von 227 Versicherten 1249 Mark Unterstützung gezahlt, an Beiträgen aber nur 1143 Mark erhoben. Der Zuschuß kam aus Zinserträgen des angelegten Kapitals und anderen Einnahmen. Die Höhe der täglichen Unterstützungsbeträge schwankt zwischen 1 und 1,60 Mark.

Die Stadt Straßburg hat sich ganz dem Genter System verschrieben. Sie gewährt jährlich 5000 Mark an Zuschüssen. Fast alle Arbeiterorganisationen, die Arbeitslosenunterstützung zahlen, beteiligen sich an der städtischen Arbeitslosenversicherung. Die Stadt zahlt zu den Aufwendungen der Organisationen 50 % hinzu, jedoch nur für diejenigen Mitglieder, die 1 Jahr in Straßburg wohnen. Die Unterstützung seitens der Stadt wird nicht gezahlt für Arbeitslosigkeit durch Streik oder durch Folgen von Streiks. Obwohl in den letzten Jahren der Zuschuß von 5000 Mark nicht aufgebraucht wurde, hat sich die Stadt doch nicht verleiten lassen diese Summe herabzusetzen, vielmehr bestimmt, daß die Überschüsse für Krisenjahre aufgespart werden. Für das Jahr 1908 wurden aus städtischen Mitteln 3507 Mark gezahlt, wogegen die Organisationen einen Betrag von 14 327 Mark aufwandten. Der große Unterschied erklärt sich daraus, daß die Organisationen auch solche Mitglieder unterstützen, die ihren Wohnsitz in den Vororten oder nicht in Straßburg haben. Des weitem unterstützen manche Verbände auch für die Sonntage und für solche Tage, die von der Stadt wegen unvorschriftsmäßiger Meldung nicht in Frage kamen. Bemerkenswert bei der Straßburger Versicherung ist, daß von ihr die Bauberufe gar nicht getroffen werden konnten. Für diese Berufe wurden erhebliche Mittel für Notstandsarbeiten bereitgestellt, die die für die Versicherung seitens der Stadt aufgewandten Kosten bedeutend überstiegen. Die zwei Nachbargemeinden Schiltigheim und Bischheim haben ebenfalls die Arbeitslosenversicherung nach Genter System und Straßburger Muster eingeführt.

Seit dem 1. Januar 1909 hat Erlangen eine Arbeitslosenversicherung, die sich mit einigen Abweichungen ebenfalls dem Genter System anlehnt. Die Unterstützung können nur gelernte Arbeiter erhalten, die sich zu den Notstandsarbeiten nicht eignen. Sie kann auch nur heimatberechtigten und solchen nicht heimatberechtigten Arbeitern zugute kommen, die seit 3 Jahren ihren Wohnsitz in Erlangen haben. Die Unterstützung wird nur für unverschuldete, nicht durch Aussperrung und Streik hervorgerufene Arbeitslosigkeit gezahlt, und sie wird dann eingestellt, wenn nachträglich der Fall der Aussperrung oder des Streiks eintreten sollte. Der von der Stadt gewährte Zuschuß beträgt ebenfalls 50 % der von der Gewerkschaft oder einer andern Organisation gezahlten Unterstützung, jedoch nicht mehr als 60 Pfennig pro Tag; er wird nicht über 6 Wochen hinaus gewährt, und zwar vom 8. Tag der Arbeitslosigkeit an. Während nach dem Genter System nur Arbeiterorganisationen mit

Arbeitslosenversicherung der Zuschuß gewährt wird, geschieht dies bei der Erlanger Versicherung schlechthin, so daß auch von Unternehmern errichtete Arbeitslosenkassen Anspruch auf den Zuschuß erheben können.

In Mülhausen im Elsaß ist eine Arbeitslosenversicherung seit dem 1. Dezember 1909 in Kraft. Sie hat sich das Straßburger Vorbild als Muster genommen. Es wird den Arbeiterorganisationen angehörigen Arbeitslosen ein Zuschuß von 70 % zu der von diesen bezogenen Unterstützung gewährt. Der Zuschuß erhöht sich auf 80 %, wenn die Arbeitslosen daraus noch Familienangehörige zu unterhalten haben. Er darf jedoch 1 Mark pro Tag nicht übersteigen. Voraussetzung ist 1jähriger Arbeits- und Wohnsitz in Mülhausen und unfreiwillige Arbeitslosigkeit, die nicht von Streik oder Aussperrung herühren darf und auch nicht auf Unfall oder Invalidität zurückgeführt werden kann. Die Vereine, deren Mitgliedern die Unterstützung gezahlt wird, müssen sich verpflichten auf möglichste Einschränkung der Arbeitslosigkeit bedacht zu sein.

Mit dem Jahr 1910 hat auch Freiburg in Baden die Arbeitslosenversicherung eingeführt. Zu dem Zweck wurden 3000 Mark zur Verfügung gestellt. Gewährt wird sie nur für unverschuldete, unfreiwillige, nicht durch Streik oder Aussperrung, Krankheit oder Invalidität oder durch Unfall hervorgerufene Arbeitslosigkeit. Voraussetzung ist 1jähriger Wohnsitz oder innerhalb der letzten 3 Jahre ununterbrochene 1jährige Wohnhaftigkeit in Freiburg. Von der Versicherung ausgeschlossen sind alle Arbeiter, die nach ihrem Beruf oder ihrer körperlichen Veranlagung zu Notstandsarbeiten sich eignen. Die Versicherung lehnt sich ebenfalls eng an das Genter System an. Es wird den Angehörigen einer Arbeitslosenunterstützung zahlenden Organisation im Fall der Arbeitslosigkeit 50 % zu der von dieser gezahlten Unterstützung hinzugezahlt, jedoch nicht mehr als 1 Mark pro Unterstützungstag und nicht über 40 Tage innerhalb eines Jahres. Außerdem können auch solche Arbeitslose die Versicherung wahrnehmen, die von der zu dem Zweck errichteten Spareinrichtung Gebrauch machen. Gespart wird durch Einkleben von Sparmarken in Sparkarten. Die Spareinlagen dürfen 40 Mark nicht übersteigen. Bei Arbeitslosigkeit wird die Hälfte des gesparten Betrags als Zuschuß gewährt. Wird der ganze Betrag gleichzeitig abgehoben, so geht der Zuschuß verloren. Während der Arbeitslosigkeit darf nur 1 Mark pro Tag von dem Sparguthaben erhoben werden, und an Zuschuß wird ebenfalls nicht über 1 Mark pro Tag gewährt.

Seit dem 29. November 1910 hat die Stadt Schöneberg die Arbeitslosenversicherung eingeführt. Sie bewilligt vorläufig bis zum März 1913 jährlich 15 000 Mark. Sollte eine Arbeitslosenversicherung für Groß Berlin schon vor dieser Zeit ins Leben treten, so wird bei deren Einführung diese Versicherung aufgehoben. Auch hier ist das Genter System als Muster genommen. Angehörigen von Berufsorganisationen, die Arbeitslosenunterstützung zahlen, wird ein Zuschuß von höchstens 1 Mark pro Tag für nicht mehr als 60 Tage gewährt. Die Versicherten müssen 1 Jahr ununterbrochen in Schöneberg ihren Wohnsitz gehabt haben; jedoch wird die Zeit des Wohnens in einer andern Gemeinde Groß Berlins angerechnet, wenn von dieser Gemeinde ebenfalls eine Arbeitslosenversicherung gewährt und der Wohnsitz in anderen Gemeinden Groß Berlins ebenfalls angerechnet wird. Der Zuschuß wird eingestellt, wenn Arbeit durch den städtischen Arbeitsnachweis angeboten wird. Durch Ausstände

oder Aussperrungen frei gewordene Arbeit braucht nicht angenommen zu werden. Für nichtorganisierte Arbeiter ist eine Spareinrichtung geschaffen, die nur von den der Invalidenversicherungspflicht unterstehenden Personen in Anspruch genommen werden kann. Zu dem von dem Sparguthaben erhobenen Betrag wird die Hälfte, jedoch nicht mehr als 1 Mark pro Tag, als Zuschuß gewährt und nicht über 60 Tage hinaus. Der Sparer muß 1 Jahr ununterbrochen in Schöneberg gewohnt haben und seit mindestens 3 Monaten in die Liste der Sparer eingetragen sein. Einlagen der letzten 3 Monate werden unberücksichtigt gelassen. Die Zahlung beginnt nach einer Woche der Arbeitslosigkeit, während der der Arbeitslose sich täglich auf dem Arbeitsnachweis gemeldet haben muß.

Eine sonst nirgends vorhandene Neuerung bietet der Entwurf der Stadt Charlottenburg, der vorsieht, daß außer den Angehörigen von Berufsvereinen, die 50 % Zuschuß zu der von diesen geleisteten Unterstützung erhalten, auch Kollektivversicherungen mit Vereinen für einzelne namentlich zu benennende Mitglieder oder für den unbeschränkten Mitgliederkreis abgeschlossen werden können. Diese Versicherungen werden durch besondere Verträge abgeschlossen. Der Zuschuß für alle Versicherten kann höchstens 1 Mark pro Tag betragen. Einen ähnlichen Entwurf haben die Arbeitervertreter Groß Berlins ausgearbeitet und ihn dem eingesetzten städtischen Ausschuß überwiesen, von dem aber kaum zu erwarten ist, daß er ihn akzeptiert, obgleich er das Produkt eingehender Beratungen von Vertrauensmännern der Arbeiterschaft ist.

Der Bürgerausschuß der Stadt Mannheim hat am 7. März 1911 seine Genehmigung zur Einstellung einer Summe von 5000 Mark in das Budget für 1911 zum Zweck der Unterstützung Arbeitsloser gegeben. Für die Zukunft sollen die erforderlichen Beträge in den Voranschlag eingestellt werden. Die Versicherung ist bereits am 1. Mai 1911 in Kraft getreten. Die Unterstützung wird nur solchen Arbeitern oder Arbeiterinnen gewährt, die 1 Jahr lang in Mannheim ihren Wohnsitz gehabt haben oder den früher erworbenen Unterstützungswohnsitz in Mannheim noch nicht verloren haben. Sie darf nur jährlich 30 Mark betragen. Abhängig ist die Unterstützung von einem Sparguthaben, das der Bewerber bei der Sparkasse erworben haben muß. Die Bezugsberechtigung ist an eine bestimmte Höhe des Sparguthabens nicht gebunden. Die Unterstützung beginnt vom 4. Tag der Arbeitslosigkeit ab; sie besteht aus einem Zuschuß, der zu den Sparbeträgen gewährt wird, die in der Zeit der Arbeitslosigkeit aus dem Guthaben abgehoben werden. Der Zuschuß beträgt immer die Hälfte des Betrags, der für den Werktag erhoben wird, aber nicht mehr als 75 Pfennig pro Tag. Die Spareinlage darf 60 Mark nicht übersteigen, der Zuschuß wird nur bis zum Betrag von 30 Mark gewährt. Ist die Spareinlage geringer als 60 Mark, so beträgt der Zuschuß auch nur die Hälfte dieser Einlage. Berechtig zur Inanspruchnahme der Unterstützung sollen alle Arbeiter sein, deren jährliches Einkommen 1800 Mark nicht übersteigt. Wer die Unterstützungseinrichtung in Anspruch nehmen will, muß sich auf dem Arbeitsamt ein Arbeitersparbuch ausstellen lassen. Die Einzahlungen müssen bei der städtischen Sparkasse erfolgen; Einzahlungen von unter 1 Mark werden nicht entgegengenommen. Die Einzahlung kann jederzeit erfolgen, zum Beispiel auch unmittelbar vor der Arbeitslosigkeit mit insgesamt 60 Mark, um sich die Höchstleistung zu sichern. Der Sparer kann über seine Einlagen jederzeit

frei verfügen, also auch bei anderen Anlässen diese ganz oder zum Teil abheben. Die Verzinsung erfolgt nach dem selben Zinsfuß wie bei anderen Sparern. Der Zuschuß kann nur in Anspruch genommen werden bei unfreiwilliger, unverschuldeter Arbeitslosigkeit; bei Streiks und Aussperrungen wird er nicht gewährt.

Der Entwurf des wirtschaftlichen Ausschusses der Stadt Nürnberg sieht die Gründung einer freiwilligen Versicherungskasse vor, aus der wöchentliche Unterstützungen von 6 bis 10 Mark gewährt werden sollen, bis zur Höchstdauer von 60 Tagen. Mitgliedern anderer Organisationen wird ein Zuschuß von 50 Pfennig pro Tag gewährt, wenn die Unterstützungen mindestens so hoch sind wie die von der städtischen Kasse gezahlten.

Wir kommen nunmehr zu den Einrichtungen, die als Arbeitslosenversicherungen nicht mehr angesprochen werden können, die vielmehr den Charakter von Unterstützungen an sich tragen. Da wäre zunächst München zu nennen. Im Januar 1909 wurde beschlossen für diesen Zweck 71 192 Mark aufzuwenden, aus denen diejenigen Verheirateten mit 3 Mark und die Ledigen mit 2 Mark pro Woche unterstützt werden sollten, die seit 1. Januar 1908 Wohnsitz und Arbeit in München hatten und seit 8 Tagen nach dieser Zeit arbeitslos waren. Die Ledigen mußten außerdem noch die Heimatsberechtigung nachweisen. Die Auszahlung geschah für die unorganisierten Arbeiter durch die Bezirkspflegekommissionen und für die Organisierten durch die Organisationen. In der Zeit vom 18. Januar bis zum 13. März 1909, wo die Aktion ihr Ende nahm, wurden 4464 organisierte und 1999 unorganisierte Arbeiter aus der obigen Summe unterstützt. Auf die Organisierten entfielen hiervon 48 185, auf die Unorganisierten 18 075 Mark. Der amtliche Bericht stellt fest, daß die Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Kontrolle sich bewährt habe.

Ähnlich wie München verfuhr die Stadt Mainz, die im Februar 1909 10 000 Mark zur Unterstützung aller mindestens 18 Jahre alten Arbeiter, die 1 Jahr in Mainz wohnten und seit 14 Tagen arbeitslos waren, bewilligte. Die Unterstützung wurde auf höchstens 4 Wochen gezahlt. Sie betrug für Ledige 3, für Verheiratete 4 und für Verheiratete mit Kindern unter 14 Jahren 5 Mark pro Woche. Auch hier wurden die Gewerkschaften zur Kontrolle herangezogen, die sich gut bewährt haben.

Die Stadt Wernigerode bewilligte im Februar und März 1906 6000 Mark, die zu Arbeitslosenunterstützung an verheiratete Arbeiter verwandt werden sollten. Unverheiratete sollten nur dann daran partizipieren können, wenn sie Eltern oder andere Angehörige mit zu unterhalten hatten. Die Unterstützung betrug 6 Mark pro Woche und für jedes Kind unter 14 Jahren 50 Pfennig von der 2. Woche der Arbeitslosigkeit an. Von der Summe kamen jedoch nur 4342 Mark zur Auszahlung, von denen auf die Organisierten 2629, auf die Unorganisierten 1713 Mark entfielen. Die Unorganisierten erhielten die Unterstützung von der Armenverwaltung, die Organisierten durch das Gewerkschaftskartell.

Die Berliner Vorortgemeinde Rixdorf brachte von 10 000 Mark, die für die Unterstützung Arbeitsloser bewilligt waren, Anfang 1909 7601 Mark zur Verteilung. Es wurden nur hilfsbedürftige Arbeitslose unterstützt, die seit 1 Jahr ihren Wohnsitz in Rixdorf hatten, alleinige Ernährer ihrer Familien und

seit mindesten 8 Wochen arbeitslos waren. Die Unterstützung wurde auch nun als Darlehen gewährt; sie sollte wieder zurückgezahlt werden, wenn die Verhältnisse im Sommer des Jahres 1910 es ihnen gestatteten. Jedoch sollte die zwangsweise Beitreibung unterbleiben.

Im März 1909 beschloß **F l e n s b u r g** 10 000 Mark zur Gewährung von Darlehen an Arbeitslose aufzuwenden. Die Darlehen sollten aber spätestens nach 6 Monaten wieder zurückerstattet sein. Sie sollten nur solchen Personen gewährt werden, die zwar Anspruch auf die Beschäftigung mit Notstandsarbeiten hatten, aus Gründen ihrer körperlichen Eigenschaften diese zu leisten aber nicht imstande waren. Die Bewerber durften noch keine Armenunterstützung bezogen haben, oder wenn dies doch der Fall war, mußte diese wieder zurückerstattet sein. Auf den Ausschluß gerade der Bedürftigsten ist es denn auch wohl zurückzuführen, daß nur 88 Bewerber zu verzeichnen waren, die eine Summe von 849 Mark erhielten. Für 1910 wurden nur 2000 Mark zu dem gleichen Zweck bewilligt, jedoch hatten sich Bewerber für Darlehen bis Anfang Februar noch nicht eingestellt. Die Darlehen wurden zinsfrei gewährt.

Von anderen Städten wurde zum Beispiel in **R o s t o c k** noch Barunterstützung zur Einlösung von auf dem Leihamt versetzten Kleidungsstücken und Betten gewährt, außerdem noch Naturalunterstützungen und Mietszuschüsse. **L ü b e c k**, **K a r l s r u h e**, **M a g d e b u r g**, **A l t e n b u r g**, **D r e s d e n** und **Q u e d l i n b u r g** gewährten ebenfalls Naturalunterstützungen verschiedener Art.

Wenn zu den Arbeitslosenversicherungen einige kritische Bemerkungen gemacht werden mögen, so sei zunächst darauf hingewiesen, daß die von bürgerlicher Seite erhobenen Bedenken gegen das Genter System, nämlich daß dadurch die Gewerkschaftsbewegung gefördert werden könne, im 1. Bericht über die Straßburger Versicherung auf das entschiedenste als unbegründet bezeichnet worden sind. Wohl haben sich die Gewerkschaften jeder von ihnen verlangten Mitarbeit unterzogen, aber einen werbenden Vorteil zugunsten des Wachstums hat man nicht bemerken können. Erfreulich ist auch, daß die Scheu vieler Stadtverwaltungen vor der Mitarbeit der Gewerkschaften bis zu einem gewissen Grad überwunden wurde. Der Begriff *unverschuldete Arbeitslosigkeit* kann zu vielen Meinungsverschiedenheiten Anlaß geben, aber in einigen Schiedskommissionen, die über Streitigkeiten zu entscheiden hatten, ist er insofern gelöst worden als man keine unverschuldete Arbeitslosigkeit angenommen hat, wenn der Arbeiter durch das Verhalten des Unternehmers zum Verlassen der Arbeit genötigt wurde. Auch die Zumutung unter dem bestehenden Lohn tariff zu arbeiten wurde als berechtigter Grund für die Arbeitsniederlegung angesehen, der eine Verweigerung der Unterstützung nicht rechtfertigte.

Daß die Unterstützung bei **S t r e i k s** nicht gewährt werden soll, kann aus Gründen der Unparteilichkeit verstanden werden, obgleich auch hier in fast allen Fällen ein Verschulden der Arbeiter nicht vorliegen dürfte. Die Arbeiter zetteln heutzutage aus purer Streiklust keinen Streik an, und wenn er wirklich ausbricht, dann sind sicher alle Mittel zur gütlichen Beilegung vorher erschöpft. Jedoch dürfte hierbei wie bei der Aussperrung die finanzielle Massenbelastung der Einrichtung den Ausschlag gegeben haben, die eventuell an einem einzigen Tag sämtliche Mittel aufbrauchen könnte. Sonst würde die Nichtunterstützung bei unverschuldeter **A u s s p e r r u n g** seitens der Unternehmer

geradezu eine Ungerechtigkeit und eine Parteiübergreifung seitens der Versicherung bedeuten, die bei dem Gegenstück, dem Streik, so ängstlich vermieden wird.

Was die Höhe der Unterstützungssätze, die Karenzzeiten, die übrigen Voraussetzungen zum Bezug der Unterstützungen angeht, so ist es selbstverständlich, daß bei der Neuheit der Einrichtung und der Unerfahrenheit auf diesem Gebiet solche Schutzvorkehrungen getroffen wurden, die das ganze Unternehmen von vornherein sichern helfen sollten. Mit dem weitem Ausbau werden auch hier erhebliche Verbesserungen durchgeführt werden können. Im allgemeinen ist zu sagen, daß das Genter System sich noch immer am besten bewährt hat. Durch dieses System werden die Arbeiter auch gleichzeitig wirtschaftlich erzogen, indem sie sich gegen solche Notlagen schon vor der Zeit zu schützen suchen. Aber auch den Kommunen, die es einführen, wird damit eine der schwersten Arbeiten abgenommen, nämlich die Kontrolle über die Arbeitslosen, die von den Organisationen so gewissenhaft ausgeführt werden wie es zuverlässiger nicht geschehen kann.

Eine der wichtigsten Grundlagen aber, auf der eine durchgreifende Versicherung aufgebaut werden könnte, bildet die Arbeitsvermittlung. Gut funktionierende paritätische Arbeitsnachweise tragen schon in sich die Gewähr für eine erhebliche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Hier liegt eine der Hauptschwierigkeiten, die zu überwinden sind. Das geht am besten daraus hervor, daß zum Beispiel die Industriellen von Mannheim sich nicht dazu verstehen konnten ihren Arbeitsnachweis, mit dem sie den ganzen Arbeitsmarkt in Mannheim beherrschen, zugunsten eines von der Stadt zu errichtenden paritätischen Arbeitsnachweises aufzulösen, der eine der wesentlichsten Voraussetzungen zur Lösung des Problems der Arbeitslosenversicherung darstellte. Es kann daher unseren Gemeindevertretern nicht dringend genug ans Herz gelegt werden der Errichtung von kommunalen Arbeitsämtern und paritätischen Arbeitsnachweisen das Wort zu reden. Wo solche bestehen oder erreicht werden, müssen die Gewerkschaften auch darauf hinarbeiten schon bestehende Facharbeitsnachweise diesen anzugliedern.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Politik / Max Schippel

Marokko

Die im Grunde von geringem Selbstvertrauen zeugende - Unterordnung Frankreichs unter die deutschfeindliche englische Politik, wie sie bis vor kurzem die internationalen Beziehungen der europäischen Staaten beherrschte, hat unserm westlichen Nachbar zwar im Anfang eine Reihe ganz gut sich ausnehmender Tageserfolge gebracht. Vor allem die von England anerkannte und unterstützte Vorherrschaft in Marokko, die man über den Kopf Deutschlands hinweg unangreifbar festgelegt zu haben

glaubte. Aber diese erbitternde Verletzung der internationalen Gleichachtung konnte nur so lange ohne gefährliche unmittelbare und mittelbare Gegenströmungen bleiben als Deutschland durch eine kritische internationale Konstellation wohl oder übel zu äußerster Zurückhaltung und Selbstverleugnung genötigt war oder sich durch früher begangene eigene Fehler in der Freiheit seines Eingreifens gehemmt sah. Daß jedoch im Wechsel der Geschehnisse Zeiten kommen würden, wo sich die erregte deutsche Verstimmung nicht mehr gleichgültig ignorieren ließ, daß Deutschland sogar jede künftig sich bietende Gelegenheit wahrnehmen würde bei auf-

keimenden Verlegenheiten der französischen Republik seine Gegenwart möglichst fühlbar zu machen, konnte man in Paris bei einiger Voraussicht von vornherein in Rechnung stellen. Gerade die verzwickte Algecirasakte, so kümmerlich sie für Deutschland ausfiel, bot Handhaben genug und Übergang bei jedem störenden Zwischenfall in der sogenannten *friedlich - wirtschaftlichen Durchdringung* des Scherifenlands peinliche Auseinandersetzungen hervorzurufen und zu erzwingen, wenn sonst der Zeitpunkt dafür geeignet schien.

An einem solchen Einschnitt sind wir seit Anfang Juli wieder angelangt. Denn es ist durchaus nicht das erste Mal seit Algeciras, daß das seinerzeit wie Luft behandelte Deutschland sich mit einer gewissen plumpen Auffälligkeit bemerkbar zu machen sucht. Schon deswegen ist es wenig wahrscheinlich, daß die neueste Demonstration vor Agadir, obwohl noch etwas kräftiger als vorher aufgetragen, in großen Konflikten zu enden bestimmt sei. Selbst wenn man von oben herab nur eine patriotische Hurrawahl-aufregung erzeugen wollte, müßten die Nächstbeteiligten das Eisen ganz anders auf Rotglühhitze hin bearbeiten als es tatsächlich bis jetzt irgendwo geschehen ist. Man wird es also auch in diesem Fall mit einem wiederholten, allerdings gewagt kräftigen Versuch zu tun haben Frankreich auf das Bedenkliche und Gefährliche der noch immer nicht aufgegebenen Bahnen nachdrücklich hinzuweisen und es einem, auf vielen Gebieten denkbaren und erwünschten Zusammenarbeiten mit Deutschland geneigter zu machen. Daß die beiden Nachbarnationen so weit zu bringen wären in den großen entscheidenden Fragen der internationalen Politik Schulter an Schulter zusammenzustehen, ist leider durch festgewurzelte politische Überlieferungen bei der Mehrheit des französischen Volkes vorläufig noch immer ausgeschlossen. Aber wenn sogar so bescheidene Verständigungsanläufe wie die vom Vorjahr über die gemeinsame wirtschaftliche Erschließung der Grenzgebiete von Französisch Kongo und Deutsch Kamerun oder Verhandlungen wie die über ein Zusammenwirken französischen und deutschen Kapitals beim marokkanischen Eisenbahnbau regelmäßig plötzlich spurlos im Sand verlaufen, so kann man es der deutschen Regierung nicht verargen, daß sie ihr Verlangen bei dem immer deutlicher hervortretenden Übergang von der friedlichen Durchdringung zur vollständigen Tunifizierung Marokkos nicht

abermals ganz und gar übersehen zu werden, kräftiger als gewöhnlich unterstreicht.

Zu Kriegsprophezeiungen liegt deshalb noch lange kein Grund vor. Viel eher dürften diejenigen englischen Blätter die Grenzen des Möglichen einhalten, deren Befürchtungen dahin gehen: Deutschland könne sich über den Kopf Englands hinweg mit Frankreich über afrikanische oder noch andere Fragen einigen. Es ist deshalb auch bezeichnend, daß die Anregungen noch andere Länder zu den eingeleiteten Konferenzen heranzuziehen immer wieder von dieser Seite ausgehen. Ganz wie bei den Bagdadbahnverhandlungen zwischen Deutschland und Rußland, und hoffentlich mit ganz dem gleichen Erfolg.

X
Türkei Aufgefährliche Verwickelungen zugespitzt scheint viel eher die Lage in dem al-

banisch-montenegrinischen Balkanwetterswinkel.

Der stark ausgeprägte Nationalismus des Jungtürkentums hat es in kaum 2 Jahren dahin gebracht, daß die Albaner — unter Abdul Hamid die festeste, jederzeit zuverlässigste Stütze der Zentralregierung — zu einem großen Teil sich gegen das Türkenregiment erhoben, das ihnen sogar die mütterliche Sprache und die gewohnte Schrift verbieten wollte, während sie ihrerseits das Türkische als ein willkürlich bunte Sprachengemengsel, ohne eigene Literatur geringschätzten. Die Bekämpfung des Aufstands durch Torglut Pascha soll von Anfang an von ausgesuchter Grausamkeit und Zerstörungswut gewesen sein. Der mildere Abschluß scheint darauf hinauszulaufen, daß die von einem eisernen Heeresring eingeschlossenen Malissoren, soweit sie der Hunger und das Elend nicht schon vorher hinweggrafft, sich auf Gnade und Barmherzigkeit ergeben müssen, falls das angrenzende Montenegro, das bisher schon Waffen und Führer lieferte, nicht zum offenen Krieg übergeht. Letzteres ist um so näherliegend, als Montenegro selbst von einer Niederlage nicht zuviel zu fürchten hat. Die in letzter Instanz jedesmal angerufenen und entscheidenden Großmächte werden niemals eine Ausdehnung der heutigen Türkei über neue Gebiete dulden. Ein ernster Krieg würde jedoch alle die zeitweilig beruhigten Völkerschaften in Mazedonien, Serbien, Bulgarien bis hinüber nach den armenischen und arabischen Bezirken Asiens zu neuen unabsehbaren Kämpfen erwecken. Dazu zeigt sich das Türkentum

in engem Sinn mehr und mehr von inneren Gegensätzen zerrissen. Die Häufigkeit politischer Morde ist ein Beweis der politischen Spannung, die das Vertrauen auf die Wirksamkeit geistiger Waffen und verfassungsmäßig friedlicher Mittel zusehends vernichtet hat, und die gerade das einst allmächtige Komitee für Freiheit und Verfassung zu den alten Gewaltmitteln des orientalischen Despotismus zurückkehren läßt. Seit seiner Geburt kommt das neue Regiment aus den kriegerischen Anstrengungen und Rüstungen nicht heraus, bald gegenüber den Bulgaren und Griechen, bald gegen die Araber und Albaner; schon der zerrüttende Rückschlag auf die Finanzen müßte die Besieger Abdul Hamids von der Fortsetzung eines solchen Weges zurückhalten. Die Warnungen Rußlands konnte man noch für beabsichtigte Quertreibereien ansehen. Neuerdings kommen jedoch ähnliche Mahnungen von amtlicher und maßgebender nichtamtlicher Seite aus Österreich, aus England, selbst aus Deutschland, das bisher noch immer den Chauvinisten am Bosphorus und in Saloniki am nächsten stand.

X
Japan

X

Der neu abgeschlossene deutsche Handelsvertrag mit Japan, der sofort am 17. Juli in Kraft trat, bildet, zusammen mit den gleichlaufenden Verträgen Englands und der Vereinigten Staaten, gewissermaßen ein letztes Glied der handelspolitischen Selbstständigkeitsbewegung des aufstrebenden asiatischen Großstaats. Es lohnt deshalb mit ein paar Worten die verblüffend rasch durchlaufene Bahn zu kennzeichnen.

Japan wurde noch Ende der sechziger Jahre nirgends als vollbürtiger moderner Staat anerkannt. So begründete denn auch unser Handelsvertrag vom 20. Februar 1869 wesentlich nur einseitige Pflichten für Japan und einseitige Rechte für Deutschland. Er entzog die Deutschen in Japan der dortigen Landesgerichtsbarkeit und behielt ihnen eine privilegierte eigene Konsulargerichtsbarkeit vor. Die Zölle, die Japan erheben durfte, wurden in einem besondern Konventionaltarif festgelegt, dessen Sätze sich im allgemeinen auf 5 % des Warenwerts beliefen; die Meistbegünstigung trat für alle derart noch unregulierten Zollbeziehungen hinzu, während Japan bei uns noch nicht einmal die bloße Meistbegünstigung, geschweige denn eine Fülle von deutschen Zollbindungen zugesichert war. Das Mikado-

reich war noch immer mehr nur Objekt als Subjekt solcher Vertragsregelungen. Der Anfang der neunziger Jahre, die überraschende Kraftentfaltung im Krieg mit China, brachte den ersten großen Umschwung zugunsten Japans. Aber doch nur einen halben Erfolg, weil die europäischen Mächte für ihren Verzicht auf den privilegierten Gerichtsstand, auf die Ausnahmerechtsstellung ihrer Angehörigen noch immer Zollzugeständnisse herausschlagen konnten, die sonst kaum im freien Willen Japans gelegen haben würden. So erfreute sich denn, nach dem am 4. April 1896 unterzeichneten zweiten Handelsvertrag, der am 17. Juli 1899 voll in Kraft trat, Deutschland für seine Warenausfuhr abermals zahlreicher Zollbindungen Japans. Wenn man die Austauschziffern von 1894 zugrunde legt, so waren bei einer deutschen Gesamtausfuhr nach Japan von 17 Millionen Mark die Zölle für nicht weniger als 13 Millionen gebunden, meist zwischen 5 und 10 % vom Wert, also selbst für damalige Verhältnisse noch außerordentlich niedrig. Umgekehrt erhielt Japan bei uns nunmehr zwar die Meistbegünstigung, aber inunerhin nur die Meistbegünstigung und weiter nichts, so daß wir also in der Zwischenzeit die Zollerhöhungen des Bilow-Posadowsky-Tarifs ohne weiteres vornehmen konnten und der ostasiatischen Gegenpartei nur die Zollsätze der neuen europäischen Handelsverträge, eben wegen der Meistbegünstigung, nicht verweigern durften.

Nunmehr tritt Japan zum erstenmal als handelspolitisch vollsouveräner Staat auf. Als verhältnismäßig blutjunges Industrieland naturgemäß und ganz unabänderlich mit einer starken Neigung zu *Ersiehungssollen* und auch zur Politik der freien Hand, da junge Länder viel weniger als alte auf 10 und mehr Jahre die Zollschutzzinteressen ihrer einzelnen Produktionszweige voraussehen und festlegen können. Infolgedessen stehen wir und neben uns sämtliche weißen Länder freilich vor ungünstigeren künftigen Zollverhältnissen im Mikadoland. Aber man muß schon eine sehr starke Glaubensfähigkeit und eine sehr schwache Tatsachenkenntnis besitzen, wenn man uns deshalb allen Ernstes versichern will, wir hätten durch den Freihandel in Deutschland solche naturnotwendigen Entwicklungsprozesse verhindern können, die sich unter den selben Voraussetzungen bei allen Nationen abgespielt haben und immer wieder abspielen werden. Japan verkehrt,

was man erwägen sollte, in allererster Linie mit England; England ist zudem Japans Bundesgenosse, mit dem es soeben den Allianzvertrag, in etwas abgeänderter Form, bis zum Juli 1921 verlängert hat. Warum hat also Englands Freihandel die japanischen Zollerhöhungen nicht verhindert? Warum hat England sogar weniger Zollbindungen erreicht als jetzt Deutschland, das doch immerhin mit der Anwendung unangenehmer Zölle drohen und die Herabsetzung von sonst geltenden Generaltarifsätzen in Aussicht stellen kann, während England — bei prinzipiellem Freihandel, das heißt bei dem gleichen Freihandel mit oder ohne Gegenleistung seitens des Auslands — immer mit leeren Händen dasteht und nur auf seine politische Freundschaft pochen kann.

× **Kurze Chronik** Die vielumstrittene Londoner Deklaration des Seekriegsrechts gelangte im englischen Unterhaus zur Annahme. × Die italienische, von Giolitti eingebrachte und von unseren Genossen lebhaft unterstützte Vorlage über die Verstaatlichung der Lebensversicherung (siehe die Rubrik *Wirtschaft*, pag. 982) wird erst nach unbestimmter Unterbrechung weiterberaten werden, so daß die Gegner schon von dem Scheitern des Planes sprechen. × Die englische Arbeiterpartei ließ durch Ramsay MacDonald im Unterhaus erklären, daß sie das Lloyd'sche Arbeitsversicherungsgesetz bei Anrechnung der alten Unfallrenten auf die neugeschaffenen Leistungen ablehnen werde. × Die Wirren in Persien erhielten durch die Rückkehr des entthronten Schahs nach dem Norden eine unerwartete weitere Verwicklung.

Wirtschaft / Rudolf Wissel

Reichsbankpolitik Die Reichsbank hat die geltenden Vorschriften über die Lombardentnahmen an den Vierteljahrsschlüssen aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt: »Im Effekten- und Wechselombard wird 1. für den Darlehnsbestand am Ultimo des Kalendervierteljahrs, 2. für die am 1. Werktag des Kalendervierteljahrs entnommenen Beträge unter Abzug aller an diesem Tag etwa erfolgten Rückzahlungen außer den laufenden Zinsen ein Zinszuschlag für 10 Tage berechnet, wenn der Darlehnsbestand auch nur an einem dieser beiden Tage den Betrag von 30 000 Mark überschreitet.«

Schon in der Sitzung des Zentralausschusses am 28. April hatte der Präsident Havenstein derartige Maßnahmen angedeutet; in der Sitzung vom 24. Mai stimmten sämtliche Mitglieder dieser Maßnahme zu, nachdem der Vorsitzende erklärt hatte, daß das fast ununterbrochene Anwachsen des zu den Quartalschlüssen bei der Reichsbank entnommenen Bedarfs für die Zukunft Besorgnisse zu erwecken geeignet sei. Den äußeren Anlaß gab die außerordentliche Inanspruchnahme der Bank zum 1. April. Der Status hatte sich in der einen letzten Märzwoche um 731 Millionen verschlechtert. Der Wechselbestand erhöhte sich auf 1315, der Lombard auf 261 Millionen, und der Notenumlauf stieg auf 1974 Millionen Mark. Das war in durchaus normalen Zeiten geschehen; nichts hatte im 1. Vierteljahr auf eine solch große Belastung hingedeutet. Ganz naturgemäß hatte sich dabei die Frage aufgedrängt, wie sich die Dinge wohl in Zeiten einer Krise gestalten hätten. Ob es dann auch noch möglich gewesen wäre die gesetzlich vorgeschriebene Bardeckung einzuhalten?

Die Maßnahme der Bank hat in der Tat zum 1. Juli einen Einfluß auf die Dispositionen der Geldnahme ausgeübt. Die Lombardentnahmen sind ganz wesentlich zurückgegangen, dagegen sind allerdings die Wechseldiskontierungen gestiegen. Das ist für den Status der Bank aber nicht einerlei. Er wird durch Lombardentnahmen direkt oder indirekt durch Verringerung des Geldbestands geschwächt, während bei der Diskontierung von Wechseln sich nur der Notenumlauf erhöht. Für den Notenumlauf braucht aber nach dem Bankgesetz nur zu einem Drittel Deckung in Geld vorhanden zu sein. Hat sich also auch nicht der Gesamtanspruch an die Bank eindämmen lassen, so ist doch das durch die Maßnahme der Bank erreichte Ziel einer Stärkung der Deckungsverhältnisse erreicht worden. Allerdings durch eine Verteuerung der Quartalsgelder, was für Handel und Gewerbe eine Erschwerung bedeutet. Dies um so mehr als die Berliner Banken, nach ihrer Erklärung, um auch ihrerseits zur Eindämmung der übergroßen Geldansprüche an den Quartalschlüssen beizutragen, in Wirklichkeit aber, um die aus ihrem Verkehr mit der Reichsbank erwachsenden Lasten auf die Kundschaft abzuwälzen, Maßnahmen beschlossen haben, die zum Teil noch weiter gehen als die der Reichsbank. Durch alle dies sind die Diskussionen über die Mängel unserer

Zahlungsorganisation wieder in Fluß gebracht worden.

×
Vereinigte
Staaten:
Trustrecht

Am 15. Mai hat das höchste Gericht der Vereinigten Staaten gegen die *Standard Oil Company* dahin erkannt, daß sie gegen die sogenannten *Sherman Acts* verstoßen habe und innerhalb 6 Monaten aufzulösen sei. Durch die *Sherman Acts* sind alle Vereinbarungen und Verbindungen, die Handel und Verkehr zwischen den einzelnen Staaten »unreasonably« beschränken, unter Strafe gestellt. Das Bundesgericht hat nun angenommen, daß weniger die Beschränkung des Handels selbst als die Absicht hierzu strafbar sei. Diese Absicht ist bei der *Standard Oil Company* als gegeben angenommen worden. Das Urteil oder vielmehr seine Begründung hat lauten Protest in den Vereinigten Staaten hervorgerufen. Die Absicht ist natürlich nur sehr schwer nachzuweisen, und es ist auch schon eine Änderung des Gesetzes angeregt worden. Aber bis sie, wenn überhaupt, wirklich erfolgt, wird natürlich längst eine Form gefunden sein, die es den verschiedenen den Trust bildenden Gesellschaften ermöglichen in gesetzlich einwandfreier Weise sich zu betätigen. Die Frist von 6 Monaten, die der *Standard Oil Company* für die Umgestaltung gelassen ist, zeigt auch deutlich, daß das höchste Gericht den Trusts nach Möglichkeit entgegenkommt. Dieser Wille ist noch deutlicher in einem 2., Ende Juni gegen den Tabaktrust gefällten Urteil in die Erscheinung getreten. Auch dieser ist zur Klasse der unbillig den Handel beschränkenden Organisationen gerechnet worden, doch hat das untergeordnete Bundeskreisgericht den Auftrag erhalten zusammen mit den Vertretern des Trust innerhalb 6 eventuell 8 Monaten eine Form aufzufinden, in der der Trust ohne Verstoß gegen das Gesetz fortbestehen kann.

Bei den Trustgesellschaften haben diese Urteile natürlich nicht das geringste Unbehagen hervorgerufen. Im Gegenteil ist ihnen jetzt der drückende Alp der Ungewißheit von der Brust genommen, und sie werden ihr für das Volk schädliches, für die Teilnehmer vorteilhaftes Treiben ungehindert fortsetzen können.

×
Italien: Le-
bensversi-
cherung

Die Erfahrungen, die man mit den Erwerbsgesellschaften, die die Versicherung in ihren vielgestaltigen Formen nach rein privatkapitalistischen Grundsätzen betrei-

ben, gemacht hat, haben in Deutschland eine staatliche Kontrolle dieser Versicherungsträger als angezeigt erscheinen lassen. In dem Gesetz über das private Versicherungswesen und den privaten Versicherungsvertrag sind die Normen, unter denen die Versicherungen abgeschlossen werden können, und die Aufsicht geregelt. Über diesen Schritt, der im Interesse der Versicherungsnehmer und der gesamten Volkswirtschaft getan wurde, will Italien weit hinausgehen. Es will die Lebensversicherung zum Monopol des Staates machen (siehe die Rubrik *Staatssozialismus* in diesem Band, pag. 920 ff.). Die privaten Versicherungsgesellschaften sollen von einem bestimmten Tag an keine neuen Versicherungen mehr annehmen sondern nur noch die schon bestehenden abwickeln dürfen. Auch im Ausland sollen Versicherungen nicht mehr abgeschlossen werden dürfen. Durch dieses Monopol soll eine Geldquelle erschlossen werden, die für die geplante Invaliditäts- und Altersversicherung mit verwertet werden soll, und zwar sind 90 % hierfür bestimmt. Eine Entschädigung an die bisherigen Gesellschaften, denen damit natürlich das Lebenselement unterbunden wird, soll nicht gewährt werden. Von den privaten Gesellschaften, zu denen auch deutsche gehören, ist begreiflicherweise eine lebhaftige Agitation gegen den Gesetzentwurf eingeleitet worden. Die bisherigen Verhandlungen im italienischen Parlament, die noch nicht zum Abschluß gekommen sind, haben in einzelnen Punkten zu einer Abschwächung des Entwurfs geführt, wonach den bestehenden Gesellschaften gewisse Versicherungen auch fernerhin noch gestattet sein sollen.

×
Kohlensyn-
dikat

Über die Situation im Kohlensyndikat sind in letzter Zeit einige bemerkenswerte Tatsachen zu verzeichnen. Die Verhandlungen über die Erneuerung sind bis zum Herbst vertagt. Die Gründe sollen in einem Zwist zu suchen sein, der durch eine Erklärung Thyssens hervorgerufen wurde, wonach von einer Beseitigung des Privilegs der Hüttenzechen im neuen Syndikatsvertrag keine Rede sein könne. Die Hüttenzechen können bekanntlich ohne Anrechnung auf ihre Beteiligung an der Syndikatsförderung für die eigenen Hütten unbeschränkt Kohlen fördern. Fortgesetzt klagen nun die reinen Zechen über immer weitergehende Verschlechterung der Situation zugunsten der Hüttenzechen. Diese Erklärung Thyssens

läßt natürlich eine Einigung ganz unmöglich erscheinen. Auf Beibehaltung des bestehenden Zustands können sich die reinen Zechen nicht einlassen. Das scheinen die anderen Interessengruppen denn auch einzusehen, denn eine vom Syndikat eingesetzte Kommission, der außer Thyssen alle großen Interessenten angehören, soll zu dem Entschluß gekommen sein im neuen Vertrag das Vorrecht der Hüttenzechen zu beseitigen. Eine wesentliche Stütze für die neuen Verhandlungen dürfte in der Erklärung des preußischen Handelsministers vom 20. Mai zu finden sein, wonach der Fiskus prinzipiell geneigt ist sich mit dem rheinisch-westfälischen Kohlenbesitz dem Syndikat anzuschließen, wenn es auf einer Basis geschehen könnte, die dem Fiskus die Wahrung der allgemeinen Interessen gestattet. Eine Definition dieser *allgemeinen Interessen* ist dabei aber nicht gegeben.

×
Zinn

× Auf dem Zinnmarkt haben sich in letzter Zeit infolge spekulativer Machenschaften recht bemerkenswerte Vorgänge abgespielt. Nach ganz exorbitanter Preissteigerung ist ein ebenso erheblicher Preissturz gefolgt. Von über 200 Pfund Sterling war der Preis 1907 auf zirka 115 Pfund Sterling an der Londoner *Metal Exchange* herabgegangen. In den nächsten 3 Jahren stieg er ziemlich gleichmäßig wieder auf 175 Pfund Ende 1910. Bis Ende Januar 1911 schnellte der Preis dann bis auf zeitweilig über 200 Pfund empor, um Anfang Februar wieder auf 170 zu fallen. In den nächsten Monaten traten dann wieder erhebliche Preisschwankungen ein, und Ende Mai überstieg der Preis wieder 200 Pfund. Am 14. Juni stellte er sich dann auf die bisher noch nicht erreichte Höhe von 233 Pfund. Damit war der Zinnpreis mehr als 2mal so hoch wie der für Kupfer. Am 15. Juni stürzte er aber wieder auf unter 200 herab. Anfang Juli schwankte der Preis dann um 195 Pfund Sterling herum.

×
Kurze Chronik Die gespannten und anscheinend sogar zu diplomatischer Aktion führenden Beziehungen des Kalisyndikats zu den amerikanischen Verbrauchern sind jetzt endlich nach langen Verhandlungen geregelt worden. × In der 1. Juniwoche ist der frühere Staatssekretär Dernburg in den Aufsichtsrat der *Deutsch-asiatischen Bank* eingetreten. × Die im

Anfang des Juni und des Juli herausgegebenen Saatenstandsberichte lauten nicht sehr befriedigend. Im allgemeinen waren die Niederschläge zu gering. × Der Anfang Juli bekanntgegebene Monatsbericht des nordamerikanischen Ackerbaubureaus läßt für die Baumwolle einen sehr günstigen Stand erkennen. × Die Auswanderung über Hamburg und Bremen stellte sich in den ersten 5 Monaten dieses Jahres auf 85 879 Personen gegen 148 715 in 1910, hat also immer noch ein erhebliches Manko aufzuweisen. × Nach der *Frankfurter Zeitung* sind aus den noch offenstehenden zirka 39¼ Millionen an das für die früheren Kolonialanleihen in Betracht kommende, unter Führung der *Deutschen Bank* stehende Konsortium 34 Millionen Mark begeben. Mit diesen 34 Millionen stellt sich jetzt die deutsche Kolonialschuld auf insgesamt 131,1 Millionen, davon sind 1908 38,7 Millionen, 1909 26,1, 1910 33,3, 1911 34 Millionen Mark begeben. × Der lange Jahre zwischen der Stadt Berlin und der *Großen Berliner Straßenbahn* geführte Streit ist nunmehr beendet worden. Die Stadt hat auf das ihr zustehende Recht verzichtet die Straßenbahn zum 1. Januar 1920 zu übernehmen. Sie erhält für das Hinausschieben des Zeitpunkts, an dem der Stadt die Übernahme des Bahnkörpers gestattet ist, bis zum 1. Januar 1950, eine Barentschädigung von 23 Millionen Mark. × Anfang Juli soll in Brüssel eine nicht öffentliche Konferenz der hauptsächlichsten Stahlproduzenten aus Deutschland, England, Belgien, Frankreich und den Vereinigten Staaten stattgefunden haben, und ein internationaler Stahlverband gegründet worden sein. × Die *Deutsch-luxemburgische Bergwerks-Gesellschaft* hat sich die Rümelingler und Sankt Ingberter Stahlwerke angegliedert. × Am internationalen Eisenmarkt zeigt sich seit einigen Wochen wieder ein Aufstieg der Preise.

×
Literatur

× Der Geheime Oberfinanzrat Otto Schwarz erörtert in einem ziemlich umfangreichen Buch die *Diskontopolitik* namentlich Deutschlands, Englands und Frankreichs. (Leipzig, Duncker & Humblot). Die allgemeinen Darlegungen bieten für den, der sich über die Begriffe des *Diskonts* und der *Diskontpolitik* unterrichten will, eine sehr verständlich geschriebene Einführung. Manche seiner Meinungen wird sicher Anfechtungen er-

fahren, insbesondere die mir sympathisch erscheinende Ansicht, daß es auch Aufgabe der Hüter der einheimischen Währung sein muß gegebenenfalls und unter bestimmten Voraussetzungen im Interesse der einheimischen Volkswirtschaft die Hingabe von Geld an das Ausland zu verhindern. Auch die Auffassung, daß Reichsregierung und Reichsbank gut daran tun würden auch einmal gegenüber den Großbanken kontrollierenden Einfluß geltend zu machen, wird Gegner finden. Schwarz schließt mit der Hoffnung, daß die partielle Interessengemeinschaft, die er in der gegenseitigen Unterstützung der großen Zentralbanken der verschiedenen Länder sieht, auch die Wege finden werde, um zu verhüten, daß die sich in längeren Perioden schließlich doch ausgleichenden Geldansprüche des In- und Auslands zur Quelle einer so starken Hin- und Herschiebung des Goldes, mit ihrer fortwährenden Beunruhigung und Benachteiligung des einheimischen legitimen soliden Geschäfts werde.

Geistige Bewegung / Wilhelm Hausensteln

Sport und Kultur Gelegentlich der Erstellung eines Sportsklubhauses durch die Kaffeehag auf der Dresdener internationalen Hygieneausstellung ergreift Alfred Walter Heymel das Wort zu einer kurzen Erörterung des Problems *Über die Förderung des Sports durch Klubhäuser*.

Es gibt einen sportiven Snobismus, einen gewissen banausischen Körperkulturfanatismus, der den Kulturwert des Sportlichen herabdrückt, indem er sich mit einer brutalen oder preziösen Ausschließlichkeit der animalischen Leistung zuwendet und die Bedeutung des Sportlichen für das geistige Leben in grotesken oder sublim pointierten Vergrößerungen intellektueller, ethischer, ästhetischer Funktionen darbietet. Der Alpinismus ist bei etlichen Kletternsrebs oder Skisrebs Flirt mit der Idee des animalischen Kunstwerks, bei etlichen Athleten, die finster einherkommen und die Bauernbundspeife rauchen, der rohosteile Ehrgeiz nach der rauen Ursprünglichkeit des hinterwäldlerischen Holzknechts. Es ist der Vorzug des Heymelsehen Aufsatzes, daß er den Wert des Sportlichen für das Lebensgefühl auf der Linie einer feinen Neutralität findet. Ich möchte sagen, daß diese Auffassung des Sportlichen von einem humanistischen Geist getragen ist. Sie strebt die Schönheit im Sportlichen an, doch ohne

jenen Ästhetizismus zu dulden, der im Grund doch immer mattblütig ist und darum das Gegenteil kultivierter Körperlichkeit bedeutet; sie fordert die sinnliche Kraftentfaltung, doch ohne klobigem Spartanismus Platz zu lassen; und sie propagiert im tiefsten Grund Ethos: jenes politische Ethos, das hinter der Schönheit antiker Gymnasien, antiker Sportskollektivitäten verborgen war. Heymels Auffassung des Sportlichen ist der Begriff des *Gentlemanliken* in der vollkommensten Wortbedeutung. Ich stehe nicht an sie mit jener antiken Auffassung zu vergleichen, die an Platon nicht nur Sinn und Schönheit seiner Philosophie sondern auch die männliche Breite seiner körperlichen Erscheinung bewunderte und es rühmte, daß Aischylos in der Schlacht von Marathon als Hoplit mitkämpfte, Sophokles unter den Epheben bei der Siegesfeier tanzte. Sollen wir so feierlich sein uns daran zu stoßen, daß die Gesellschaft, die das Klubhausmodell erstellen ließ, koffeinfreien Kaffee verkauft? Ich glaube nicht. Wir haben uns ganz und gar ohne Romantik mit unserer Wirklichkeit zu beschäftigen und werden, wenn wir unsere Wirklichkeit aus ihr selber heraus entwickeln, antik sein können, ohne klassizistischer Posen zu bedürfen. Wir dürfen die Ausdrücke *Stadion, Palästra, Gymnasion, olympisches Spiel* etc. getrost vermeiden und mögen ruhig *Klubhaus* sagen, da wir nun einmal im Jahr 1911 und nördlich leben. Aus der modernen Zivilisation erwachsen uns für Kulturbedürfnisse, die auch in der Antike erlebt wurden, besondere geschichtliche Neuformen: Sportplätze, Klubhäuser. Gerade in der reinen Betonung des zeitgenössischen Charakters unseres Sports liegt ein Verdienst der Heymelschen Arbeit. Dies Verdienst zeigt Perspektiven. Sportplatz und Klubhaus sind Möglichkeiten eines mit, ich möchte sagen: technischer Sachlichkeit empfundenen Bewegungsstils und Raumstils. Der Begriff *technisch* ist hier der Inbegriff aller modernen, aktuellen Lebenszweckmäßigkeiten. Wir wissen gar nicht, wie läßlich wir unsern Körper etwa im Gehen verwenden, wie ganz nach abgelebten Bewegungskonventionen. In der Sphäre des Sportlichen liegt, wenn sie ohne jede Spur von Snobismus gepflegt wird, auch ein Weg zur Originalität des kommenden Zeitstils. Diese Originalität wäre aber nicht etwa nur eine Originalität der sportlichen Architektur und ihrer Zweckmäßigkeiten, also des Klubhauses,

sondern — von hier aus — auch eine Originalität künftiger Geselligkeit. Es ist akademischer Aberwitz Geselligkeit rein auf spirituelle Konversation, auf puren geistigen Kontakt zu gründen. Geselligkeit bedarf dringend einer durchgebildeten Konvention des sinnlichen Umgangs. Wir haben den Tanz — nach dem Essen: einen flauen Rest der Dixhuitième-kultur, des glänzenden feudalen Animalismus. Der Sport gibt Gelegenheit die Geselligkeit um zahlreiche sinnliche Kernzüge und Nuancen zu bereichern und auch das Erotische — das im geselligen Verkehr die allerunbezwifelbarste Berechtigung hat — mit einer neuen, noblen, gymnastischen Fülle auszustatten.

Die in gepflegten Sportplätzen und Klubhäusern zentralisierte Geselligkeit enthält auch ein sozialpädagogisches Motiv. Um dieses Motivs willen betont Heymel die Notwendigkeit des Gruppenspiels, empfiehlt er die Ausschaltung des Individualrekords. Seien wir nicht sentimental: Das Individuum hat in sich selber vielleicht gar keinen Maßstab des Anstands. Aber in der Projektion, im Zusammenspiel mit anderen entwickelt es den Begriff des *fair play*, und damit entwickelt es die eminente soziale Tugend der Noblesse in allem Polemischen: einen wirklich zivilisierten Kampfstil, von dem zum Beispiel die deutsche Parteienpolitik und Pressekonterverse noch sehr wenig Ahnung hat. Das *Gentlemanlike* oder, wenn man will, das Ideal des *καλὸς κἀγαθὸς* entwickelt sich am ehesten innerhalb der geselligen Konventionen, die körperlicher Wettstreit in kultiviertem Spiel mit sich bringt. Die Polemik des reinen Geistes ist giftig wie dieser Geist selber: der Geist, der nicht gewohnt ist sich in durchgebildeten sinnlichen Funktionen gesellig zu verwenden, der Geist der Hysterie und der Magenleiden.

Berührt sich die ganze Problematik irgendwie mit den sozialen Hauptfragen dieser Zeit? Sicher. Man wird zum Beispiel keinen der großen sozialistischen Utopisten studieren, ohne genial tastende Hinweise auf eine animalisierte Gesellschaft der Zukunft zu finden. Man denke an Fourriers grandiose Sinnlichkeit, die der geistigen Arbeit empfiehlt sich durch körperliche abzulösen und dieser körperlichen Arbeit der Serienkollektivitäten die heitere Leichtigkeit sportlichen Spiels verleiht. Wir berühren hier eine Grundfrage zukünftiger Lebensgestaltung: das Problem der Kombination

geistiger und körperlich-materialisierter Funktionen des Kulturmenschen. Aber wir haben an dem Problem *Sport und Kultur* auch direktere Interessen. Heymel teilt mit, daß das in Dresden ausgestellte Klubhaus, das von den Bremer Architekten Runge und Scotland entworfen ist, sich für etwa 10000 Mark erbauen läßt. Alpine Arbeitervereine haben Beispiele bedeutender materieller Leistungen aufgebracht, als sie alpine Hütten erbauten. Es wäre eine sozialpädagogische, kunstpädagogische, kulturpädagogische Tat, wenn die sozialistische Bewegung ihren Arbeitersportvereinen und zumal den Jugendorganisationen die Möglichkeit sportlicher Geselligkeit in Räumen entwickelte, wie sie sich im Dresdener Klubhaus der *Kaffeehag* darstellen. Die Veredelung des Milieus — der baukünstlerisch-kunstgewerblichen Einfassung — veredelt die sportive Aktion nach allen Seiten.

×
Sonderklassen für Begabte [In den *Neuen Jahrbüchern für Pädagogik* /Leipzig, Teubner/ behandelt Joseph

Petzoldt in einer pädagogisch und psychologisch sehr gut durchdachten Abhandlung die *Einwände gegen Sonder-schulen für hervorragend Befähigte*. Petzoldt fordert für diejenigen Schüler, »die im gewöhnlichen Schulalter in Klassen von etwa 20 Schülern unter tüchtigen Lehrern bei täglich 4 wissenschaftlichen Stunden und nicht mehr als 2- bis 3stündiger häuslicher Arbeit ohne jede Überanstrengung, also mit geringerer Mühe als der schlechtere Durchschnitt der großen Mehrzahl der Schüler unserer heutigen höheren Schulen, 2 der in den Lehrplänen dieser Schulen vorgeschriebenen Jahrespensen in 1 Jahr erledigen können«, einen abgesonderten Unterricht und schätzt, »daß etwa 10 % aller Schüler dieser Bedingung entsprechen würden«. Er begründet die Forderung mit der unbezweifelbaren Tatsache, daß »die hervorragend Befähigten in unseren Schulen dauernd weit unter der normalen Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt sind«, und daß heute »der Hauptfehler bestehen bleibt die Begabten täglich 5 Stunden lang zu dem langsamen Schritt der gerade noch Mitzunehmenden des schwachen Durchschnitts zu zwingen«. Es ist geradezu grotesk, daß es Pädagogen gibt, die diesen Tatbestand fortbekamotieren wollen und behaupten, daß den Befähigten in den bestehenden Schulen »ihr volles Recht« werde. Ein Argu-

ment der Widersacher der Sonderschulen für Begabte weissagt einen intellektuellen und moralischen Dünkel der Ausgewählten. Sehr gut weist Petzoldt darauf hin, daß unsere Pädagogik bisher nicht darauf verzichtete Volksschulen und gelehrte Schulen einzurichten, und daß diese Differenzierung der Erziehung viel stärker trennend wirkt als je die Differenzierung nach Begabten und Unbegabteren auf dem nämlichen Boden — etwa dem des Gymnasiums — wirken könnte. Petzoldt hat allerdings das grundlegende Argument nicht formuliert: daß nämlich pädagogische Differenzierung nur da schädigend wirken kann, wo sie aus sozialökonomischen Klassenunterschieden hervorgeht (wie bei dem Gegensatz zwischen Volksschule und gelehrter Schule), und daß es Unsinn ist da Spannungen zu befürchten, wo die pädagogische Differenzierung rein auf geistige Faktoren, auf Unterschiede der intellektuellen oder ästhetischen Veranlagung, gegründet wird. Bei der Gelegenheit: Der Sozialismus muß Wert darauf legen zu betonen, daß dies so ist; es handelt sich für ihn nicht um die Abschleifung der Differenziertheit des idealen Reichtums der Menschheit sondern um sozialökonomische Ausgleichungen. Petzoldt weist dann sehr richtig darauf hin, daß eine wirklich durchgebildete Veranlagung am allerwenigsten zu Hochmut neigt. Die Gegner der Sache mobilisieren auch hygienische Bedenken. Hier erwidert Petzoldt, daß sein Plan 4 wissenschaftliche und 2 Turnstunden für den Tag ansetzt, wo die Normal-schule 5 oder 6 wissenschaftliche Stunden und $\frac{1}{2}$ oder $\frac{1}{3}$ Turnstunde pro Tag einsetzt. In diesem Zusammenhang verweist Petzoldt sehr gut auf den Unterschied zwischen physiologischer und pathologischer Veränderung der Organe. Eine den Anlagen widersprechende Beschäftigung — bestehe der Widerspruch nun in einem Zuviel oder in einem Zuwenig — kann pathologische Veränderungen der Organe nach sich ziehen, während eine straffe — doch sachliche — Training durch neigungsmäßige Arbeit den Organen eine gesunde Steigerung vermittelt. Das trifft nicht nur für die physischen sondern auch für die geistigen und sittlichen Organe zu. Zur Beobachtung der psychophysiologischen Probleme fordert Petzoldt für die Sonderschule — und wohl nicht nur für sie? — einen ständigen Nervendiätetiker, der im Lehrerkolleg Sitz und Stimme haben und den Unterricht als Arzt ver-

folgen soll. Zur Frage der Auswahltechnik äußert sich Petzoldt folgendermaßen: »Die Lehrer etwa der Quarta der einzelnen Anstalten einer großen Stadt sind . . . vollständig in der Lage am Schluß des Schuljahrs für eine Sonderschule geeignete Schüler zu benennen. Wenn wir durch eine sorgfältige Prüfung — die natürlich das Können, die Herrschaft über den Stoff, nicht das bloße positive Wissen an erster Stelle zu untersuchen hätte — unter diesen wieder die 20 besten aussuchen, so kann dieser Methode, wenn man gerecht urteilt, nicht Leichtfertigkeit und Unreife zum Vorwurf gemacht werden. . . . Es müssen Systeme von körperlichen und geistigen Betätigungen für die verschiedenen Altersstufen aufgestellt werden, Betätigungen, an deren Ausübung die Anlage erkannt werden kann. Diese sind dann mit den Schülern (und Schülerinnen) aller Arten von Schulen alljährlich durchzumachen und die Ergebnisse in einen Personalbogen einzutragen. Alle zweifelhaften Fälle werden durch eine besondere Instanz nachgeprüft.« Im übrigen ist Petzoldt — hinsichtlich der gelehrten Schulen, mit denen sich sein Aufsatz befaßt — gar nicht auf die Quarta eingeschworen; er würde auch später beginnen, doch hält er die Quarta »zu einem ausgiebigen Versuch für am besten geeignet«. Als Ort der Sonderschule scheint ihm zunächst — aus äußeren Gründen — nur die große Stadt möglich; das sachlich Wünschenswerte ist ihm das Internat im Sinn der Wickersdorfer Schulgemeinde oder der Land-erziehungsheime.

Ein leicht verblüffendes Argument der Gegner ist dies, daß durch Ausscheidung der Begabtesten den Schulen das fort-reißende Element entzogen würde. Sehr richtig erwidert Petzoldt, daß von einem Fortreißen in den jetzigen Schulen nur sehr wenig die Rede ist, daß vielmehr, wenn der Lehrer sich mit den Fortgeschrittenen beschäftigt, das Gros einfach unbeteiligt bleibt. Begabte und Unbegabte sind eben bis zu einem gewissen Grad inkommensurable Kategorien. Gleich und gleich gesellt sich gern; auch innerhalb der Reihen der Zurückbleibenden würden sich relative Vorzugsnaturen finden. Und es handelt sich just darum die Schuleinheiten jeweils durch die spezifischen, ihnen gerade adäquaten Vorzugsnaturen zu beleben. Auch davon kann nach Petzoldt nicht die Rede sein, daß sich die tüchtigen Lehrer den Klassen der Schwächeren nach Möglichkeit

entziehen würden: Je tüchtiger der Pädagoge ist, desto mehr wird er die Pädagogik als eine formale Funktion, als eine bildende Kunst auffassen, und so wird ihm auch das Problem der schwächeren Klassen fesselnd sein. Wie ist es im übrigen heute? Petzoldt schreibt treffend, »daß sich der Lehrer am meisten mit denjenigen Schülern beschäftigen muß, die er gerade noch zur Versetzung zu bringen hoffen kann, also mit den untersten der mittlern Schicht, in zweiter Linie wird er seine Aufmerksamkeit den übrigen dieser Schicht zuwenden, danach der so gut wie aussichtslosen Unterschicht, und erst zuletzt wird er hier und da ein paar Minuten für die Gutbegabten erübrigen«.

Ein wichtiges Problem scheint mir in dieser gediegenen Abhandlung vernachlässigt. Petzoldt ist — und wohl mit Grund — der Meinung, daß die Frage der ausnehmend spezifischen (auffallend einseitigen) Begabungen nicht genügend diskutiert sei. Aber fehlt es hier an Untersuchungen, dann ist es höchste Zeit, daß gerade sie nachgeholt werden, sofern man das Feld der Sonderschule überhaupt betritt. Wenn der Gedanke der Sonderschule überhaupt noch etwas Odiöses hat, so ist die Gruppierung der Schüler nach Fachbegabungen — nicht nach universeller Höherbegabung — das sicherste Mittel dagegen. Die Frage der Gabelung ist von der Frage der Sonderschule kaum zu trennen; es wird notwendig sein, daß man diese Fragen mit einander kompliziert. Um so mehr, als die Scheidung nach spezifischen Sonderbegabungen — eine Scheidung, auf die auch Petzoldt konsequenterweise hinausmüssen wird — den sachlichsten Einteilungsgrund bietet, den man sich denken kann. Übrigens ist die ganze Frage so gut wie fürs Gymnasium auch für die Volksschule diskutabel.

× **Berlin: Arbeiterbildung** In einem dokumentierten Buch *Arbeiterbildungswesen in Wien und Berlin* /Karlsruhe, Braun/ liefert Dr. Hertha Siemering ein fleißig eingeholtes Material, das man gern und mit Dank benutzen wird, wenn man auch keinen Anlaß findet Perspektiven zu bewundern oder gewisse *suffisante Töne* — etwa Scherze wie das *Aperçu* von den »sozialistisch angekränkelten« Dichtern und Schriftstellern der neunziger Jahre — bedeutend zu nennen. Unlängst wurde in dieser Rundschau (1910, 3. Band pag. 1654 ff.) nach dem gediegenen Buch Sterns über das Wie-

ner Arbeiterbildungswesen berichtet. Wir können uns auf sachliche Mitteilungen beschränken, die Fräulein Siemering über Berliner Verhältnisse macht. Der *Verein für volkstümliche Kurse von Berliner Hochschullehrern*, eine rein private Organisation, besteht aus Mitgliedern und Protektoren. Mitglieder zahlen einen Jahresbeitrag von mindestens 5 Mark. Protektoren verpflichten sich zu einem Jahresminimum von 100 Mark oder zu einer einmaligen Zuwendung von 2000 Mark. Die Mitgliedschaft ist auf Berliner und Charlottenburger Hochschullehrer beschränkt, »von denen angenommen wird, daß sie außerhalb des politischen Kampfes stehens«. Der finanzielle Hauptaufwand wird durch Kursgelder bestritten, die pro Kurs und Arbeiter 60 Pfennig betragen. An den 8954 Mark Einnahmen des Berichtsjahrs 1908-1909 ist der Posten *Beiträge von Mitgliedern und Protektoren* nur mit 1778 Mark beteiligt. Die korrespondierende Summe ist für Wien 8026 Mark. Die Stadt Berlin gewährt 1000 Mark, die Stadt Charlottenburg 200 Mark jährlicher Subvention. Die Ausgaben waren im Berichtsjahr 1908-1909 9525 Mark, von denen nicht ganz die Hälfte auf Dozentenhonoreare entfiel. Das korrespondierende Wiener Budget war 36907 Kronen. Der Sachverhalt ist für die Reichshauptstadt um so ungünstiger, als sie keine dem Wiener *Volksheim* oder dem Wiener *Volksbildungshaus* gleichwertigen Institute besitzt. Die Hörerzahl war im Berliner Volkhochochschuljahrgang 1908-1909 8986, die durchschnittliche Kursfrequenz 309,8. Es wurden im ganzen 29 Kurse abgehalten, unter denen die literatur- und kunstgeschichtlichen am stärksten, die juristischen am schwächsten besucht waren. Die naturwissenschaftlich-technischen und die medizinischen hielten die Mitte. Der Kurs umfaßte in der Regel 6 Vorträge; seit 1904-1905 sind Kursringe (Zyklen) eingeführt. Als Vortragssäle dienen Schulzimmer und Hörsäle. Die Lehrmethode ist der akademische Vortrag; praktische Übungen wurden in irgend nennenswertem Maß nicht abgehalten. Als Ergänzungsinstitute kamen die *Freie Hochschule* und die *Humboldtakademie* für den Arbeiter nicht wesentlich in Betracht. Man vergleiche hier auch den von Max Apel verfaßten interessanten Bericht über die *Freie Hochschule und ihre Hörer* /Berlin, Amelang/. Dort figuriert die Arbeiterschaft nach einer allerdings nur sehr partiell beantworteten Rundfrage vom Herbstquartal 1909 mit

82 Personen nach 88 staatlichen und kommunalen Beamten und nach 279 kaufmännischen Angestellten; es antworteten auf die Rundfragen 226 Volksschulabsolventen und 492 Absolventen höherer Schulen. Die Finanzierung der freien Hochschule geschieht in der Hauptsache durch Hörgelder: 90% der Einnahmen sind Kursgelder. Die absoluten Zahlen sind von Fräulein Siemering nicht ermittelt. Der Kursbeitrag für den in der Regel 10stündigen Kurs beträgt 4 Mark, für Gewerkschaftsmitglieder 3 Mark. Im Winter 1908-1909 veranstaltete die *Freie Hochschule* 91 Vortragsreihen; es beteiligten sich 7597 Hörer. Von diesen Hörern gehörten 606 dem Arbeiterstand an. Unter den Kursen der *Freien Hochschule* pflegen die literarischen, ästhetischen und philosophischen zu überwiegen. Die Lokale sind städtische Schulzimmer; die Stadt Berlin, die dem Verein übrigens eine Subvention von 1500 Mark gewährt, bezieht keine Lokalmiete. In der *Humboldtakademie* stellte die Arbeiterschaft im Winter 1895-1896 2,5 % der Hörer; neuere Daten waren von Fräulein Siemering nicht zu ermitteln. Der Kursbeitrag betrug ermäßigt noch 3,50 Mark. Für das Herbstquartal 1909 waren 174 Vortragsreihen und Übungskurse angekündigt. So wie diese beiden Hochschulen von Arbeitern nur schwach frequentiert werden, ist auch insbesondere der fremdsprachliche Unterricht dieser Anstalten den Arbeitern — wohl nicht zuletzt aus materiellen Gründen — fremd geblieben. Es fehlt daher für den wichtigen fremdsprachlichen Volksunterricht, den in Wien namentlich das *Volksbildungshaus* mit großer Intensität betreibt, in Berlin die Analogie.

Von den studentischen Kursen war an dieser Stelle unlängst die Rede (siehe diese Rundschau, 1911, 1. Band, pag. 590 ff.); wir können dies Kapitel überschlagen, um uns dem Bibliothekswesen zuzuwenden. Berlin besitzt 28 städtische Volksbibliotheken, 14 davon haben einen Lesesaal. Am 1. April 1909 hatten alle diese Institute zusammen einen Bestand von 193 366 Bänden. Den stärksten Anteil hatte eine Bibliothek mit 11 842, den schwächsten eine mit 3750 Bänden. Insgesamt wurden im Jahr 1908 1 562 621 Entleihungen erzielt. Die 14 Leseshallen wurden im Jahr 1908 von insgesamt 163 944 Personen besucht. Die 1907 »der Berliner Bürgerschaft zur Erweiterung der Bildung« geöffnete Stadtbibliothek ist insofern die Zentrale der Volksbibliotheken als sie

aus ihrem Bestand von 102 293 Bänden — dies die Ziffer vom April 1909 — auch durch die Vermittlung der Volksbibliotheken Werke ausgibt. Nach der Berufsstatistik der Stadtbibliothek waren unter den 3367 Entleihern im Jahr 1908 15 % Schüler und kaufmännische Lehrlinge oder Gehilfen, 3,6 % Handwerker und Arbeiter. Die eigentliche Bibliothek der Berliner Arbeiter ist die vortreffliche Bibliothek des Genossen Hugo Heilmann, von der in dieser Rundschau (1911, 1. Band, pag. 70 ff.) neulich wieder berichtet wurde. Über die Etats der städtischen Bibliotheken erfährt man in dem Buch Fräulein Siemering's, daß die Gesamtausgabe der Stadtbibliotheken und der Volksbibliotheken im Jahr 1908 224 555 Mark gewesen ist. Einen kleinen Teil dieser Ausgaben konnte man mit den Gebühren für die Leihzettel decken, die im Effekt mit dem Wiener Leihheller zu korrespondieren scheinen. Die von den Arbeitern ziemlich stark benutzte Bibliothek der *Gesellschaft für ethische Kultur* hatte 1908 rund 8200 Bände. Ihr Etat ist fast zur Hälfte mit einem kommunalen Zuschuß von 4000 Mark gedeckt. Die Charlottenburger Stadtbibliothek endlich, die 1908 mit einem Einnahmetat von zirka 60 000 Mark arbeitete und Ende März 1909 über 35 910 Bände verfügte, wird von Arbeitern nicht eben stark benutzt. Dagegen weisen die Berliner Museumsführungen für Arbeiter eine sehr lebhafteste Teilnahme auf. Es sei hier schließlich noch der Volksbühnen gedacht. Im Winter 1910-1911 hatte die *Freie Volksbühne* zirka 17 500 Mitglieder, veranstaltete 185 Vorstellungen und hatte einen Ausgabenetat von 178 000 Mark. Die Zahlen für die *Neue freie Volksbühne* sind noch größer, doch liegt das zum Teil an ihrer andern, weniger straffen Organisation, die eine größere Fluktuation ermöglicht. Auf die Bildungsarbeit der Gewerkschaften, der sozialdemokratischen *Arbeiterbildungsschule* und der Parteischule soll diesmal nicht eingegangen werden. Es sei nur mitgeteilt, daß die *Arbeiterbildungsschule* 1908-1909 in 3 Quartalen für 22 Kurse 2285 Karten ausgab, und daß etwa 78 % der Eingetragenen die Kurse besuchten. Für die Parteischule hat die Parteikasse (Zentralkasse) im Berichtsjahr 1908-1909 38 925 Mark aufgewandt.

X
Kurze Chronik Das australische Parlament hat ein Gesetz angenommen, wonach in Brisbane im Staat Queensland die Gründung

einer Volksuniversität erfolgen soll. Für 7 Jahre ist eine staatliche Subvention von jährlich 200 000 Mark bewilligt. X
Die deutsche *Gesellschaft für Volksbildung* hatte am Ende des Berichtsjahrs 1910 einen Mitgliederstand von 7525 Korporationen und 5599 Personen und hatte einen Ausgabenetat von 483 372 Mark. Im laufenden Jahr werden die Ausgaben annähernd eine halbe Million erreichen.

WISSENSCHAFT

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Deutsche Gesellschaft für Soziologie Im Oktober des Vorjahrs hielt die 1909 gegründete *Deutsche Gesellschaft für Soziologie* in Frankfurt ihren 1. Kongreß ab. Ein in vieler Hinsicht sehr interessanter Bericht ist unter dem Titel *Verhandlungen des 1. deutschen Soziologentags* jetzt erschienen (Tübingen, Mohr/. Die Aufgaben der Gesellschaft sind rein wissenschaftlicher Art. Kein soziologisch bedeutsames Thema soll ausgeschlossen sein, wohl aber jede Propaganda, jedes sich auf ethische Werturteile gründende Rasonnement. Parteien und Parteimeinungen sollen nur als kausal im gesellschaftlichen Leben entstandene, selbst wieder kausal weitere Wirkungen auslösende Faktoren, nicht aber unter dem Gesichtspunkt, ob sie Recht, ob Unrecht haben, zur Debatte stehen. Daß dieser in die Statuten aufgenommene Beschluß mit einem akademischen Historismus, der allen Gegenwartsfragen in weitem Bogen aus dem Weg geht, nichts zu tun hat, zeigte sich genugsam wie in den Debatten so auch in dem sehr aktuellen Charakter des vom Verein in Aussicht genommenen Arbeitsprogramms, über das Professor Weber im Geschäftsbericht referierte. Eine äußerst umfangreiche Enquete über Art und Wesen, Macht und Einfluß, ökonomische Fundamentierung und Beziehungen der modernen, für die Signatur unserer sozialen Zustände so bezeichnenden Journalistik ist geplant, wofür die pekuniären Mittel durch private Sammlungen nahezu aufgebracht sind. Eine ebenso eingehende Untersuchung über die verschiedenen Typen des modernen Vereinslebens, eventuell eine Statistik über die soziale Provenienz der in den sogenannten führenden Berufen als Wissenschaftler, Künstler, Beamten, Unternehmer usw. tätigen Personen soll dann später folgen.

Von der überreichen Fülle der Fragen,

die auf dem Kongreß zur Diskussion gelangten, gibt schon die bloße Totalaufzählung der Referate eine annähernde Vorstellung: *Soziologie der Geselligkeit* von Professor Dr. Simmel (Begrüßung), *Wege und Ziele der Soziologie* von Professor Dr. Tönnies, *Technik und Kultur* von Professor Dr. Sombart, *Die Begriffe Rasse und Gesellschaft und einige damit zusammenhängende Probleme* von Dr. Plötz, *Das stoisch-christliche Naturrecht und das moderne profane Naturrecht* von Professor Dr. Troeltsch, *Soziologie der Panik* von Professor Dr. Gothein, *Wirtschaft und Recht* von Professor Dr. Voigt, *Rechtswissenschaft und Soziologie* von Dr. Kantorowicz. Auf einige besonders wichtige und charakteristische Momente sei in dem folgenden noch etwas näher berichtend eingegangen.

X *Aufgaben der Soziologie* Der Eröffnungsvortrag X
Professors Tönnies hob

im Gegensatz zu dem einseitigen Empirismus, der aus lauter Freude an den Einzelfakten die Hauptsache: die denkende, in Begriffe und allgemeine Zusammenhänge einordnende Verarbeitung vergißt, die Beziehungen der Gesellschaftswissenschaft zu philosophischen Disziplinen mit starker Betonung hervor. Die Entwicklung der Soziologie sei eng mit der Geschichte der Rechtsphilosophie, der allgemeinen Staatslehre und der als Zweig von dieser sich ablösenden Nationalökonomie verflochten. Von ihr gelte, wie von den sozialen Wissenschaften überhaupt, daß sie sich um so kräftiger entfaltet, je mehr sie sich von allen Einflüssen der Willenstendenzen, der praktischen Interessen befreit, »die Erkenntnis der Begriffe, ihrer Zusammenhänge und Konsequenzen sowie Erkenntnis der Tatsachen, ihrer Ursachen und ihrer Wirkungen« zum Selbstzweck erhebt und den Praktikern überläßt, »ob sie und welchen Gebrauch sie von den Erträgen des reinen Denkens und Forschens machen wollen«. Zergliederung des sozial Gewordenen, speziell die Untersuchung der Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen sozialen Lebenssphären und der darin verborgenen Gesetzmäßigkeiten sei das mit allen Mitteln der Beschreibung, der sichtenden Vergleichung und versuchsweise vorgenommener Deduktionen anzustrebende Ziel der Gesellschaftswissenschaft, die in der theoretischen Nationalökonomie ihren bisher ausgebildetsten Zweig besitze.

X

Technik und Kultur

Die Beziehungen zwischen Kultur und Technik erörterte S o m b a r t. Er illustrierte an einer Reihe aus den verschiedensten Gebieten gewählter Beispiele, daß alle Seiten des Kulturlebens, die geistigsten, Wissenschaft und Kunst mit einbegriffen, zugleich auch immer durch einen gewissen Entwicklungsgrad der Technik, schließlich der ökonomisch primären Technik, mit bedingt seien, an dieser Technik nicht die, wohl aber eine der Voraussetzungen ihrer Existenz haben. Die materialistische Geschichtsauffassung von Karl Marx läuft nach seiner Ansicht auf eine einseitig verabsolutierende Formulierung dieses von hundert anderen Zusammenhängen gekreuzten Zusammenhangs hinaus, indem sie die Wirtschaftsform als durch die Produktionsbedingungen, also wesentlich durch den jeweiligen Stand des technischen Produktionsverfahrens in ihrer Eigenart bestimmt, alle anderen sozialen Lebensäußerungen aber als durch diese technisch bestimmte Wirtschaftsform in ihrer Eigenart bestimmte Äußerungen betrachtet. Eine Simplifizierung, die mit der durchgehenden Wechselbedingtheit aller sozialen Sphären, in denen die menschliche Natur sich zwecksetzend und handelnd auswirkt, unvereinbar sei.

Die anschließende Diskussion, in die unter anderen Staudinger, Schulze-Gävernitz, Max Weber, Quarck und Rob. Michels eingriffen, drehte sich in erster Reihe um Fragen der materialistischen Geschichtsauffassung, gegen deren rein technologische Interpretation verschiedentlich Protest erhoben wurde. Marx habe, führte Quarck aus, mit dem gleichen Nachdruck, mit dem er den Einfluß der Technik, der Produktionsmittelentwicklung betone, die Eigentumsverteilung, also die Wirtschaftsform und ihre Klassengegensätze als ein die technische Entwicklung aktiv mitbestimmendes Moment hervorgehoben und denke nicht daran dem Rhythmus allgemeiner Wechselbedingtheit die These einer nur einseitigen Abhängigkeitsreihe entgegenzustellen. Gewiß, Marx kann das nicht gewollt haben. Wie ließen sich, um nur ein einfachstes Beispiel anzuführen, etwa die Produktionsverhältnisse primitiver Stämme als bloße Anpassungserscheinungen an die gegebenen »materiellen Produktivkräfte« verstehen, wenn man dabei von der Ordnung der sexuellen und Fortpflanzungsbeziehungen, die doch unmöglich selbst auf eine

bloße Anpassung an die einmal gegebenen materiellen Produktivkräfte reduziert werden kann, absehen wollte. Aber S o m b a r t konnte in seinem Schlußwort nicht mit Unrecht mit der Frage antworten: was denn — wenn man jene durchgängige Wechselbedingtheit anerkennt, für die es gar keine letzte, nicht mehr anderweitig bedingte sondern bloß bedingende Instanz gibt — von der apodiktischen Grundformel, daß die Produktionsweise des materiellen Lebens den sozialen politischen und geistigen Lebensprozeß bedingt, übrigbleibt. Seitdem Engels versucht habe die Wechselwirkung als Hilfskategorie in den Rahmen des historischen Materialismus einzufügen, sei die frühere scheinbare Geschlossenheit dieser Theorie durchbrochen worden, seien alle scharfen Scheidelinien verwischt. Niemand könne mehr in präziser Weise sagen; was sie eigentlich ist. »Daran arbeiten wir, darunter leiden wir ja, daß Marx alles gesagt hat, was wir auch sagen können, und es doch nicht gesagt hat, und ein großer Teil unserer ganzen Arbeit besteht darin hier Fundamente zu schaffen, wie zum Beispiel die möglichst richtige Konstruktion der materialistischen Geschichtsauffassung.«

In der Tat ist damit eine Hauptaufgabe, ja die wesentlichste, die eine philosophisch interessierte auf wirkliches Begreifen wollen eingestellte Soziologie sich zu setzen haben wird, bezeichnet. Historische Untersuchungen, durch die nach der Ansicht mancher Marxisten die Richtigkeit der materialistischen Geschichtsauffassung endgültig zu erweisen sein soll, können, solange eine scharfe Begriffsbestimmung der spezifischen Momente fehlt, durch die diese Geschichtsauffassung über jene zum Gemeingut gewordene Vorstellung einer allgemeinen sozialen Wechselwirkung hinausgeht, selbstverständlich den Beweis nicht führen. Worauf es theoretisch ankommt, und wozu dann natürlich auch derartige historische Untersuchungen Fingerzeige geben können, ist die Frage, wie die im Vorwort zur *Kritik der politischen Ökonomie* noch unvollkommene, weil in ihrer apodiktischen Ausdrucksweise anfechtbare Formulierung der spezifischen Rolle, die die Ökonomie im Rahmen des Gesamtprozesses spielt, zu einer eindeutigen Bestimmtheit herausgearbeitet werden kann.

× **Naturrecht** Der Höhepunkt der Tagung lag in der, weitverschlungene Komplexe historischer Ideenbildung glänzend und in

strakten Argumente aus der Philosophensprache ins Biblisch-Religiöse. Die Würde und Notwendigkeit und das Recht des relativen Naturgesetzes werden nun aus der Verderbnis hergeleitet, die der Sündenfall im Paradies heraufbeschwor. »Aus dem Verbrechen Kains entsprang die Rechts- und Vergeltungsordnung. Die Staatsröndung Nimrods war der Anfang von Recht, Macht und Gewalt der Fürsten. . . Der Frevel Chams begründete die Sklaverei usw.« Zur Regelung und Disziplinierung, zur Bestrafung und zur Bekämpfung der Sünde hat Gott all die verschiedenen Gewaltinstitutionen entstehen lassen und fordert für sie Gehorsam. Nur wenige Berufene, Auserwählte wären fähig in dieser Welt der Sünde dem Gesetz der Liebe und Entsagung, wie Jesus es verkündete, vollkommen nachzuleben.

So entstanden, bot der Begriff eines christlichen Naturrechts sehr verschiedenen Entwicklungstendenzen Raum. Er ließ sich in quietistischem Sinn zur »Verherrlichung der Autorität, der demütigen Unterwerfung unter die Gewalt, der nur durch Patriarchalismus gemilderten Unterordnung unter die herrschenden Mächte auf dem Gebiet des Staates, der Familie, der Vasallität, der Leibeigenschaft« verwenden, wenn der Akzent vorwiegend auf die Sündhaftigkeit der menschlichen Natur und den Gedanken einer gottgewollten, rücksichtslos strengen Disziplinierung gelegt wurde. Umgekehrt konnte er aber auch wieder, unter Hervorkehrung der ursprünglich philosophischen Idee einer vernünftigen natürlichen Ordnung, kritisch polemischierend der Unvernunft des positiven, auf zufällige Machtverhältnisse basierten Rechtes gegenübergestellt werden. So erwächst später »eine rationale Staats-, Gesellschafts-, Rechts-, Wirtschaftslehre, die, möglichst an die antike Sozialphilosophie angeschlossen, das ganze Gebiet des profanen Lebens selbstständig reguliert und nur da vor der Kirche zurückweicht, wo deren göttliches positives Recht einen Eingriff berechtigt und notwendig macht. In dem selben Maß treten dann aber auch die demokratischen, gleichheitlichen, liberalen, sozialistischen Züge des Naturrechts hervor. So kann das kirchliche Naturrecht, die Revolution gegen gottlose Fürsten und unter Umständen auch den Tyrannenmord proklamieren. Es kann die Volkssouveränität und die christliche Demokratie lehren und einen christlichen Sozialismus bis

an die Grenze des Kommunismus vortreten.« Seine im Katholizismus einflussreichste vermittelnde Formulierung, »die fort dauert bis zum heutigen Tag und in einer unendlichen katholischen Staatsrechtsliteratur sich immer neu wiederholt«, empfing das christliche Naturrecht durch Thomas von Aquino. Die Geschichte mit ihren sozialen Bildungen erscheint da als »Stufengang von der Natur zur Gnade«.

In der lutherischen Ethik, die von der katholischen vor allem darin divergiert, »daß sie die doppelte Moral, die Unterscheidung einer ermäßigten Massenchristlichkeit und einer mönchisch gefärbten Elite, nicht kennt«, wird im Zusammenhang damit die früher nur allgemein auf das Naturgesetz begründete Berufspflicht mit der Sanktion einer unmittelbaren Christentugend versehen. »Die treue Berufserfüllung ist das Mittel in Familie, Staat, Gesellschaft, Wirtschaft dem Nächsten die gotterfüllte Liebe zu erweisen und die Begründung des eigenen Daseins in selbiger Gottesgemeinschaft durch das Verhalten zum Nächsten auszuwirken.« Das relative Naturrecht erhält hier die extremste konservative Tendenz, wird zur absoluten »Vergöttlichung der herrschenden Gewalt«, der Widerstand gegen diese wird im Prinzip als unchristlich, ja verbrecherisch gebrandmarkt. Auch die äußerste Härte in der Ausübung der Gewalt ist lutherisch zu rechtfertigen als »ein christlicher Beruf, eine christliche Erfüllung naturrechtlicher Forderungen mit dem Geist der Bruderliebe«. Das ist — so schließt Troeltsch die eindrucksvolle soziologische Skizzierung des Luthertums — sein Wesen bis heute: »ein radikal konservatives, patriarchalisches Naturrecht der Gewaltverherrlichung und eine innerste politisch-soziale Indifferenz der eigentlich religiösen Gesinnung, die sich unter heutigen Verhältnissen als politisch-soziale Ohnmacht des lutherischen Kirchentums darstellt.« In Calvins Lehre dokumentiert sich ebenfalls ein weitgehender Autoritätsrespekt, doch er deutete dabei immerhin auch auf den »rationellen und kritischen, positiv aufbauenden Wert des Naturrechts« hin und leitete aus ihm, wenn schon in äußerst eng gezogenen Grenzen, das Recht her einer vernunftwidrigen, gottlosen Obrigkeit zu widerstehen. Und von hier aus bereitete sich dann in den großen französischen, niederländischen, schottischen und englischen Kämpfen des Calvinismus gegen die Staatsgewalt eine völlige Umbiegung des naturrechtlichen

Vorstellungskreises, eine Entwicklung in der Richtung auf »Demokratie, Volkssouveränität und rationellen Gesellschaftsgestaltung durch die Individuen« vor. »Indem der angelsächsische Calvinismus vom Staatskirchensystem zum Freikirchensystem überging, eignete er sich sogar für den formellen Aufbau der Kirchen die naturrechtliche Herleitung von einem freiwilligen Vertrag der Individuen an... So sind heute die Calvinisten die Parteigänger liberaler Forderungen, Anhänger der Friedensbewegung und der Antisklavereibewegung, Reformers des öffentlichen Lebens im Sinn einer rationellen naturrechtlichen Zweckmäßigkeit und Beteiligung der Individuen an den Gemeinschaftswerken.«

Von der Ausprägung naturrechtlicher Gedanken im Kirchtum scharf unterschieden ist die Form, die sie auf dem Boden der Sektenbewegung erhalten hat. Hier geht das christliche Denken bis zur schroffsten Verwerfung alles Bestehenden fort. Der Sektentypus ist in seinem Grundzug charakterisiert durch den Rigorismus, mit dem er die »Durchsetzung der evangelischen Ethik, vor allem der Bergpredigt, verlangt.« Die religiöse Lebensgemeinschaft ist ihm »nicht eine allgemeine, volksumfassende Institution, in die man hineingeboren wird, und deren Gnadenkräfte von selbst sich auswirken werden... Er will eine heilige Gemeinschaft, die aus dem Zusammenstreben reifer und bewußter christlicher Persönlichkeiten hervorgeht, die in Predigt, Sakrament und Gemeinschaftsinstitutionen nur Pflanzungs- und Pflegemittel besitzt, aber keine vom Subjekt und seiner Leistung unabhängige Wunderkraft.« So muß er folgerichtig im Gegensatz zur Kirche »die Kompromisse mit der Kultur und Bildung der profanen Gesellschaft und ihren unterchristlichen Lebensmaßstäben« vermeiden und verwerfen. »Sein strenger christlicher Radikalismus wird überall mit den soziologischen Naturgesetzen und andersartigen Sozialideen hart zusammenstoßen.« Von dem *relativen* Naturrecht, das die Kirche zur Rechtfertigung ihrer weltlichen Anpassungen braucht, appelliert der Sektengeist an das *absolute*, das für ihn mit dem »strengen Liebesgesetz Christi« unmittelbar zusammenfällt. »Freiheit, Gleichheit, Gemeinbesitz, Gleichberechtigung von Mann und Frau, so wie es am Uranfang war bei Adam und Eva: das ist daher das Naturrecht der Sekten, das sie im Namen der Vernunft wie in dem der christlichen Offenbarung fordern.« In

dem verbreitetsten Typus, dem der »dulden und leidenden Sekte« tritt diese Überzeugung als Zukunftsglaube an das tausendjährige Reich auf, und die prinzipielle Opposition gegen die Ungerechtigkeit der herrschenden Gesellschaftsordnung dokumentiert sich als nur passiver Widerstand: in der Weigerung Ämter anzunehmen, zu Gericht zu sitzen, den vorgeschriebenen Eid zu leisten, Kriegsdienst zu tun und dergleichen. Aber wo besondere Zeitumstände das ersehnte Gottesreich dem Glaubensenthusiasmus nah erscheinen lassen, schlägt diese dulddende Resignation zuweilen auch in revolutionäre Empörung um. So bei den »hussitischen Taboriten, den Münsterschen Täufern und einzelnen Gruppen der Independents, da und dort auch in den Bauernkriegen. « Natürlich gehen von hier aus Fäden zum modernen Sozialismus über hin... Die englische Revolution brachte Vorläufer des Sozialismus und aus dem Katholizismus heraus haben diese auch in ihm enthaltenen Gedanken in Saint Simon dem Sozialismus vorgearbeitet.«

In der Mystik, bei der ihr eigentümlichen Konzentration auf das innerliche Verhältnis des einzelnen zur Gottheit und der damit oft verbundenen Indifferenz allen äußeren Lebensgestaltungen gegenüber, spielen naturrechtliche Ideen begreiflicherweise eine viel geringere Rolle, sie kulminieren hier meist in dem Verlangen unbedingter staatlich bürgerlicher Anerkennung der Gewissensfreiheit.

Auch die aphoristischen Schlußbemerkungen über das »klassische profane Naturrecht« des 18. Jahrhunderts, das, am klarsten durch Rousseau und Kant repräsentiert, eine rein vernünftige Begründung seiner Postulate unter Ausschaltung aller theologischen Voraussetzungen sucht, sind voller anregender, interessanter Ausblicke. Ein starker religiöser Glaube an die Zweckmäßigkeit der Welt, den Sieg des Guten und Vernünftigen, der sich als Nachhall und Umformung des christlich-jüdischen Theismus darstellt, wirkt hier fort. »Das alte christliche Ideal stieg empor, im Bund mit der individualistischen und pessimistischen Zersetzung der antiken Gesellschaft und einigte sich mit dem Begriff einer idealen Natur, aber es stellte dann doch bald genug die Kehrseite, den Gegensatz gegen die Forderungen der tatsächlich herrschenden Natur, heraus. Das moderne naturrechtliche Ideal erhob sich mit der Zertrümmerung der alten feudalen Bindungen und der Emanzipation der freien

Lebenskräfte, aber offenbarte auch dann rasch genug den Gegensatz gegen die reale Naturbeschaffenheit der Gesellschaft. Es sind nur für das moderne Denken nicht mehr die durch die Sünde geschaffenen Widerstände, sondern Schwierigkeiten, die durch deszendenz-theoretische, rassenspsychologische und schließlich soziologische Naturgesetze veranschaulicht werden. So steht auch das profane Naturrecht der Neuzeit und der liberale Idealismus *mutatis mutandis* in den selben Kämpfen und Schwierigkeiten wie die alte stöpsch-christliche Idee.«

✕ **Kurze Chronik** Professor Josef Schumpeter, der als Nationalökonom die in Österreich noch immer dominierende Grenznutzlehre vertritt, erörtert in einem vor Studenten gehaltenen Vortrag die Frage *Wie studiert man Sozialwissenschaft?* /Czernowitz, *Universitätsbuchhandlung*/. Was er über die fundamentale Bedeutung eines konsequenten theoretischen Durchdenkens der Probleme, den Nutzen auf Klärung der Begriffe gerichteter Diskussionen ausführt, ist gewiß beherzigenswert, so problematisch für diesen Zweck die Empfehlung von Arbeiten jener Ökonomschule, der er angehört, erscheint. Die richtige Schmiede, an die Leute, die an einem großen Original ökonomisch-soziales Selbstdenken lernen wollen, zu verweisen wären, muß man in dem angehängten 7 Seiten langen Literaturverzeichnis suchen, wo unter einem bunten Haufen von Minderwertigkeiten auch Marx' Gesamtwerke genannt sind. ✕ Gleichzeitig erschien im Reinhardt'schen Verlag in München ein Studentenvortrag Professor Brentanos *Wie studiert man Nationalökonomie?* Das Schriftchen enthält eine Reihe guter Ratschläge, aber fast nichts über die Zentralaufgabe der theoretischen Ökonomie einen in sich geschlossenen, systematisch entwickelten Begriff des modernen Wirtschaftsprozesses in seinem grundlegenden Gesamtzusammenhang zu geben. Um so länger ist der Wunschzettel, was die Studierenden der Ökonomie von rechts wegen alles lernen müßten: Geographie, Klimatologie, Technologie, Privatrecht, öffentliches Recht, Soziologie, Handelswissenschaften usw. Den Hörern mag es dabei angst und bange geworden sein, wie dem Schüler im *Faust*. ✕ Der *Verlag der Dietz'schen Philosophie* in Wiesbaden hat eine Gesamtausgabe von Josef Dietzgens Schriften in 3 Bänden

herausgebracht. Auf diese Publikation soll in dieser Zeitschrift noch näher eingegangen werden.

✕ **Literatur** Der Wiener Professor Dr. Carl Grünberg gibt seit kurzem im Verlag von C. L. Hirschfeld in Leipzig ein *Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung* heraus. Von größeren Arbeiten, die es brachte, seien hier nur genannt: *Aus der Frühzeit der deutschen Arbeiterbewegung* von Dr. Franz Mehring, *Zur Würdigung des wahren Sozialismus* von Dr. Emil Hammacher, *Der ältere Agrarsozialismus und die neue Bodenreformbewegung* von Professor Dr. Karl Diehl, *Die Klassenkampftheorie am Vorabend der französischen Revolution* von Dr. Roger Picard. Dr. Gustav Mayer, der Biograph Schweitzers, veröffentlichte einige unbekannte Briefe Lassalles. Buchbesprechungen und eine Bibliographie vervollständigen den Band.

Rechtswissenschaft / Otto Lang

Arbeiterpensionskassen Ein Schulbeispiel, an dem manche Frage der Rechtsreform erläutert werden kann, bieten die Arbeiterpensionskassen: jene versicherungstechnisch eingerichteten Anstalten, die dem Arbeiter respektive seinen Hinterbliebenen einen Anspruch für den Fall der Erwerbsunfähigkeit oder des Todes geben. Die Frage, die gerade in letzter Zeit sehr eingehend diskutiert worden ist, ist die: ob Arbeiter, die gezwungen oder freiwillig aus der Kasse ausscheiden, Rückerstattung der von ihnen geleisteten Beiträge fordern können. Alle diese Kassen setzen eine Wartezeit fest, vor deren Ablauf den Mitgliedern keine Ansprüche zustehen. Diese Wartezeit beträgt bei den Pensionskassen der Firma Krupp in Essen 20 Jahre: So lange hat also ein Arbeiter Beiträge zu leisten, bevor ihm ein Anspruch an die Kasse erwächst. Daraus ergeben sich deshalb Komplikationen, weil die Mitgliedschaft nicht auf dem freien Entschluß der Arbeiter beruht sondern mit dem Dienstvertrag verknüpft ist. Der Arbeiter wird, wenn er bei Krupp in Arbeit tritt — um bei diesem Beispiel zu bleiben —, zwangsweise Mitglied der Kasse, und andererseits verliert er die Mitgliedschaft mit der Beendigung des Dienstvertrags, ohne Rücksicht darauf, ob die Kündigung von ihm oder von der Unternehmung ausgeht, ob sie vom einen oder andern Teil verschul-

det ist. Die vom Arbeiter erhobene Prämie beträgt bei Krupp $2\frac{1}{2}$ % des Tagesverdienstes, also bei einem Jahreseinkommen von 1600 Mark 40 Mark. Wenn er nun im 19. Jahr sei es aus noch so triftigen Gründen kündigt oder aus noch so haltlosen Gründen entlassen wird, so anerkennt die Kasse keinen Anspruch auf Rückerstattung eines Teils der bezahlten Prämien, die sich mit den Zinsen auf etwa 1200 Mark belaufen. Da von den 30 000 Arbeitern der Kruppschen Unternehmung nur der kleinere Teil ein Dienstalter von mehr als 20 Jahren erreicht, haben Tausende von Arbeitern Beiträge zu leisten in der Gewißheit nie einen Entgelt dafür zu erhalten.

Wiederholt ist dargetan worden, daß diese Ordnung rechtsungültig ist, und daß deshalb ein Anspruch der während der Wartezeit aus der Kasse ausgeschiedenen Arbeiter auf Rückerstattung ihrer Einzahlungen begründet erscheint. Diesen Standpunkt haben in der Literatur unter anderem die Professoren Lotmar, Löwenfeld, von Blume und Reichsgerichtsrat Neukamp vertreten. Die wichtigsten ihrer Argumente sind: Die Verbindung von Arbeitsvertrag und Versicherungsvertrag verstößt gegen die guten Sitten, wenn das Kassenstatut die Bestimmung enthält, daß die Beendigung des Dienstvertrags den Ausschluß aus der Kasse und den Verlust jeglichen Anspruchs an diese zur Folge hat. Dadurch werden die Kündigungsfreiheit und das Koalitionsrecht in unzulässiger Weise eingeschränkt. Dazu kommt, daß der Unternehmer nicht berechtigt ist dem Arbeiter einen Abzug vom Lohn zu machen, um daraus die Prämie für die Pensionskasse zu bezahlen. Die Gewerbeordnung gestattet in § 117 derartige Abzüge nur, wenn sie für Wohlfahrtseinrichtungen verwendet werden. Als Wohlfahrtseinrichtung kann aber eine Pensionskasse nicht gelten, die dem Arbeiter eine Anwartschaft nur unter Bedingungen einräumt, deren Erfüllung ihm sehr häufig durch wirtschaftliche Verhältnisse, ja sogar durch die Willkür des Unternehmers unmöglich gemacht wird. Ist aber der Versicherungsvertrag nichtig, so wäre die Kasse ungerechtfertigt bereichert, wenn sie nicht verpflichtet würde dem ausgeschiedenen Arbeiter die geleisteten Beiträge zurückzuerstatten.

Gestützt auf solche Erwägungen haben namentlich Gewerbe- und Kaufmannsgerichte Rückerstattungsklagen von Arbeitern und Angestellten gutgeheißen. Es sind aber auch, namentlich von

Landgerichten, gegenteilige Entscheidungen ergangen. In letzter Zeit hat das Oberlandesgericht Hamm die Klage, die von zahlreichen Arbeitern gegen die Pensionskasse der Firma Krupp angestrengt worden ist, in Übereinstimmung mit dem Landgericht Essen abgewiesen.

Mit diesen Fragen beschäftigen sich zwei kürzlich veröffentlichte Monographien. Die eine betitelt sich *Die Rechtsverhältnisse der Fabrikpensions- und Unterstützungskassen* und hat Hans Götzte zum Verfasser (Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht/; die andere, von Walter Laporte, führt den Titel *Das Problem der Arbeiterpensionskassen* (Jena, G. Fischer/). Beide anerkennen das Unbefriedigende des gegenwärtigen Zustandes und stellen deshalb Untersuchungen darüber an, auf welchem Boden ein Ausgleich der widerstreitenden Interessen der Kasse und der ausgeschiedenen Mitglieder anzubahnen sei. Götzte sucht die Lösung darin, daß entweder die Freizügigkeit zwischen den Pensionskassen eingeführt wird, oder daß der Arbeiter auch nach Beendigung das Arbeitsverhältnis die bereits erworbene Anwartschaft auf Leistungen der Kasse behält, wenn er es nicht vorzieht mit Genehmigung der Firma Mitglied der Kasse zu bleiben. Laporte, der den sozialpolitischen Erwägungen mehr Recht einräumt als Götzte und eingehender als dieser die versicherungstechnische Seite der Angelegenheit erörtert, will mit Recht dem Arbeiter einen Anspruch auf Rückerstattung gewahrt wissen, wenn die Kasse die Versicherung nicht in irgend einer Form fortsetzen will. Daneben macht Laporte noch eine Reihe von Vorschlägen, die geeignet sind die Interessen der Arbeiter zu sichern und sie aus der wehrlosen Stellung zu befreien, in der sie sich jetzt fast regelmäßig der Kassenverwaltung gegenüber befinden.

×
Elsaß.
Lothringen.
Verfassung.

Am 31. Mai ist das Verfassungsgesetz für Elsaß-Lothringen angenommen und damit ein wichtiger Abschnitt in der Geschichte der Reichslande eröffnet worden. Der Gang der Verhandlungen war ein sehr bewegter; manchmal schien es, daß der Faden reißen und eine Verständigung mit der Regierung unmöglich zu erzielen sei. Schließlich kam doch ein Kompromiß zustande, dem auch die sozialdemokratische Fraktion ihre Zustimmung geben konnte (siehe Südekum *Die elsäß-lothringische Verfassung und*

die Sozialdemokratie in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 811 ff.). Der durch die Verfassungsänderung geschaffene Rechtszustand ist nun im wesentlichen der folgende: Die Anregung Elsaß-Lothringen zum selbständigen Bundesstaat zu machen oder es einem Bundesstaat anzugliedern fand keine Zustimmung: Das Elsaß bleibt *Reichsland*, in dem der Kaiser im Namen des Deutschen Reichs die Staatsgewalt ausübt. Trotzdem wird ein bedeutender Schritt in der Richtung der Verselbständigung Elsaß-Lothringens getan. Es erhielt eine Vertretung im Bundesrat, und zwar führt es, wie Baden und Hessen, 3 Stimmen. Die Bevollmächtigten zum Bundesrat werden vom Statthalter ernannt und instruiert. Da der Statthalter selber ebenfalls vom Kaiser ernannt wird (jetzt mit Gegenzeichnung des Reichskanzlers), mußte die Befürchtung gemildert werden, daß die Vertretung Elsaß-Lothringens im Bundesrat zu einer Verstärkung des preußischen Übergewichts führen werde. Das wurde durch die Bestimmung erreicht, daß die 3 Stimmen Elsaß-Lothringens im Bundesrat nicht mitgezählt werden, wenn nur durch sie der Antrag, für den die preußischen Stimmen abgegeben werden, eine Mehrheit erhielt. Die Gesetzgebung ist Sache des aus 2 Kammern bestehenden Landtags. Die Erste Kammer setzt sich aus Mitgliedern zusammen, von denen die Hälfte vom Kaiser auf Vorschlag des Bundesrats ernannt wird; die andere Hälfte wird aus Vertretern von Körperschaften und höheren Verwaltungsbeamten und Richtern gebildet. Die Zweite Kammer geht aus allgemeinen und direkten Wahlen mit geheimer Abstimmung hervor. Voraussetzungen der Wahlbarkeit sind: die Reichsangehörigkeit, das 25. Lebensjahr und mindestens 3jähriger Wohnsitz in Elsaß-Lothringen; nur für Beamte, Lehrer und Geistliche genügt 1jähriger Wohnsitz. Die Wahlbarkeit ist auf Personen beschränkt, die das 30. Lebensjahr zurückgelegt haben und zur direkten Staatssteuer veranlagt sind. Eine verständige Neuerung gegenüber dem Reichstagswahlrecht bringt die Vorschrift, daß die Wahlen auf einen Sonntag zu verlegen sind. Der Etat muß zuerst der Zweiten Kammer vorgelegt und kann vor der Ersten Kammer nur im ganzen angenommen oder abgelehnt werden. Andererseits ist das Budgetrecht der Zweiten Kammer dahin beschränkt, daß sie neue Ausgaben und

Ausgabenerhöhungen nur mit Zustimmung der Regierung ins Budget aufnehmen darf.

× **Kurze Chronik** Im Anschluß an die Bemerkungen zum Fall Jatho seien noch einige Angaben über die Häufigkeit der Austritte aus der evangelischen Kirche in Deutschland angefügt. Die Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1908. Die Zahl der Austritte belief sich im ganzen auf 27 012. Es traten über: zu den Juden 94, zu den Katholiken 848, zu anderen religiösen Gemeinschaften (Sekten) 12 491. Keiner Gemeinschaft schlossen sich 13 579 Personen an. × Das Feuerbestattungsgesetz ist mit knapper Mehrheit auch vom preußischen Herrenhaus angenommen worden. × Im Oktober findet in Köln der 7. internationale Kongreß für Kriminalanthropologie statt. Von den Verhandlungsgegenständen seien hier hervorgehoben: der Einfluß von Anlage und Milieu auf das Verbrechen und der Zusammenhang zwischen Rasse und Verbrechen. × Die *Internationale Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz* tagt im September in Rom. × Der *Verein der deutschen Strafanstaltsbeamten* hielt seine 16. Jahresversammlung vom 6. bis zum 9. Juni in Mannheim ab. Er sprach sich unter anderm für die bedingte Verurteilung (statt der bedingten Begnadigung) und für den Erlaß eines Gesetzes über den Strafvollzug aus. × In der *Deutschen Juristenseitung* verfechten Professor Stier-Somlo und Professor Anschütz mit offenbar zutreffenden Gründen die Anschauung, daß für politische Versammlungen eine Polizeistunde nicht festgesetzt werden darf. Sie berufen sich darauf, daß nach § 1 des Reichsvereinsgesetzes das Vereinsrecht nur durch Reichsgesetze beschränkt werden darf. Die Vorschriften über die Polizeistunde beruhen aber auf landesgesetzlichen Vorschriften. Die gegenteilige Ansicht vertrat Kammergerichtsrat Delius, der die Frage noch vor den Reichstagswahlen klären möchte, damit Schäden vermieden werden.

× **Literatur** Der *Inselverlag* in Leipzig hat sich ein Verdienst durch die Neuherausgabe der *Geschichten aus dem alten Pitaval* erworben. Der Herausgeber, Paul Ernst, vereinigt in den beiden ersten Bänden

eine Auswahl der von Schiller übersetzten Stücke, in den 3. Band hat er 13 andere Fälle in eigener Übersetzung aufgenommen. Die Sammlung darf mit Fug Anspruch auf kulturhistorischen Wert machen — in manchen Stücken spiegelt sich eine Welt, die uns schon fremd geworden — und hat zudem literarisch den Vorzug einer spannenden Lektüre. Das Werk ist gut gedruckt und mit der künstlerisch schönen Einfachheit ausgestattet, die man beim *Inselverlag* gewohnt ist. X Zur Frage der Reform des juristischen Studiums äußern sich Ernst Zittelmann (*Die Vorbildung des Juristen* /Leipzig, Duncker & Humblot/) und H. Gerland (*Die Reform des juristischen Studiums* /Bonn, Marcus & Weber/). Zittelmann empfiehlt eine Zweiteilung des Studiums so, daß zwischen die beiden Abschnitte eine 2jährige praktische Tätigkeit eingeschoben wird. Gerland betont die Notwendigkeit einer Einschränkung des Lehrstoffs in der Meinung, daß der Student mehr zum Selbststudium angeregt werden soll. Im übrigen plädiert er dafür den ersten Teil des Studiums, der sich mit den allgemeinen Disziplinen befaßt, durch eine propädeutische Prüfung abzuschließen und dem zweiten Teil Spezialfächer vorzubehalten, die dann um so eingehender behandelt werden können. X Ein reiches Tatsachenmaterial stellt Andrew Thorndike in dem Buch *Zur Rechtsfähigkeit der deutschen Arbeiterberufsvereine* /Tübingen, Laupp/ zusammen. Auf dogmatische Untersuchungen hat es der Verfasser nicht abgesehen. Er will vielmehr, wie es im Untertitel heißt, die Lage des Problems aus seiner Geschichte entwickeln. Zu diesem Zweck verarbeitet er die Gesetzgebung und Rechtsprechung, die Gesetzesmaterialien und Reichstagsprotokolle zu einem übersichtlichen Bild.

KUNST

Musik / Hugo Leichtentritt

Internationale Musikgesellschaft Ihren 4. Kongreß hielt die *Internationale Musikgesellschaft* in London ab, in den Tagen vom 29. Mai bis zum 3. Juni. Unter Teilnahme der staatlichen und städtischen Behörden gestaltete das Londoner Komitee den Kongreß zu einem glänzenden Fest. Eine Fülle guter Musik wurde dargeboten. Der leitende Gedanke war einen Gesamtüberblick über die wichtigste englische Musik vom Mit-

telalter bis zur Gegenwart zu geben. Wer in der Musikgeschichte einigermaßen bewandert ist, weiß, welche hohe Stellung England bis zum 18. Jahrhundert in der Musik einnahm. Demgemäß wurden zahlreiche köstliche Proben altenglischer Meister dargeboten, eines Morley, Bird, Dowland, Gibbons, Purcell und anderer. Die Gegenwart wurde durch wichtige Werke der drei angesehensten Akademiker Mackenzie, Stanford, Parry und durch Arbeiten der jungen Schule vertreten, die seit etwa 10 Jahren hauptsächlich durch Elgar die Aufmerksamkeit der musikalischen Welt immer stärker auf sich zieht. Weniger gelungen war der wissenschaftliche Teil, die Vorträge über verschiedene musikgeschichtliche Themen. Es fehlte an richtiger Organisation, an geeigneten Räumlichkeiten; zudem hatten sich gerade die berufensten Vertreter des Faches sehr zurückgehalten, so daß der Löwenanteil bei den Vorträgen weniger bedeutenden Persönlichkeiten zufiel, was natürlich das Niveau der ganzen Veranstaltung herunterdrückte. An die glänzenden geselligen Veranstaltungen, die noble Gastfreundschaft der Londoner musikalischen Gesellschaft wird wohl jeder Teilnehmer mit ungetrübtem Vergnügen zurückdenken.

X Mottl † Kaum sind 6 Wochen seit dem Tod Gustav Mahlers vergangen, und schon wieder kommt die Kunde von dem Hinscheiden eines großen Dirigenten. Felix Mottl starb in München am 2. Juli. Er hat ein Alter von 55 Jahren erreicht. In Wien geboren, erhielt er seine musikalische Erziehung auf dem Wiener Konservatorium. Als Jüngling schon trat er in nähere Beziehungen zu Richard Wagner. Er gehörte zu der sogenannten *Nibelungenkantelei*, deren ausgiebiger Hilfe sich Wagner bei der Reinschrift der umfangreichen *Nibelungenpartituren* bediente. Mottls künstlerische Tätigkeit kam fast ausschließlich Süddeutschland zugute. 1881 wurde er als Hofkapellmeister nach Karlsruhe berufen, und diese Stellung hatte er lange Jahre inne, zuletzt als Generalmusikdirektor, bis er 1903 nach München berufen wurde. Bei den Bayreuther Festspielen war er eine der wichtigsten Persönlichkeiten. Besonders als Wagner-, aber auch als Beethovendirigent feierte er Triumphe. Als Komponist hat er sich nur mit geringem Erfolg betätigt. Auch in seiner Eigenschaft als Bearbeiter von älteren, zumal Bachschen

Werken und von Cornelius' Oper *Der Barbier von Bagdad* hat Mottl viele Gegner gefunden.

× Svendsen † In Kopenhagen starb am 14. Juni Johann Svendsen, einer der hervorragendsten nordischen Musiker, im Alter von nahezu 71 Jahren. Svendsen, von Geburt Norweger, fand nach einem unsteten Wanderleben, das ihn in viele Länder führte, schließlich im Jahr 1883 einen dauernden Posten als Hofkapellmeister in Kopenhagen. Dort war er seither ständig geblieben. Die glänzenden Hoffnungen, die man an seine ersten Kompositionen knüpfte, haben sich nicht recht verwirklicht. Seit beinahe 3 Jahrzehnten hatte er sich von der schöpferischen Tätigkeit ganz zurückgezogen, da ihn seine Dirigententätigkeit immer mehr in Anspruch nahm. Im Interesse der nordischen Musik ist diese Zurückhaltung sehr zu beklagen, denn Svendsen war nach Grieg eine der allerstärksten produktiven Begabungen unter den nordischen Musikern. In der ganzen Welt bekannt wurde Svendsens Name durch seine stimmungsvolle, nordische Violinromanze, die unendlich oft gespielt wurde und noch immer gespielt wird. Eine Reihe glänzender Orchester- und Kammermusikwerke (2 Symphonieen, Konzerte, Quartett) legen von dem hohen künstlerischen Streben und dem reichen Talent Svendsens Zeugnis ab.

× Kurze Chronik Zum Nachfolger Gustav Mahlers ist als Dirigent der *Philharmonischen Gesellschaft* in New York Josef Stransky zunächst für ein Jahr verpflichtet. Stransky hat sich in den letzten Jahren durch seine Konzerte mit dem *Blüthner-Orchester* in Berlin bekannt gemacht. × Max Bruch ist von seinem Amt als Vorsteher der Kompositionsabteilung an der Berliner königlichen Hochschule zurückgetreten. Zu seinem Nachfolger ist Engelbert Humperdinck ernannt worden. × Das 87. niederheinische Musikfest fand in Düsseldorf vom 4. bis zum 6. Juni statt. Von neueren Werken wurde nur Max Regers *100. Psalm* aufgeführt. Für den größten Teil des Programms hielt man sich an altbewährte klassische Werke. Die Leitung lag in den Händen Karl Panznerns. Auch Hannover hatte Anfang Juni sein Musikfest. Berlioz' *Damnation de Faust* und die 9. Beethoven'sche Symphonie waren die Haupt-

werke des Programms, das auch Weingartners neue 3. Symphonie und Regers *Hillervariationen* enthielt. × 81 Jahre alt starb Robert Radecke im Juni in Berlin. In früheren Jahrzehnten hat er als Berliner Hofkapellmeister, als Kammermusik- und Orgelspieler, als Lehrer und Komponist eine umfangreiche Tätigkeit entfaltet. Lange stand er auch an der Spitze des *Akademischen Instituts für Kirchenmusik*.

× Literatur Eine Studie *Beethovens Missa solemnis* veröffentlicht Wilhelm Weber in neuer Auflage /Leipzig, Leuckart/. Nach der Seite des Historischen, Liturgischen, Musiktechnischen und Ästhetischen hin wird hier Beethovens gewaltige Schöpfung des nähern betrachtet. Für ein ernsthaftes Studium der Messe kann diese Schrift als wertvoller Führer empfohlen werden. Sie sagt auch nicht nur dem Laien etwas sondern kann auch vom Fachmusiker mit Nutzen gelesen werden. × Eine bibliographische und noten- und typographische Studie Dr. Eduard Bernoullis *Aus Liederbüchern der Humanistenzeit* /Leipzig, Breitkopf & Härtel/ ist rein philologischer Natur und nur für den fachmännischen Musikphilologen von Interesse. Leider ist die Abhandlung so wenig klar und einleuchtend, dermaßen trocken geschrieben, daß auch der Philologe vom Fach an ihr wenig Freude haben wird. Es ist schon schwierig herauszubekommen, was der Verfasser eigentlich beweisen will. Er zeigt zwar einige Schwächen der üblichen Editionstechnik älterer Musikwerke, macht es aber dem Leser überaus schwer zu erkennen, worin die angestrebten Verbesserungen eigentlich bestehen. Die Lektüre des Buches ist für mich so ziemlich ganz fruchtlos verlaufen. Ich will nicht sagen, daß die Arbeit wertlos ist, doch vermag ich ihren Wert mangels der nötigen Klarheit der Ausdrucksweise nicht zu erkennen. × Von Robert Bethge herausgegeben erschienen Robert Franz' *Gesammelte Schriften über die Wiederbelebung Bachscher und Händelscher Werke* /Leipzig, Leuckart/. Der große Liederkomponist Robert Franz hat einen großen, vielleicht den größten Teil seiner künstlerischen Arbeitskraft jahrzehntelang darin gesetzt die Werke Bachs und Händels durch zeitgemäße Bearbeitungen der Gegenwart wieder zu gewinnen. Er stellte sich bei der Lösung dieser Aufgabe in scharfen Gegensatz zu der historischen

Schule eines Philipp Spitta und Friedrich Chrysander. Die durch den Generalbaß bedingte Ergänzung, Ausfüllung der Partitur übergab er einer Anzahl neu hinzugefügter Orchesterinstrumente, während die historische Schule nur Orgel oder Klavier für diesen Zweck gut hieß. Seit jenen Feuden sind Jahrzehnte vergangen. Die historische Schule hat sich als Siegerin erwiesen, wenigstens dem Prinzip nach, das jetzt mehr und mehr allgemein als richtig anerkannt wird. Dieser Sieg jedoch hindert nicht, daß ein Musiker vom Rang eines Robert Franz selbst jetzt noch den Anhängern der Gegenpartei manche gute Lehre geben kann, was die rein musikalische Seite der Frage angeht. Aus diesem Grund begrüße ich die vorliegende Schrift als willkommen und sehr nützlich. Franz' Ausführungen bieten im einzelnen so viel des Feinen, echt Künstlerischen, daß man auf sie immer mit Nutzen wird zurückgreifen können. Von den mitgeteilten Aufsätzen hebe ich als besonders haltvoll die *Mitteilungen über Johann Sebastian Bachs Magnificat* hervor. Sehr lehrreich auch für Gegner der Franzschen Bearbeitungsweise ist der musikalische Anhang mit ausgeführtem Akkompagnement mehrerer Stücke in der Franzschen Bearbeitung. X In 2. Auflage erschien B. Kwartins Schrift *Prinzipien für Stimmbildung und Gesang* /Leipzig, Universaledition/. Es handelt sich um eine Art Vademekum für den Gesanglehrer und den Gesangstudierenden, das die Elemente der künstlerischen Tonbildung knapp und klar darstellen will. Nun ist es sehr schwierig, ja sogar unmöglich durch ein Buch erfolgreich im Gesang zu unterrichten; die praktische Anweisung eines erfahrenen Lehrers wird immer unentbehrlich bleiben. Doch zur Befestigung des in den Lehrstunden durchgenommenen Stoffs kann ein gutes Buch schätzbare Dienste leisten, und dies ist auch von der vorliegenden Schrift zu erwarten. Besonders interessieren werden sich die Gesangspädagogen von Fach für die Diagramme betreffend richtige und falsche Atemführung, die verschiedenen Resonanzen, Ansatzpunkte.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Bauweise In der Behandlung und Verwendung der Baumaterialien ist auch das an technischen Umwälzungen so reiche 19.

Jahrhundert nicht über die Kunst des Altertums hinausgekommen. Der Maurer von heute arbeitet fast mit genau den gleichen Materialien und nach den selben Methoden wie seine altbabylonischen und altägyptischen Kollegen gearbeitet hatten, nur daß um die Mitte des vorigen Jahrhunderts das Eisen als Konstruktionsmaterial hinzugekommen ist. Die überschwenglichen Hoffnungen, die auf die Verwendung des Eisens anstelle der Steinpfeiler und der Holzbalken beim Hausbau gesetzt worden waren, haben sich aber nicht voll erfüllt; denn insbesondere bei Feuersbrünsten hat sich der eiserne Träger als unzuverlässiger erwiesen als der alte Holzbalken. Für den modernen Brücken- und Hallenbau ist das Eisen als Konstruktionsmaterial freilich unersetzlich, und eine Reihe von Wunderwerken der modernen Bautechnik ist erst durch die Verwendung des Eisens möglich geworden. Für den gewöhnlichen Hausbau kommt die reine Eisenkonstruktion gegenwärtig aber immer weniger in Betracht. An die Stelle der reinen Eisentechnik ist eine neue Technik getreten, der Eisenbetonbau, der billig und zugleich auch feuersicher ist (siehe darüber auch *Kliche Technische wirtschaftliche Umwälzungen im Baugewerbe in den Sozialistischen Monatsheften*, 1910, 3. Band, pag. 1495 ff.). Die Benutzung des Betons, eines Gemisches aus Zement und Steinkleinschlag respektive Kies, ist für Wasserbauten und für die Fundierung von Bauwerken schon sehr alt, als wirkliches Konstruktionsmaterial wurde er aber erst von Monier im Jahr 1867 verwandt, und zwar in der Gestalt des *armierten Betons*. Das Wesen dieses *armierten Betons* besteht darin, daß eine eiserne Konstruktion, ein eisernes Gitterwerk oder dergleichen mit Beton umkleidet wird, so daß beide Materialien zusammen ein einheitliches Ganzes von außerordentlicher Festigkeit bilden, das außerdem noch vollkommen widerstandsfähig gegen Angriffe des Feuers ist. Die eigentliche Festigkeit wird durch das Eisenskelett, die Feuersicherheit dagegen durch die Umkleidung des Eisens mit Beton gewährleistet.

Die ersten Anwendungen des Eisenbetons beim Hausbau beschränkten sich auf die Errichtung von Zwischendecken. Allmählich ging man dazu über ganze Häuser aus diesem bildsamen Material zu errichten, und gegenwärtig ist in der Leipzigerstraße von Berlin ein großes Geschäftshaus im Bau begriffen, das aus-

schließlich aus Eisenbeton errichtet wird. Der moderne Warenhausstil erleichtert allerdings ganz wesentlich die neue Bauweise. Die Fassade eines solchen Warenhauses ist vollkommen in einzelne schmale Pfeiler mit riesigen Glasfenstern aufgelöst. Diese Pfeiler werden nun in der Weise errichtet, daß zunächst eiserne Gittersäulen aufgestellt werden. Um diese Säulen wird eine hölzerne Verschalung in den ungefähren Dimensionen des fertigen Pfeilers herumgelegt, und der Zwischenraum wird vollständig mit Stampfbeton ausgefüllt. Nach Erhärtung des Betons wird die Verschalung entfernt, und der Pfeiler, der sofort voll belastet werden kann, wird nur noch abgeputzt oder mit einer dünnen Verkleidung eines edlen Steinmaterials versehen. Natürlich kann man in der gleichen Weise auch massive Wände, Decken usw. errichten. Es gibt in der Tat kein Bauwerk, daß sich nicht aus Eisenbeton herstellen ließe, und der gestaltenden Tätigkeit des Architekten setzt dieses Material einen erheblich geringeren Widerstand entgegen als der Haustein oder der Backstein. Der seit langem erwartete neue Baustil wird sicher nicht auf den alten Baumaterialien sondern auf dem Eisenbeton fußen.

Aber auch die durch Jahrtausende geübte Arbeitsmethode des Maurers dürfte binnen kurzem, angeregt durch amerikanische Einflüsse, einer vollständigen Umgestaltung entgegengehen. Schon heute sehen wir, wie die sinnlos mühevollen Arbeit des Steinträgers durch Baufahrstühle und Baukräne ersetzt wird. Mit geradezu fabelhafter Geschwindigkeit wachsen deshalb auch moderne Bauten in die Höhe. Der Maurer selbst aber arbeitet weiter nach der alten Schablone. Ein ehemaliger Maurer Gilbert in New York hat diese Arbeit in anschaulicher Weise analysiert, wie ich einem interessanten Aufsatz Dr. M. Uebelhorns in der *Welt der Technik* entnehme: »Um eine Mauer zu errichten, macht der Maurer zunächst einen Schritt nach rechts, dann bückt er sich zu Boden, nimmt einen Ziegel aus dem Haufen heraus und richtet seinen ganzen Körper wieder in die Höhe; um also einen Ziegel von geringem Gewicht etwa 75 Zentimeter zu heben, hat der Maurer seinen ganzen Körper in Bewegung gesetzt: überflüssige Arbeit, die Gilbert einfach dadurch vermeidet, daß er in der Höhe der Mauer einen kleinen Ständer anbringen läßt, auf den der Träger die Ziegel niederlegt.« In

der gleichen Weise fährt Gilbert in der Analyse der übrigen Bewegungen des Maurers fort, und durch einfache Anordnungen des Arbeitsmaterials gelingt es ihm die Zahl der zum Legen eines Ziegels notwendigen Bewegungen von 18 auf 5 im ungünstigsten und auf 2 im günstigsten Fall zu reduzieren. Die Verwandlung der theoretischen Erwägungen in praktische Reformen war allerdings wesentlich schwieriger; denn hier war die Beharrungstendenz handwerkmäßiger Gewohnheiten zu überwinden. Nur dadurch, daß sich Gilbert mit den Syndikaten in Verbindung setzte, denen er klar machte, daß das Maurergewerbe einer Reform dringend bedürfte, wollte es nicht der Konkurrenz des armierten Betonbaus unterliegen, gelang es ihm einen großzügigen Versuch durchzuführen. Er unternahm sofort einen Riesenausbau in Boston, und indem er die Maurer durch wesentliche Erhöhung des Tagelohns geneigt machte seine Arbeitsmethode auf das pünktlichste zu erfüllen, erreichte er, daß die Leistung eines gewöhnlichen Arbeiters im Durchschnitt von 120 Ziegeln auf 300 in der Stunde stieg. Es bedarf keiner besonders Hervorhebung, daß diese Steigerung der Leistung in einem Jahrtausende alten Gewerbe einen eminenten Fortschritt bedeutet, dessen Tragweite noch gar nicht abzusehen ist.

Zu bemerken ist noch, daß die Gilbertsche Methode nur ein konsequenter Ausbau der Ideen des berühmten amerikanischen Eisentechnikers M. F. W. Taylor ist, der durch einfache Organisation der Arbeitshandgriffe in zahlreichen Fällen Ersparnisse von 50 % der Handarbeit und mehr zu erzielen vermochte.

✕ **Lösung von Benzinbränden** ✕
Da Benzin leichter als Wasser ist, so läßt sich ein Benzinbrand durch Aufspritzen

von Wasser nicht löschen. Bei kleineren Bränden kann man die bekannten Feuerlöschapparate, die große Mengen von Kohlensäure produzieren, dazu verwenden die Flammen zu ersticken. Größeren Benzinbränden gegenüber war man aber bisher so gut wie vollkommen machtlos, wie die Brände in Berlin und in Hamburg vor einigen Monaten gelehrt haben. Kürzlich sind nun in Harburg Versuche gemacht worden Brände von Benzin und dergleichen durch Schaum zu löschen. Das von Laurent herrührende Verfahren besteht darin, daß eine mit schaubildenden Stoffen versetzte Natronlauge und eine reine Alaunlösung,

die beim Zusammengießen zu gleichen Teilen ohne jeden Rückstand einen dichten Schaum bilden, mit Hilfe eines Schlauchs auf die brennende Fläche geleitet werden. Der sehr beständige Schaum breitet sich, nachdem er zunächst einen Haufen gebildet hat, bei weiterer Zufuhr allmählich über die ganze Fläche aus und schließt sie luftdicht ab, so daß der Brand gelöscht wird. Bei den Versuchen wurde gefunden, daß das Benzin unter dem Schaum unverändert bleibt, und daß es sofort brennt, wenn man den Schaum entfernt. Durch Zusammengießen von je 1 Liter Flüssigkeit erhält man 15 Liter Schaum, der sich wie Wasser ansaugen und verspritzen läßt. Bei den Versuchen wurde ein brennender Benzinkeller von 3,75 Quadratmeter Grundfläche und 0,5 Meter Tiefe mit einem Aufwand von 80 Liter in 1¼ Minuten und ein brennender Tank von 2 Meter Durchmesser und 2,6 Meter Höhe in 13 Sekunden gelöscht.

✕ Spiritus aus Sulfitlauge

Die wichtigsten Rohstoffe für die Spiritusfabrikation sind bekanntlich Getreide, Kartoffeln und die Zuckerrübe. Da unter Verwendung dieser Rohstoffe wichtige Nahrungsmittel vergeudet werden, so hat man sich schon seit langem bemüht Spiritus aus für die Nahrung unbrauchbaren Stoffen zu erzeugen. Besonders günstig sind die Versuche bei Verwendung von Zellulose und verholzter Faser ausgefallen; wegen der hohen Kosten haben diese Versuche jedoch bisher noch nicht zur industriellen Verwertung geführt. Neuerdings sind nun von den Schweden Hugo Wallin und P. Ekkström Verfahren ausgearbeitet und zum Patent angemeldet worden, bei denen die in der Zellstofffabrikation abfallende Sulfitlauge als Ausgangsmaterial für die Spiritusbereitung dient. Die Sulfitlauge ist die Crux der Zellstofffabriken; denn wenn die Lauge in die Flußläufe geleitet wird, vernichtet sie deren Fischbestand vollständig und macht das Wasser für technische und Trinkzwecke völlig unbrauchbar. Die Kosten für die Klärung der Sulfitlauge sind aber so hoch, daß sich häufig der Betrieb der Zellstofffabriken nicht lohnt. Das Verfahren Wallins besteht nun darin, daß die von der Sulfitlauge aufgenommenen Zellbestandteile des Holzes vergohren werden. Hierzu ist nur der Zusatz von Kalkschlamm zur Lauge und, nach der Klärung, die Einbringung von Hefe erforderlich. Nach

erfolgter Gärung wird der Spiritus abdestilliert. Die Ausbeute beträgt 100 bis 115 Liter Spiritus per Tonne Zellstoff. Das Ekkströmsche Verfahren unterscheidet sich nicht wesentlich von dem Wallinschen, nur daß zum Klären der Sulfitlauge der in der Zellstofffabrikation bereits verwandte Kalkschlamm benutzt wird, der gleichfalls vergärbare Stoffe aus dem Holz aufgenommen hat. Bei der Destillation wird ein Spiritus gewonnen, der etwa 10 % Methylalkohol (Holzgeist) und auch noch Aceton enthält. Diese Stoffe lassen sich allerdings nur mit großen Schwierigkeiten von dem Amylalkohol trennen. Für die praktische Verwendung des Spiritus ist das aber kein Nachteil, da die Beimengungen einen vollkommener Ersatz für die heute erst nachträglich vorgenommene Denaturierung des Spiritus bieten. Nach der Vergärung soll die Sulfitlauge unschädlich für die Wasserläufe sein. Es würden also zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden. In Deutschland könnten bei einer Zellstoffproduktion von zirka 550 000 Tonnen 33,6 Millionen Liter Spiritus gewonnen werden, die einen Wert von zirka 15 Millionen Mark repräsentieren.

✕ Eisbereitung in Elektrizitätswerken

Die Elektrizitätswerke, besonders die mit Wechselstrom arbeitenden, leiden ganz außerordentlich unter dem Uebelstand der ungleichmäßigen Belastung zu den verschiedenen Tagesstunden und in den verschiedenen Jahreszeiten. Da für die in maximale Beanspruchung Maschinen vorgesehen und teilweise auch in Betrieb gehalten werden müssen, so findet in den meisten Elektrizitätswerken eine erhebliche Energieverschwendung statt. Diese vergeudete Energie könnte sehr gut zur Eisbereitung in den Sommermonaten Verwendung finden. Der Elektrizitätsbedarf ist dann am geringsten, während das erzeugte Eis genügend Abnehmer finden würde, zumal die Elektrizitätskosten in dieser Zeit sehr niedrig in Rechnung gestellt werden könnten. In Nordamerika sind in der Tat auch mehrere größere Eiswerke direkt an die Elektrizitätswerke angeschlossen worden. Ein Werk in Buffalo ist auf täglich 100 Tonnen Eisproduktion eingerichtet worden, zu deren Erstellung ein Induktionsmotor von 200 Pferdestärken zum Antrieb der Ammoniakkompressoren benutzt wird. Bei einer zweiten Anlage, die gleichfalls für eine Tagesproduktion von 100 Ton-

nen Eis eingerichtet ist, werden 175 dem Elektrizitätswerk entnommene Pferdestärken zum Antrieb der Eismaschinen ausgenutzt.

× **Seerankheitsverhütung** Um die Wirkungen des Schlingerns und Stampfens der Schiffe bei hohem Seegang zu paralysieren, sind unzählige Versuche gemacht worden. Von den verschiedenen Quacksalbereien abgesehen, die gegen die Seerkrankheit selbst empfohlen werden, haben sich jedoch nur zwei Mittel wirklich bewährt. Das eine Mittel besteht darin, daß die Kabinen in Cardanischen Gehängen aufgehängt werden, und daß sie gleichzeitig — unabhängig von der jeweiligen Stellung des Schiffskörpers — durch schwere rotierende Kreisel dauernd in der gleichen Stellung erhalten werden. In der allgemeinen Praxis ist dieses Mittel wegen der enorm hohen Kosten jedoch vorläufig noch nicht anwendbar. Billiger und einfacher ist dagegen die Anwendung von wassergefüllten Tanks auf den Seeschiffen, durch die die Schlingerbewegung fast vollständig aufgehoben wird. Versuche mit Schlingertanks sind auf den Schiffen *Ypiranga* und *Corcovado* der *Hamburg-Amerika-Linie* gemacht worden, und sie haben gezeigt, daß bereits die Einschaltung eines einzigen wassergefüllten Tanks am Vorder- oder Hinterende des Schiffes einen bedeutenden Einfluß auf die Schlingerbewegung ausübt. Wird jedoch sowohl am Vorder- wie am Hinterschiff je ein wassergefüllter Tank angeordnet, so wird bei mittleren Meeresverhältnissen die Schlingerbewegung nahezu vollständig aufgehoben.

× **Kurze Chronik** Die Flugleistungen deutscher Flieger bei dem Flug rund durch Deutschland und bei dem Flug München-Berlin haben gezeigt, daß der gewaltige Vorsprung, den bisher die französischen Flieger aufzuweisen haben, immer mehr eingeholt wird. Auch die Flugmaschinen deutschen Fabrikats haben den an sie gestellten Anforderungen genügt. × Die Wasserkraftanlagen zur Elektrizitätserzeugung in den französischen Alpen umfassen bei größter Leistung 475 000 Pferdestärken. Für Hüttenzwecke werden zirka 210 000, für elektrische Beleuchtung, Kraftanschlüsse etc. 156 000, für die chemische Industrie

60 000, für die Papierindustrie 30 000, für elektrische Bahnen 10 000 Pferdestärken ausgenutzt. × Von einem englischen Bergwerk sind der englischen Regierung 20 000 Mark zu einem Preisausschreiben für betriebssichere elektrische Grubenlampen überwiesen worden. Das Ausschreiben ist international. Nähere Angaben macht die *Home-Office Testing Station* in Rotherham, wohin auch die Lampen bis zum 31. Dezember 1911 einzusenden sind. × Das 2240 Meter tiefe Bohrloch in Czuchow, das tiefste bisher niedergebrachte, hat per Meter rund 140 Mark Kosten verursacht.

× **Literatur** Im Verlag der Franckhschen Verlagsbuchhandlung in Stuttgart ist von Dr. Georg Biedenkapp eine Skizze *James Watt* und die *Erfindung der Dampfmaschine* herausgegeben worden, die eine in manchen Punkten neue Geschichte der Dampfmaschine bringt. × Über *Berg- und Hüttenwesen in China* hatte Dr. Otto Junghann im *Niederrheinischen Bezirksverein deutscher Ingenieure* einen überaus interessanten Vortrag gehalten, der nun als Broschüre erschienen ist. /Berlin, Dietrich Reimer/. Sie ist in jedem Betracht lesenswert. × Eine zusammenfassende Darstellung der *Luftschiffahrt und ihrer voraussichtlichen Entwicklungsmöglichkeiten* ist von Oberleutnant a. D. Funk unter den *Aufklärungsschriften des Reichsdeutschen Verbands* herausgegeben worden. Die Darstellung ist ruhig und sachlich und betont vor allem die kulturelle Seite der Luftschiffahrt, die in der wissenschaftlichen Betätigung ruht. × Über die Dampfmaschine ist in der Sammlung *Aufwärts, Bücherei zur Belehrung und Erholung*, eine 15 Pfennig-Broschüre erschienen. /Frankfurt, Grieser/, die ebenso wie die ganze Sammlung bestens empfohlen werden kann. Es handelt sich hier um ein ernstes Unternehmen im Kampf gegen die Schundliteratur. × *Das Perpetuum mobile, die Geschichte einer Erfindung* nennt Paul Scheerhart eine lustig geschriebene Abhandlung. /Leipzig, Rowohlt/, in der er sich zum Teil selbst verulkt, die aber doch ganz ernst gemeint ist. Daß Scheerhart dem ungelösten Problem des Perpetuum mobile näher gekommen sei, kann natürlich nicht behauptet werden.